

Fachbereich Medien

Langner, Yvonne

Europäische Filmzensur unter Berücksichtigung der  
Jugendschutz-Bestimmungen – Deutschland im Vergleich  
zu den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und  
Spanien.

- eingereicht als Bachelorarbeit -

Hochschule Mittweida – University of Applied Sciences

Fachbereich Medien

Langner, Yvonne

Europäische Filmzensur unter Berücksichtigung der  
Jugendschutz-Bestimmungen – Deutschland im Vergleich  
zu den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und  
Spanien.

- eingereicht als Bachelorarbeit -

Hochschule Mittweida – University of Applied Sciences

Erstprüfer

Prof. Dr. Otto Altendorfer

Zweitprüfer

Dipl.-Ing. Rika Fleck

Seelitz - 2011

Langner, Yvonne:

Europäische Filmzensur unter Berücksichtigung der Jugendschutz-Bestimmungen  
– Deutschland im Vergleich zu den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und  
Spanien. - 2011 - 98 S.

Seelitz, Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Medien, Bachelorarbeit

## **Kurzreferat**

Seit der Entwicklung des Films zum Massenmedium, gibt es staatliche Kontrollmaßnahmen für bestimmte Inhalte. War dies anfänglich vor allem politisch motiviert, wird heute vordergründig der Jugendschutz als Rechtfertigung für Zensureingriffe herangezogen. Dabei sind innerhalb Europas die Regelungen zum Jugendschutz im Medienbereich und für die Zensur von Kino- und Videofilmen sehr verschieden festgelegt. Die vorliegende Arbeit vergleicht jene Unterschiede hinsichtlich der Gesetzgebung und deren Umsetzung anhand fünf ausgewählter europäischer Staaten. Die Ausführungen verdeutlichen wie Deutschland, die Niederlande, Großbritannien, Frankreich und Spanien mit dieser Problematik umgehen. Dabei wird gezeigt, dass die Bundesrepublik heraussticht, da hier Zensur in zum Teil weit höherem Maße betrieben wird.

## Inhaltsverzeichnis

Kurzreferat.....	iii
Inhaltsverzeichnis.....	iv
Abbildungsverzeichnis.....	vi
Abkürzungsverzeichnis.....	vi
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>8</b>
1.1. Einführung in das Thema.....	8
1.2. Aufbau der Arbeit.....	10
1.3. Forschungsstand und Arbeitsweise.....	11
1.4. Zielsetzung.....	13
<b>2. Theoretische Grundlagen.....</b>	<b>14</b>
2.1. Definitionen.....	14
2.1.1. Zensur und deren Formen.....	14
2.1.2. Beschlagnahme und Einziehung.....	16
2.1.3. Indizierung.....	17
2.1.4. Der Film als Medium.....	17
2.1.5. Trägermedien und Videofilme.....	18
2.2. Generelle Gründe der Rechtfertigung und Notwendigkeit von Zensurmaßnahmen.....	19
2.2.1. Jugendschutz.....	19
2.2.2. Strafrechtliche Gründe.....	20
2.2.3. Andere Gründe.....	20
<b>3. Jugendmedienschutz und Filmzensur in Europa.....</b>	<b>23</b>
3.1. EU-Bestimmungen.....	23
3.2. Bundesrepublik Deutschland.....	25
3.2.1. Gesetzliche Bestimmungen.....	25
3.2.2. Kontrollorgane und Arbeitsweise.....	30
3.2.3. Präventivzensur – „Eine Zensur findet nicht statt.“.....	37
3.2.4. Prohibitivzensur.....	43
3.2.5. Selbstzensur – die Schere im Kopf.....	46
3.3. Niederlande.....	48
3.3.1. Gesetzliche Bestimmungen.....	49

---

3.3.2. Kontrollorgan und Arbeitsweise.....	49
3.3.3. Zusammenfassung und Einschätzung.....	52
3.4. Großbritannien.....	53
3.4.1. Gesetzliche Bestimmungen.....	54
3.4.2. Kontrollorgan und Arbeitsweise.....	55
3.4.3. Zusammenfassung und Einschätzung.....	57
3.5. Frankreich.....	58
3.5.1. Gesetzliche Bestimmungen.....	58
3.5.2. Kontrollorgan und Arbeitsweise.....	59
3.5.3. Zusammenfassung und Einschätzung.....	61
3.6. Spanien.....	61
3.6.1. Gesetzliche Bestimmungen.....	62
3.6.2. Kontrollorgan und Arbeitsweise.....	62
3.6.3. Zusammenfassung und Einschätzung.....	64
<b>4. Fazit.....</b>	<b>65</b>
4.1. Beantwortung der Forschungsfragen.....	65
4.1.1. Frage 1.....	65
4.1.2. Frage 2.....	66
4.1.3. Frage 3.....	67
4.2. Kritische Analyse.....	68
4.3. Schlusswort.....	69
 Literaturverzeichnis.....	 72
 Anhang.....	 82
 Erklärung zur selbstständigen Anfertigung.....	 98

## Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1:</i>	FSK-Kennzeichen.....	33
<i>Abbildung 2:</i>	Niederländische Alterskennzeichen und Inhaltspiktogramme...	51
<i>Abbildung 3:</i>	Britische Alterskennzeichen.....	56
<i>Abbildung 4:</i>	Spanische Alterskennzeichen.....	63

## Abkürzungsverzeichnis

Az.	Aktenzeichen
BBFC	British Board of Filmclassification
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BPjM	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien
BPjS	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVerwGE	Bundesverwaltungsgericht
CD	Compact Disc
CD-ROM	Compact Disc Read Only Memory
D	Deutschland
DPP	Director of Public Prosecution
DVD	Digital Versatile Disc
ESP	Spanien
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
F	Frankreich
FBW	Filmbewertungsstelle Wiesbaden
FFA	Filmförderungsanstalt
FFG	Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films – Filmförderungsgesetz
FSF	Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen
FSK	Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft
GB	Großbritannien
GG	Grundgesetz
HD-DVD	High Density Digital Versatile Disc
HRA	Human Rights Act
ICAA	Instituto de la Cinematografía y de las Artes Audiovisuales
idF	in der Fassung

---

JK	Juristenkommission
JMStV	Jugendmedienstaatsvertrag
JuSchG	Jugendschutzgesetz
KJM	Kommission für Jugendmedienschutz
LG	Landgericht
NICAM	Nederlands Instituut voor de Classificatie van Audiovisuele Media
NL	Niederlande
OPA	Obscene Publications Act
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PEGI	Pan European Game Information
SPIO	Spitzenorganisation der Filmwirtschaft
StGB	Strafgesetzbuch
USA	United States of America
TV	Television
VAC	Video Appeals Committee
VHS	Video Home System
VRA	Video Recording Act
WS	Wetboek van Strafrecht
WWW	World Wide Web

# 1. Einleitung

## 1.1. Einführung in das Thema

Die Zensur scheint so alt zu sein wie die Kunst selbst und Filmzensur gibt es seit Aufkommen der ersten Bewegtbilder<sup>1</sup>. Setzt sich der Film in seiner Produktion, Vermarktung und v.a. Intention über Grenzen hinweg, hat doch jedes Land seine ganz eigenen Regeln zu dessen Beschränkung. Dabei wird die politische Informationskontrolle in modernen Demokratien überwiegend abgelehnt. Zumindest soll uns das oft glauben gemacht werden. So existiert aus juristischer Sicht in Deutschland offiziell keine Zensur mehr. An ihre Stelle sind im Kino- und Videobereich andere, weniger negativ behaftete Begriffe getreten wie etwa Jugendmedienschutz oder Freiwillige Selbstkontrolle.<sup>2</sup> Die Absicht und Folgen sind jedoch die gleichen: Ein Film oder Teile dessen sind im schlimmsten Fall nicht zu sehen.

Der Film wird dabei viel stärker kontrolliert als andere Medien wie z.B. Musik- oder Druckerzeugnisse. Dies ist beeinflusst von Wirkungsvermutungen, Geschmacksdiskursen und ökonomischen Interessen. Je stärker die angenommene Wirkung eines Mediums ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zum Ziel von Zensurmaßnahmen wird<sup>3</sup> und der Einfluss des Films ist größer als der jeder anderen Kunst zuvor<sup>4</sup>. Generell geht man von einer Beeinflussung durch allgegenwärtigen Medien aus, v.a. auf junge Menschen. Sie lernen nicht nur aus eigener Erfahrung heraus, sondern auch aus Beobachtungen anderer in ihrer Umgebung oder eben der Figuren eines Films. Daher hat, neben der reinen Unterhaltung, dieses sehr realitätsnahe Medium wichtige soziale Funktionen inne. Es bietet Identifikationsmöglichkeiten, spiegelt eine Gesellschaft wider und zeigt dadurch Konflikte und Missstände dieser auf. Das kann unverblümt in Dokumentationen, aber auch indirekt in fiktionalen Geschichten zum Ausdruck gebracht werden. Weil sich ganze Bevölkerungsschichten nicht mehr für Informationsformate interessieren, kommt dem Spielfilm auch eine wichtige meinungsbildende Funktion zu, denn er greift immer wieder politische Themen auf.<sup>5</sup> Wohl aus Angst vor negativer Beeinflussung junger Menschen und möglicherweise auch labiler Erwachsener, greifen Gesetzgeber zu mehr oder weniger starken Kontrollmaßnahmen von Filminhalten.

---

<sup>1</sup> vgl. Hoeren/Meyer 2007, 27 sowie Seim 2009, 8; außerdem bei Kniep 2010, Klappentext: „*Die Kontrolle des Films ist so alt wie das Medium selbst. Bereits im Kaiserreich fürchteten Politiker, Publizisten und Pädagogen die manipulative Macht, die der Film gegenüber der 'Masse' zu besitzen scheint.*“

<sup>2</sup> vgl. Seim 2003: „Die Geheimnisse der Zensur“ (Zugriff 6.1.2011)

<sup>3</sup> vgl. Buchloh 2002, 322

<sup>4</sup> vgl. Jacobsen/Kaes/Prinzler 2004, 7

<sup>5</sup> vgl. Wasilewski 2009, 47 ff. sowie Stumpf 2009, 61



Umstritten ist dabei die Ursache-Wirkung-Beziehung von gewalthaltigen oder pornografischen Darstellungen, die sich auch nach neueren Erkenntnissen nicht eindeutig belegen lässt. „Die von Politik und Medien häufig geforderte schlichte Ursachenzuordnung zu den Medien kann wissenschaftlich nicht unterstützt werden“.<sup>6</sup>

Von Zensurmaßnahmen sind vier Gebiete immer wieder betroffen: Politik, Sexualität, Gewalt und Religion. Dabei sind die Ansichten zur Beurteilung gefährlicher Tendenzen stark vom Zeitgeist abhängig. In den 50er und 60er Jahren galt die Bereinigung v.a. sexuellen Freizügigkeiten in Spielfilmen. Seit den 70ern und besonders seit der Videowelle in den 80ern, wurde das Hauptaugenmerk der Jugendschützer und Zensoren auf Gewaltdarstellungen gelenkt. Dies steht in engem Zusammenhang zur gesellschaftlichen Entwicklung hinsichtlich der Moralvorstellungen.<sup>7</sup> Festzustellen ist weiterhin, dass zu jeder Zeit die neu aufkommenden Medien im Visier der Kontrolleure standen, da diesen eine negative Wirkung beigegeben wurde. Seien es „Schundfilme“, Comics oder Computerspiele. Der Grund liegt vermutlich darin, dass es einfacher ist, Medien für gesellschaftliche Probleme verantwortlich zu machen, als die reellen Hintergründe zu untersuchen. Im Resultat kann sich ein zensorischer Eingriff auf die Herstellung, die Verbreitung oder Veröffentlichung, sowie den Besitz oder die Wahrnehmung von Medien beziehen.<sup>8</sup>

Trotz aller berechtigten Freiheitszugeständnisse, dürfte wohl Einigkeit darüber herrschen, dass den Medien gewisse Grenzen gesetzt werden sollten. Auch Kritiker von Zensur halten Bestimmungen des Jugendschutzes beispielsweise für unabdingbar. Ebenso Maßnahmen gegen die Verletzung der Menschenwürde und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.<sup>9</sup> Man denke nur an Filme mit pädophilem Inhalt oder rechtsradikaler Propaganda. Daher ist zwischen notwendigen Schutzmaßnahmen des Staates und der reinen Kontrolle seiner Bürger zwingend zu differenzieren.

---

<sup>6</sup> so das Hans-Bredow-Institut in einer Mitteilung vom 21.11.2006 nach Heinze 2007, in: tv diskurs #40; vgl. dahingehend auch Gangloff 2001, 34 sowie Humberg 2006, 61

<sup>7</sup> vgl. dazu Anlage 4: „FSK-Spruchpraxis im Wandel der Zeit“. Jener Artikel beschreibt Veränderungen in der Praxis der FSK seit den 50er Jahren, die mit der moralischen gesellschaftlichen Entwicklung einher gingen.

<sup>8</sup> vgl. Gangloff 2001, 15 f. sowie Riepe 2007: „Maßnahmen gegen die Gewalt“ (Zugriff 9.5.2011)

<sup>9</sup> so z.B. bei Erdemir 2000, 188 oder Seim 2003: „Die Geheimnisse der Zensur“ (Zugriff 6.1.2011): *„So will ich den sinnvollen Jugendmedienschutzgedanken nicht in Abrede stellen und meine, dass die Wahrung der Menschenwürde [...] durchaus eine Rechtfertigung für Zensur und Verbote darstellt.“*

## 1.2. Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit umfasst im Kern vier Gliederungsteile, wovon die Kapitel 1 und 4 den Rahmen für den Hauptteil in den Kapiteln 2 und 3 bilden. Die Einleitung soll in das Thema einführen und einen Überblick über den Inhalt und die Absicht der Autorin geben. Darin enthalten sind die drei Forschungsfragen dieser Abhandlung.

Im Hauptteil wird vordergründig das im Rahmen der Arbeit zusammengetragene Fachwissen vorgestellt, in einen Kontext zum Arbeitsthema gesetzt und bereits teilweise bewertet. Zuerst sollen im Kapitel 2 theoretische Grundlagen geklärt werden, beginnend mit der Bestimmung wichtiger Termini. Vordergründig muss auf den Zensurbegriff eingegangen werden, da er der unsicherste und zugleich Ausgangspunkt der Arbeit ist. Im Weiteren werden die gängigsten „Zensurmittel“ definiert. Dazu gehören die Beschlagnahme und Einziehung als Synonyme für Medienverbote sowie die Indizierung. Auch was eigentlich unter einem Film verstanden wird und welche Veröffentlichungsformen für den Heimgebrauch bekannt sind, soll Gegenstand sein. Die Definitionen beziehen sich dabei z.T. auf Bestimmungen der BRD und können in anderen Ländern abweichend festgelegt oder gar nicht existent sein<sup>10</sup>. Im nachfolgenden Unterabschnitt werden die wichtigsten Gründe genannt, die als Rechtfertigung oder aber als Vorwand für Zensur gelten. Ob diese wirklich von Berechtigung sind, wird jedoch erst im Kapitel 3 an passender Stelle diskutiert.

In diktatorisch regierten Ländern kann die Medienzensur auf die bewusste Kontrolle der Gesamtbevölkerung abzielen. Im westlichen Kulturkreis stützt sie sich meist auf den Jugendschutz. Daher wird dieser in den folgenden Ausführungen zur Filmzensur von besonderer Bedeutung sein. Was den europäischen Jugendmedienschutz im Filmbereich betrifft, gelten für nahezu jedes Land andere Bestimmungen und Kriterien, was schon bei den Altersfreigaben beginnt. Gravierende Unterschiede lassen sich in der Spruchpraxis der Kontrollorgane feststellen und der Umsetzung im Recht. Doch wie sieht es mit der Gesetzesgrundlage auf EU-Ebene aus? Diese Frage stellt den Ausgangspunkt des Kapitels 3, bevor einzelne Länder genauer beleuchtet werden. Dabei steht Deutschland selbstverständlich an erster Stelle. Weitere Staaten wurden nach ihrer kulturellen und geografischen Nähe hierzu, der wirtschaftlichen Relevanz ihrer Filmmärkte<sup>11</sup> und ihrer unterschiedlichen Systeme ausgewählt. Dadurch soll einerseits die Vergleichbarkeit gewahrt sein, aber auch die Bandbreite dieses Themenkomplexes gezeigt werden. Dabei handelt es sich um die Niederlande, Großbritannien, Frankreich und Spanien. Die strengen

<sup>10</sup> Die Indizierung ist beispielsweise in der Form nur in Deutschland bekannt.

<sup>11</sup> Bei der weltweiten Spielfilm-Jahresproduktion im Jahr 2000 belegte Frankreich Rang 5, Spanien Rang 9 und Großbritannien teilte sich mit Deutschland Rang 10. vgl. Altendorfer 2004, 78

Bestimmungen von Deutschland und Großbritannien stehen der freiheitlichen Gesetzgebung der Franzosen und Spanier gegenüber. Die Niederlande kann bei letzteren eingereiht werden, nimmt mit ihrem neuheitlichen System aber eine Sonderstellung ein. Die Untersuchungen zu den Nachbarstaaten werden knapper gehalten sein als der Abschnitt zur BRD, denn es soll nur ein Überblick über die aktuelle Situation gegeben werden. Außerdem sind die Systeme und Gesetze weniger komplex, als es im Deutschen der Fall ist.

Eine Unterteilung findet jeweils hinsichtlich rechtlicher Grundlagen, deren Umsetzung durch eine oder mehrere Institutionen und die persönliche Bewertung des Systems und deren zensorischen Maßnahmen statt. Dabei wird überwiegend auf die staatliche Seite eingegangen. Die Selbstzensur spielt lediglich im Abschnitt zur BRD eine Rolle, da der Autorin darüber hinaus keine umfassenden Quellen bekannt sind. Zudem ist diese in Ländern wie Frankreich und den Niederlanden, wegen ihrer Handhabung mit dem Jugendmedienschutz, wohl auch weniger ausgeprägt.

Das vierte Kapitel stellt den Schluss der wissenschaftlichen Arbeit dar und soll ein zusammenfassendes Fazit geben. Floss im Hauptteil nur vereinzelt die Meinung der Verfasserin ein, wird sie an dieser Stelle genügend Raum finden. Dort erwartet den Leser auch die Beantwortung der im Kapitel 1 gestellten Forschungsfragen sowie eine kritische Analyse der Ergebnisse.

### 1.3. Forschungsstand und Arbeitsweise

Für die Recherche wurde vorrangig Fachliteratur herangezogen. Es gibt eine überschaubare Zahl an mehr oder weniger seriösen Schriften zum Stichwort Zensur und speziell Filmzensur. Die unseriöseren stammen meist von Betroffenen, die ihren Unmut über „diese völlige Schweinerei“<sup>12</sup> Luft machen wollen. Gerade jenes zitierte Buch von BETHMANN gibt anhand von Erfahrungsberichten und Freigabeentschlüssen einen guten Einblick darin, wie der deutsche Jugendmedienschutz in Härtefällen umgesetzt wird und auch, mit welchen Absurditäten manch Filmschaffender zu kämpfen hat. Um sachliche Fakten zu sammeln, ist es jedoch weniger geeignet. Dahingehend seien die Bücher und Artikel von SEIM erwähnt, die sich mit eben jenen Problemen auf wissenschaftlicher Ebene beschäftigen<sup>13</sup>. Weiterhin findet man einige juristische Abhandlungen zur Beziehung von Filmprüfstellen

---

<sup>12</sup> So der deutsche Regisseur Andreas Bethmann im Vorwort zu seinem „Zensurbuch“ über die deutschen Gesetzgeber und deren „*persönliche Abneigung gegen härtere Filme*“.

<sup>13</sup> Der Medienwissenschaftler Roland Seim promovierte 1997 mit der Studie „Zwischen Medienfreiheit und Zensureingriffen. Eine medien- und rechtssoziologische Untersuchung zensorischer Einflußnahmen auf bundesdeutsche Populärkultur.“

zum Zensurverbot sowie Literatur über den Jugendmedienschutz der europäischen Länder. Zur dahingehenden Politik der EU existiert nur sehr wenig Material, weil es im Filmbereich bisher nur vereinzelte Diskussionen oder gar Beschlüsse gibt.

Eine umfangreiche Quelle stellte die von der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) herausgegebene Zeitschrift „tv diskurs“ dar. Darin veröffentlichen Experten des deutschen und europäischen Jugendmedienschutzes Artikel, die über die Online-Datenbank der FSF frei abrufbar sind. Die Selbstdarstellungen der verschiedenen europäischen Kontrollinstitutionen im Internet waren zudem Primärquellen für diese Arbeit. Die Autorin hat darüber hinaus versucht, persönlichen Kontakt mit den deutschen Einrichtungen FSK und BPjM herzustellen und Interviews mit deren Leiterinnen zu führen. Prinzipiell bestand Kooperationsbereitschaft, doch sind die Antworten aus dem schriftlichen Verkehr leider nicht brauchbar, da diese sehr knapp gehalten sind und keine neuen Erkenntnisse gewähren. Stattdessen wurden diverse Meinungen von Menschen aus der Filmbranche, dem Jugendschutz und der Justiz aus anderen Quellen zitiert. Da das gewählte Thema z.T. stark subjektiv beurteilt werden kann, ist das nach Ansicht der Autorin sinnvoll.

Methodisch ist weiterhin anzumerken, dass auch die Haltung der Verfasserin durchweg und nicht nur im Schlussteil der Arbeit eingeflossen ist. Dadurch wurden längere Abschnitte mit vorgestellten Fakten und Ansichten zusammenfassend bewertet. Vordergründig fanden bei der Bearbeitung des Themas drei Untersuchungsmethoden Anwendung. Die Hypothesenbildung stand zu Beginn mit der Annahme, dass Filmzensur in Deutschland und eventuell in anderen europäischen Ländern praktiziert wird. Bei der folgenden Analyse wurden Teilaspekte des Themas untersucht und in einen Vergleich zueinander gesetzt. Dies wird besonders bei der Gegenüberstellung der einzelnen Länder deutlich.

Das Thema soll dahingehend abgegrenzt werden, dass der Jugendmedienschutz und die zensorischen Eingriffe allein im Filmbereich untersucht werden. Von Interesse sind demnach Kino- und Videofilme. Andere audiovisuelle Medien wie Computerspiele und das Fernsehen bleiben außen vor. Besonders letzteres ist eng mit der Thematik verbunden. Freigaben oder dafür zuständige Kontrollorgane sind in einigen Ländern dem Film- und Fernsbereich zugewiesen. Jedoch würde die Ausweitung der Untersuchungen den Rahmen der Arbeit sprengen. Außerdem ist aus Sicht der Autorin das TV anders zu bewerten. Hier sind einschränkende Maßnahmen in Hinblick auf den Jugendschutz in höherem Maße gerechtfertigt, da der Zugang für Minderjährige – zumindest im Moment – nur schwer zu kontrollieren ist.

Der Jugendmedienschutz ist ein viel diskutiertes Thema, jedoch sehr oft in Bezug auf dessen Effektivität. Medienwirkungsforschung, Bild von der Jugend und Vermittlung von Medienkompetenz sind häufig angeführte Stichworte. Dieser sozi-

alpädagogische Bereich bleibt in der vorliegenden Auseinandersetzung aber weitgehend unberührt. Vielmehr geht es um dessen rechtliche Grundlagen und praktische Umsetzung, womit sich der Kreis zur Zensur schließt.

## 1.4. Zielstellung

Was einschränkende und bevormundende Maßnahmen im Filmbereich betrifft, wird Deutschland oft eine Sonderstellung zugewiesen. Cineasten tun immer wieder ihre allgemeine Missgunst kund, geht es um gekürzte oder verbotene deutsche Kino- und Videofassungen, besonders im Action- und Horrorgenre. Das lässt sich v.a. in Internetforen umfassend nachlesen<sup>14</sup>. Es ist daher unter Filmfans auch schon länger Brauch, sich die jungfräulich belassenen Filmwerke aus dem deutschsprachigen Ausland zu besorgen. Zu Zeiten der Videokassette waren niederländische Uncut-Fassungen von Titeln begehrt, die man nie in einem deutschen Geschäft erhalten hätte. Die Beschaffung stellte keine große Herausforderung dar, v.a. wenn man nahe der Grenze wohnte. Heute besteht die Möglichkeit, die begehrten Uncut-DVDs bei österreichischen Internet-Händlern zu bestellen oder gar den Film online zu schauen. Das ist zwar nicht immer rechtskonform, dafür aber bequem von zu Hause aus möglich. Viele im Ausland ansässige Seiten verlangen schließlich auch keinen Altersnachweis.<sup>15</sup>

Selbst in der Fachliteratur kann man von der Zensur des deutschen Filmmarktes lesen und davon, dass kein anderes Land derartig strenge Bestimmungen aufweist<sup>16</sup>. Das wird besonders im Vergleich zu einigen unserer Nachbarstaaten deutlich. Doch sichert das deutsche Grundgesetz uns im Artikel 5 nicht zu, dass eine Zensur nicht stattfindet? Wie passt das zusammen und warum gibt es derartige Unterschiede innerhalb Europas?

Aus den vorangegangenen Überlegungen ergeben sich folgende Fragen, die im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen sollen:

1. Welche gravierenden Unterschiede weisen die zu untersuchenden Länder hinsichtlich ihrer Bestimmungen zum Jugendmedienschutz im Filmbereich auf?
2. Welche Unterschiede weisen die zu untersuchenden Länder hinsichtlich der Anwendung von Filmzensur auf?
3. Nimmt Deutschland eine Ausnahmestellung im europäischen Vergleich ein, was den Umfang und das Ausmaß der Filmzensur betrifft?

<sup>14</sup> so etwa auf <http://www.schnittberichte.com/forum/index.php> (Zugriff 15.5.2011)

<sup>15</sup> z.B. vertreibt [www.beyond-media.at](http://www.beyond-media.at) ungekürzte Videofilme über die Landesgrenzen hinweg, ohne dass ein Altersnachweis notwendig ist. vgl. AGBs des Shops

<sup>16</sup> u.a. bei Gangloff und Seim

## 2. Theoretische Grundlagen

### 2.1. Definitionen

#### 2.1.1. Zensur und deren Formen

„Es gehört zum Wesen der Zensur, dass man sie immer schwerer definieren kann.“  
Klaus Steack<sup>17</sup>

In der Literatur findet sich kein einheitlich definierter Zensurbegriff, da dieser mehrdeutig auslegbar und umstritten ist. Im Allgemeinen wird er meist als negativ behaftet für die Kontrolle und Einschränkung von Medien- und Meinungsäußerungen verwendet. Es gibt dabei u.a. juristische, soziologische oder psychoanalytische Sichtweisen.<sup>18</sup> Für die vorliegende Arbeit ist, abgeleitet von der Thematik, eine medien- beziehungsweise rechtswissenschaftliche Betrachtung von besonderer Bedeutung. Bei ERDEMIR z.B. heißt es unter Berücksichtigung verschiedener Lehrmeinungen<sup>19</sup>:

*Unter Zensur im Sinne des Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG sind somit alle planmäßig und systematisch durchgeführten Präventivmaßnahmen zu verstehen, die rechtlich oder faktisch dahin wirken, dass die Stellungnahme einer – in der Regel behördlichen – Instanz abgewartet wird, die darüber zu entscheiden hat, ob und gegebenenfalls wie ein Geisteswerk an die Öffentlichkeit gelangt.*<sup>20</sup>

Diese formelle Definition orientiert sich stark an den deutschen Gesetzen und schließt lediglich die Vorzensur ein. Sie wird an späterer Stelle noch relevant sein. Da aber auch die Rechtslage auf europäischer Ebene untersucht werden soll, ist eine allgemein gehaltenere Erklärung notwendig. In seiner kürzlich erschienen Abhandlung zum Thema Filmzensur schrieb FICK:

<sup>17</sup> Steak ist ein deutscher Grafikdesigner und Karikaturist; nach Seim 2009, 233

<sup>18</sup> vgl. Erdemir 2000, 39 sowie Wikipedia: Zensur\_(Informationskontrolle) (Zugriff 10.5.2011)

<sup>19</sup> Vorgestellt werden neben der allgemeinen Wortherkunft auch eine formelle und materielle Begriffsbestimmung. Unter formeller Zensur versteht man demnach Präventivmaßnahmen, welche die Herstellung und/oder Verbreitung eines Kommunikationsinhalts von behördlicher Genehmigung abhängig machen. Der materielle (alltagssprachliche) Zensurbegriff beschreibt jede Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung durch Beschränkung von Beiträgen zu ihr. Letzteres lehnt Erdemir „wegen unzureichender Abgrenzungsmöglichkeiten [...] und mangelnder Kompatibilität mit dem Grundgesetz“ ab.

<sup>20</sup> Erdemir 2000, 56 f. Es handelt sich um einen erweiterten formellen Zensurbegriff. Erdemir sieht die Notwendigkeit der Erweiterung darin, Rechtssicherheit zu schaffen. Sowohl hinsichtlich der Verfassungskonformität als auch unter Einbeziehung des Zensurverbots.

*Zensur ist jedweder staatlicher oder staatlich beauftragter Eingriff in die öffentliche Zugänglichmachung von grundrechtlich geschützten medialen Inhalten oder Äußerungen mit dem Ziel, deren Verbreitung zu verhindern oder einzuschränken, unabhängig davon, ob der Eingriff vor oder nach der Veröffentlichung erfolgt.<sup>21</sup>*

Der Autor geht dabei auf mehrere relevante Aspekte ein: die Rolle des Staates<sup>22</sup>, den Untersuchungsgegenstand – nämlich die medialen Inhalte – und den Zeitpunkt des Eingreifens. Denn Vor- und Nachzensur können gleichermaßen lähmend auf das Geistesleben wirken. Da sich die Aussage besonders im letzten Punkt mit der Meinung der Verfasserin deckt, soll diese als ausgehende Definition für die vorliegende Arbeit dienen.

Nicht nur die Auffassungen zur theoretischen Bestimmung des Zensurbegriffs sind verschieden, sondern auch hinsichtlich deren Ausprägung. Generell wird zwischen Vor- und Nachzensur unterschieden. In manchen Betrachtungen wird auch die sogenannte Selbstzensur angeführt<sup>23</sup>. Im nachfolgenden Abschnitt sollen diese Unterformen genauer untersucht werden.

#### **a) Vorzensur**

Der Zeitpunkt des Eingriffs ist bei der Unterscheidung von Bedeutung. Nur die Vor- oder Präventivzensur ist in Deutschland nach Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG gesetzlich verboten. Das Bundesverfassungsgericht legt diese folgendermaßen aus:

*Als Vor- oder Präventivzensur werden einschränkende Maßnahmen vor der Herstellung oder Verbreitung eines Geisteswerkes, insbesondere das Abhängig machen von behördlicher Vorprüfung und Genehmigung seines Inhalts (Verbot mit Erlaubnisvorbehalt) bezeichnet. Bezogen auf Filmwerke bedeutet danach Zensur das generelle Verbot, ungeprüfte Filme der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, verbunden mit dem Gebot, Filme, die öffentlich vorgeführt werden sollen, zuvor der zuständigen Behörde vorzulegen, die sie anhand von Zensurgrundsätzen prüft und je nach dem Ergebnis ihrer Prüfung die öffentliche Vorführung erlaubt oder verbietet [...].<sup>24</sup>*

---

<sup>21</sup> Fick 2010, 20

<sup>22</sup> Zensorische Maßnahmen müssen zwar nicht auf die staatliche Instanz beschränkt sein, sondern können prinzipiell auch von machtvollen Privaten ausgehen. Für das zu untersuchende Thema ist dies jedoch weniger von Bedeutung.

<sup>23</sup> so z.B. bei Seim

<sup>24</sup> BVerfGE 33, 52 (72)

### ***b) Nachzensur***

Im Umkehrschluss versteht man unter Nach- oder Prohibitivzensur diejenigen Maßnahmen, die nach der Veröffentlichung eines Werkes stattfinden, d.h. wenn dieses bereits die Öffentlichkeit erreicht hat. Aufgrund des Zensurverbots ist die Medienaufsicht in Deutschland und einigen anderen Ländern theoretisch auf die reine Nachkontrolle beschränkt, welche in vielen Rechtssystemen auch zulässig ist. Somit ist dies ein gängiges Mittel, um bestimmte Meinungsäußerungen legal ahnden zu können.<sup>25</sup>

### ***c) Selbstzensur***

Die dritte Form wird von ihrer Motivation abhängig gemacht, nicht von ihrem zeitlichen Auftreten, wobei diese überwiegend vorausschauend stattfinden dürfte. Geht der Eingriff intern vom Macher bzw. Schaffenden aus, wird von Selbstzensur gesprochen. Wird der Eingriff von außen angeordnet, handelt es sich um eine Fremdzensur. Man spricht bei der selbst auferlegten Zensur auch bildhaft von der „Schere im Kopf“. Sie entsteht, wenn sich Medienschaffende vorausschauend an eine Form der Fremdzensur anpassen. Das kann z.B. das Vermeiden bestimmter Thematiken sein, um späteren Sanktionen zu entgehen<sup>26</sup>. Die Grenze zwischen eigener Motivation und äußerem Zwang kann dabei verwischen, besonders unter dem Aspekt, dass Selbstzensur oft im Interesse von Zensoren ist. Mit dem Verbot einzelner Werke, erhoffen sie sich das Ausbleiben weiterer Werke dieser Art.<sup>27</sup> Diese Form kann „in ihrer Bedeutung die einzelnen manifesten Eingriffe von Zensurinstanzen [noch] übersteigen.“<sup>28</sup>

## **2.1.2. Beschlagnahme und Einziehung**

Eine Beschlagnahme oder Einziehung erfolgt durch die deutschen Strafgerichte auf Antrag einer Staatsanwaltschaft, wenn ein Medium gegen Strafrechtsvorschriften verstößt. Im Rechtssinn versteht man unter Beschlagnahme, die „Sicherstellung eines Gegenstandes gegen den Willen des bisherigen Gewahrsamsinhabers.“<sup>29</sup> Es handelt sich dabei um eine Strafverfolgungsmaßnahme, die der Sicherung von Beweismitteln in einem Strafverfahren dient.

---

<sup>25</sup> vgl. Wikipedia: Zensur\_(Informationskontrolle) (Zugriff 10.5.2011)

<sup>26</sup> vgl. dazu ausführlich in Kapitel 3.2.5.

<sup>27</sup> vgl. Buchloh 2002, 322

<sup>28</sup> ebenda

<sup>29</sup> Rechtslexikon-Online: Beschlagnahme (Zugriff 4.1.2011)



Die Einziehung ist eine mögliche Rechtsfolge einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit, durch die „das Eigentum an einem Gegenstand mit Rechtskraft der zugrunde liegenden Entscheidung auf den Staat übergeht.“<sup>30</sup> Hierbei handelt es sich um eine Strafvollstreckungsmaßnahme, die nach Abschluss eines Strafverfahrens ausgesprochen werden kann und mit der bestimmte Konsequenzen verbunden sind. Die Einziehung ist keine zwingende Folge einer Beschlagnahme. Bundesweit beschlagnahmten Medien dürfen auch Erwachsenen nicht mehr zugänglich gemacht werden.<sup>31</sup> Sie sind demnach verboten.

### 2.1.3. Indizierung

Im niedergeschriebenen Jugendschutzrecht wird der Begriff der Indizierung nicht erwähnt. Sein Ursprung liegt ein paar hundert Jahre zurück. Er leitet sich von dem katholischen Index Librorum Prohibitorum (zu deutsch: „Verzeichnis der verbotenen Bücher“) ab. Dabei handelte es sich um eine Aufzählung von Büchern, die für jeden Katholiken unter Androhung von Exkommunikation verboten waren.<sup>32</sup> Da die Liste der jugendgefährdenden Medien auch eine Art Verbotsliste für Minderjährige darstellt, hat sich das Synonym der „Indizierungsliste“ im Sprachgebrauch durchgesetzt. Im engeren Sinn versteht man unter Indizierung daher die Aufnahme eines Mediums in eine solche Liste. Im weiteren Sinne fällt darunter auch die vorherige Indizierungsentscheidung.<sup>33</sup>

### 2.1.4. Der Film als Medium

Ein Film ist grundsätzlich sowohl Massen- als auch Kommunikationsmedium, denn sein Macher verfolgt das Ziel, einer gewissen Zahl an Zuschauern etwas mitzuteilen. Weiterhin sind Filme das Ergebnis eines künstlerischen Produktionsprozesses und müssen daher als Werke gesehen werden. Technisch betrachtet, versteht man unter einem Film die Übermittlung von Gedankeninhalten durch Bilderreihen, die zur Projektierung bestimmt sind.<sup>34</sup>

Die Entwicklung des Kinofilms begann zum Ende des 19. Jahrhunderts, als die Voraussetzungen dafür mit der Weiterentwicklung der Fototechnik geschaffen und anschließend begonnen wurde, eine Kinoindustrie aufzubauen. Danach folgte die stetige Weiterentwicklung, vom schwarz-weißen Stummfilm zum farbigen Tonfilm, zur Digitalisierung und Einführung neuer Verbreitungswege für den Heimge-

<sup>30</sup> Rechtslexikon-Online: Einziehung (Zugriff 4.1.2011)

<sup>31</sup> vgl. BpJm Thema: „Wegweiser Jugendmedienschutz“ 2009, 24 f.

<sup>32</sup> Der Index erschien erstmals 1559 und wurde erst im Jahr 1966 abgeschafft. Zuletzt standen rund 6000 Bücher darauf. vgl. Wikipedia: Index\_Librorum\_Prohibitorum (Zugriff 10.5.2011)

<sup>33</sup> vgl. Stumpf 2009, 31

<sup>34</sup> vgl. Mikos 2008, 21 und 143

brauch. Heute erfolgt die Auswertung eines Kinospiefilms in mehreren Stufen. Schon während der Produktion werden Aufführrechte zur Finanzierung des Projekts verkauft. Der fertige Film wird dann i.d.R. zuerst im Kino vorgeführt, anschließend auf Videokassette oder DVD distribuiert, als Pay-per View und im Pay-TV angeboten und schließlich im frei empfangbaren TV ausgestrahlt<sup>35</sup>. Früh kam dem Film dabei eine bedeutende Rolle als Ware zu, v.a. in den USA, wo sich Hollywood zum wichtigsten Standort für Filmstudios der Industrieländer entwickelte. Jedoch ist der Film auch eine Kunstform, die mit Ästhetik und Bildsprache arbeitet. Häufig ist dies durch nationale Traditionen geprägt, was seine Bedeutung als Kulturgut verdeutlicht.<sup>36</sup>

### 2.1.5. Trägermedien und Videofilme

Bei Trägermedien handelt es sich um Medien mit gespeicherten „Texten, Bildern oder Tönen auf gegenständlichen Trägern, die zur Weitergabe geeignet, zur unmittelbaren Wahrnehmung bestimmt oder in einem Vorführ- oder Spielgerät eingebaut sind.“<sup>37</sup> Darunter fallen demnach alle Printmedien wie Bücher, Zeitschriften, und Comics sowie elektronische Träger wie z.B. CD und CD-ROM. Für den Filmbereich sind die Träger von Videofilmen bedeutend, d.h. DVD, Blu-ray Disc, HD-DVD, früher auch VHS und Laserdisc.<sup>38</sup> Wenn im Folgendem von Videofilmen die Rede ist, sind eben letztere Medien gemeint, wenn diese im Sinne des Urheberrechts einen aufgezeichneten Kino- oder Fernsehfilm distributieren und für den privaten Gebrauch mittels eines Abspielgeräts dauerhaft reproduzierbar halten. Davon ausgeschlossen sind illegale Kopien, private Fernsehaufzeichnungen, multimediale Inhalte und das Fernsehprogramm an sich.<sup>39</sup>

---

<sup>35</sup> Mittlerweile übersteigen die Erlöse aus der Video- und DVD-Verwertung oftmals die der Kinokassen. Dies liegt besonders in der Entwicklung des Fernsehens und der Heimkino-Anlagen begründet.

<sup>36</sup> Hans-Bredow-Institut 2006, 116 ff.

<sup>37</sup> BPjM: Liste der Bundesprüfstelle (Zugriff 5.5.2011)

<sup>38</sup> Im Gegensatz dazu, werden Telemedien durch elektronische Informations- und Kommunikationsdienste übermittelt oder zugänglich gemacht. Dazu zählen daher alle Onlineangebote.

<sup>39</sup> vgl. Fick 2010, 23. Der Begriff der Videofilme stimmt nach dessen Auffassung mit dem deutschen Rechtsrahmen im JuSchG und StGB überein.

## 2.2. Generelle Gründe der Rechtfertigung und Notwendigkeit von Zensurmaßnahmen

### 2.2.1. Jugendschutz

Der Jugendschutz ist im westlichen Kulturkreis der Hauptgrund für das Einschränken von Medieninhalten. Wenn man über den Schutz der Jugend berichten möchte, ist zuerst festzustellen, wie der Begriff abgegrenzt wird. Im deutschen Rechtsverständnis sind Kinder alle Personen von Geburt an bis zum 14. Lebensjahr. Als Jugendliche gelten Personen, die 14, aber noch keine 18 Jahre alt sind. Unabhängig davon gelten Kinder und Jugendliche gleichermaßen als Schutzsubjekte.<sup>40</sup> In anderen europäischen Ländern weicht diese Festlegung der Altersgrenzen z.T. ab.

Das Hauptanliegen der Schutzinstitutionen aller europäischen Länder ist es, Jugendliche vor schädlichen Einflüssen der Medien, besonders der audiovisuellen, zu schützen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen. Daher wird der Zugang zu Inhalten, für die eine gewisse altersbedingte Verstehensfähigkeit notwendig ist, ganz oder teilweise beschränkt. Hierzulande hat der Jugendmedienschutz im Wesentlichen drei Ziele:<sup>41</sup>

1. Gewalt darf nicht als toleriertes Mittel zur Interessendurchsetzung oder Lösung von Konflikten benutzt werden. Der Krieg darf nicht verherrlicht oder verharmlost werden. Ferner dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer Rasse, Religion oder Kultur herabgesetzt werden.
2. Filme dürfen Heranwachsende weder übermäßig ängstigen noch traumatisieren.
3. Sexualität darf nicht verabsolutiert werden, sondern soll mit zwischenmenschlichen Bezügen, Gefühlen und Verantwortung gegenüber dem Partner in Verbindung gebracht werden. Außerdem muss die Geschlechtergleichheit beachtet werden.

Diese Schutzzwecke gelten prinzipiell auch für die anderen europäischen Länder<sup>42</sup>. Unterschiede gibt es jedoch in der Auffassung, in welchem Maße die einzelnen Kriterien Kinder und Jugendliche gefährden. Einig ist man sich darüber, dass von dargestellter Gewalt eine sozialschädliche Wirkung ausgehen kann, obwohl auch hier ganz unterschiedlich verfahren wird. Gravierende Differenzen gibt es bei den Ansichten über sexuelle Darstellungen,<sup>43</sup> vom sehr liberalen Frankreich bis hin zum eher sittsamen Großbritannien. Im Allgemeinen sind „die verschiedenen Traditio-

<sup>40</sup> vgl. Stumpf 2009, 158 sowie § 1 JuSchG

<sup>41</sup> nach Büttner/Crans/von Gottberg 2000, 47

<sup>42</sup> vgl. ebenda, 48

<sup>43</sup> vgl. ausführlich ebenda, 52 ff.

nen des Jugendschutzes [...] ebenso unterschiedlich wie die Kulturen“ selbst, denn „sie basieren auf kulturellen, religiösen oder philosophischen Werten.“<sup>44</sup>

### 2.2.2. Strafrechtliche Gründe

Für das Zugänglichmachen und die Beschränkung der Verbreitung sexueller Medieninhalte weist jedes europäische Land strafrechtliche Bestimmungen auf sowie vereinzelt explizite Verbote für Gewaltdarstellungen. Die Tatbestände der Strafgesetze divergieren jedoch. Die Problematik der Kinderpornografie wird hingegen in ganz Europa durch Androhung hoher Sanktionen missbilligt.<sup>45</sup> In strafrechtlicher Hinsicht sind demnach in allen Ländern besonders zwei Punkte relevant – die Gewaltverherrlichung und die Pornografie<sup>46</sup>. Weitere vom Strafrecht einzelner Staaten betroffene Tatbestände sind beispielsweise:

- Volksverhetzung
- Verunglimpfung oder Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole
- Schutz der persönlichen Ehre
- Schutz des geistigen Eigentums
- usw.

### 2.2.3. Andere Gründe

#### *a) Schutz erwachsener Personen vor negativen Einflüssen*

Seit Aufkommen des Mediums der bewegten Bilder gibt es Kritiker, die dessen Konsum eine negative Beeinflussung beimessen. Daraus folgten Kontrollmaßnahmen zum Schutz der Jugend, aber auch der Gesamtbevölkerung. Bei SEIM heißt es: „Das redliche Ansinnen eines Jugendschutzes [...] wurde und wird indes immer (auch) als Vorwand für einen Schutz des Erwachsenen vor sich selbst genommen.“<sup>47</sup> In früheren Zeiten wurde dies etwa mit der Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gerechtfertigt. So kamen nach dem 2. Weltkrieg nur politisch korrekte Filme in die deutschen Kinos<sup>48</sup>. Heute ist von Erwachsenenschutz nur noch selten die Rede, jedoch sollen bestimmte Tendenzen weiterhin entschärft oder

<sup>44</sup> Gangloff 2001, 107

<sup>45</sup> vgl. Liesching 2002, 192 und 240

<sup>46</sup> Der Rechtsausdruck der Pornografie wird bisher nur in Deutschland, Frankreich und einigen anderen europäischen Staaten verwendet. In Großbritannien spricht man beispielsweise vom „Unzüchtigem“ oder „Obszönem“. Zudem ist die Interpretation von Pornografie in den einzelnen Ländern verschieden.

<sup>47</sup> Seim 2009, 8

<sup>48</sup> vgl. Altendorfer 2004, 111

unterbunden werden. So herrscht die Hauptmeinung, dass das Gewaltdarstellungsverbot des § 131 StGB die Wahrung des öffentlichen Friedens bezweckt. Denn damit solle Impulsen zu Gewalttätigkeiten vorgebeugt werden.<sup>49</sup>

### **b) Geschmacksurteile**

Den Mitarbeitern der SPIO/JK und BPjM, den bei vermuteten Straftatbeständen herangezogenen Richtern sowie besonders den FSK-Prüfern wurden in der Vergangenheit des Öfteren Geschmacksurteile vorgeworfen. Sie würden die zur Prüfung vorgelegten Filme zu einem gewissen Grad an eigenen Wertvorstellungen messen.<sup>50</sup> Das soll in den letzten drei Jahrzehnten vorrangig Filme des Horrorgenres betroffen haben. Wohl wegen der Annahme, dass es hier zu der häufigsten Darstellung von fiktionaler Gewalt kommt. Für eine unabhängige Beurteilung sollte jedoch weder die Qualität eines Films noch die Zuordnung zu einer Sparte eine Rolle spielen, denn „die Prüfung eines Films oder Trägermediums darf nicht unter Gesichtspunkten des Geschmacks oder der persönlichen Anschauung erfolgen.“<sup>51</sup> Demnach sind von den Prüfern Neutralität und Unvoreingenommenheit zu erwarten. Wie oft ihre persönliche Abneigung eine Rolle bei der Beurteilung von Filmen spielt, ist jedoch nicht nachweisbar. Besonders unter dem Aspekt, dass die Antragsteller zu Vertraulichkeit verpflichtet und FSK-Protokolle nicht öffentlich einsehbar sind<sup>52 53</sup>. In der Vergangenheit sind dennoch Beschlussurteile aufgrund von Indiskretion bekannt geworden, die diese Behauptungen stützen. In einem älteren Beschluss der BPjS heißt es so z.B., „der ganze Film [„Man-Eater“, Anm. d. Verf.] kann nur als sadistisch-mordlüsterne Ersatzbefriedigung aller an seiner Herstellung Beteiligten verstanden werden.“<sup>54</sup>

<sup>49</sup> vgl. Hoeren/Meyer 2007, 320

<sup>50</sup> vgl. z.B. Gangloff 2001, 97. Die Begründungen der Gremien würden sich nach ihm z.T. wie persönliche Abrechnungen lesen lassen. Weiter sei der Jugendschutz ein Alibi für manche, der Gesellschaft den persönlichen Geschmack aufzuzwingen.

<sup>51</sup> § 2 Abs. 3 FSK-Grundsätze

<sup>52</sup> Zwar veröffentlicht die FSK seit Oktober 2010 auf ihrer Homepage kurze Begründungstexte zu den Altersfreigaben von Kinofilmen, jedoch nicht für jene mit der Kennzeichnung „Keine Jugendfreigabe“. Für solche heißt derzeit in jedem Fall: „Nach Einschätzung des Prüfausschusses beinhaltet der Kinospielefilm eine beeinträchtigende Wirkung auf Jugendliche.“; vgl. FSK: Freigabebegründungen (Zugriff 4.5.2011)

<sup>53</sup> vgl. Loiperdinger 2004, 540

<sup>54</sup> BPjS Entscheidung 1281 (V) aus dem Jahr 1982 zu dem Film „Man-Eater“ (Originaltitel: „Antropophagus“, Italien 1980, Regie: Joe D'Amato); Quelle: Bethmann 2002, 52 ff. Weiterhin heißt es im Entscheid zur Begründung des Indizierungsantrags: „Dabei ist nicht entscheidend das persönliche Erlebnis des Beurteilers, dem es nicht möglich war, die Cassette in einem Durchgang zu sichten und der anschl. unter anderem von lange anhaltendem Brechreiz, Magenkrämpfen und weiteren starken Mißempfindungen gequält wurde. Insoweit bleibt noch zu prüfen, ob gegen die Produzenten und Verreiber eine Strafanzeige wegen Körperverletzung erstattet werden soll.“

Ein eindeutiges Indiz für Werturteile ist das Absprechen des Kunstgehalts bestimmter Filme, was die Ablehnung dieser deutlich erkennen lässt und – schlimmer noch – eine erhöhte Schutzwürdigkeit missbilligt<sup>55</sup>. Das Landgericht München I kam 1985 beispielsweise zu folgender Beurteilung:

*„Bei dem Film „Ketten-Sägen-Massaker“ handelt es sich um einen Horrorfilm, der von brutalen, grausamen und geschmacklosen Szenen lebt. [...] Die Rahmenhandlung dient ausschließlich dazu, nackte, effekthaschende und grausamste Gewalttätigkeiten darzustellen. Sie kann als Farce bezeichnet werden. [...] Dieser triviale Film ist sicher kein Werk der Kunst [...].“<sup>56</sup>*

Noch unverständlicher macht diese Aussage die Tatsache, dass der hier beurteilte Film<sup>57</sup> in seinem Heimatland USA in die ständige Sammlung des Museum of Modern Art aufgenommen wurde und weltweit als Kultfilm gilt. In Deutschland wurde der ungekürzte Videofilm durch oben zitiertes Urteil erstmals bundesweit beschlagnahmt, zuletzt im Jahr 2010.<sup>58</sup> Solche Einschätzungen sind sicherlich nicht nur in den 80er Jahren oder in der Zeit davor getroffen worden. Auch in der jüngeren Vergangenheit haben sich Prüfer zu abwertenden, subjektiven Aussagen hinreißen lassen. So beispielsweise der Berufungsausschuss der FSK: Der Film „From Dusk Till Dawn“ sei demnach ein „absurdes Gruselkabinett: grell, geschmacklos, brutal“<sup>59</sup> und bei der Low-Budget-Produktion „Antropophagus 2“ handele es sich lediglich um einen „durchsichtigen, schlecht gemachten Horrorfilm“<sup>60</sup>.

Nach Auffassung der Autorin ist die wertfreie Einschätzung von Medieninhalten nur schwer möglich. Auch wenn es nicht in einem Beschluss nachlesbar ist, so spielt der eigene Geschmack bei Urteilen der FSK, BPjM oder der Strafrichter mit Sicherheit oft eine Rolle.

### ***c) Wirtschaftliche Zwänge***

In Deutschland sind das Kino und Fernsehen eng miteinander verknüpft. Sender sind zu Investitionen verpflichtet, sodass mittlerweile etwa die Hälfte der nationalen Spielfilme Koproduktionen mit einem öffentlich-rechtlichen oder privaten

<sup>55</sup> Rechtlich fallen prinzipiell keine bestimmten Filmgenres von vornherein aus dem Kunstbegriff heraus. Demnach können auch Action-, Horror- oder gar „gut gemachte“ pornographische Filme als Kunst gelten. vgl. Erdemir 2000, 26 f.

<sup>56</sup> LG München I, Beschluss vom 23.12.1985, Az. 15 Qs 34/85 nach Fick 2010, 71 f.

<sup>57</sup> Originaltitel: „The Texas Chain Saw Massacre“, USA 1974, Regie: Tope Hooper

<sup>58</sup> vgl. Wikipedia: Blutgericht\_in\_Texas (Zugriff 12.1.2011)

<sup>59</sup> FSK-Jugendbescheid „From Dusk Till Dawn“ (USA 1996, Regie: Robert Rodriguez) vom 17.5.1996, 1 nach Gangloff 2001, 98

<sup>60</sup> FSK-Jugendbescheid „Antropophagus 2 – Das Biest kehrt zurück“ (Originaltitel: „Rosso sangue“, Italien 1981, Regie: Joe D'Amato) vom 16.3.2001, 1 nach Bethmann 2002, 24

Fernsehsender sind<sup>61</sup>.<sup>62</sup> Diese notwendige finanzielle Beteiligung des Fernsehens hat dazu geführt, dass nahezu alle deutschen Filme familientauglich sein müssen und 20.15 Uhr im TV ausgestrahlt werden können<sup>63</sup>. Innerhalb Europas ist eine enge Bande der beiden Bereiche jedoch nicht ungewöhnlich, auch in Frankreich oder Spanien sind Sender wichtige Förderer von Filmproduktionen. Selbstständige Produzenten, die das ökonomische Risiko allein tragen, sind in der europäischen Filmindustrie eher selten. Die meisten sind von Fördergeldern oder Auftraggebern wie eben den Sendern abhängig. Sie müssen sich an deren Vorgaben halten, wodurch kaum Raum für eigene Ideen bleibt.

In den 90er Jahren wurden bereits Tendenzen dahingehend bemerkt, dass kommerzielle Sender billige, publikumswirksame Produktionen bevorzugten und anspruchsvolle Inhalte außen vor blieben. Seit der Zeit gibt es jedoch Bestrebungen, unabhängige Produzenten zu fördern. Schließlich tragen sie mit unkonventionellen Ideen und Randprogrammen zur kulturellen Vielfalt Europas im Filmbereich bei.<sup>64</sup> Die beschriebene Entwicklung kann jedoch höchstens als Beeinflussung der Filmemacher bezeichnet werden. Von Zensur lässt sich hier nicht sprechen, da der Staat keinen direkten Einfluss hat. Die Folgen können einer solchen aber nahe kommen und sollten daher erwähnt werden. Anders ist es bei der Vergabe von Fördergeldern durch eine staatliche Instanz, wo eindeutig zensorische Maßnahmen auftreten können<sup>65</sup>.

### 3. Jugendmedienschutz und Filmzensur in Europa

#### 3.1. EU-Bestimmungen

Der Bereich der audiovisuellen Medien ist einer der größten Wachstumsindustrien<sup>66</sup>. Die zunehmende europäische Vermarktung und länderübergreifende Entwicklung beim Fernsehen, den DVDs u.Ä. verlangt nach europäischen Richtlinien. Was die Kulturpolitik der EU angeht, worunter der Filmbereich fällt, verfügt die Gemeinschaft jedoch lediglich über einschränkende Kompetenzen. Die „Vielfalt der Kulturen“ soll nach dem Subsidiaritätsprinzip gewahrt bleiben. Unterstützende Maßnahmen werden nur dann erteilt, wenn die Mitgliedsstaaten diese nicht allein

---

<sup>61</sup> so z.B. „Sophie Scholl – Die letzten Tage“ (BRD 2005, Regie: Marc Rothemund) und „Das Leben der Anderen“ (BRD 2006, Regie: Florian Henckel von Donnersmarck)

<sup>62</sup> vgl. Altendorfer 2004, 79

<sup>63</sup> vgl. Gangloff 2001, 29

<sup>64</sup> vgl. Wasilewski 2009, 129-137

<sup>65</sup> siehe dazu ausführlich im Kapitel 3.2.5.a)

<sup>66</sup> vgl. z.B. Pressebox: „Aktuelle Studie bestätigt Wachstumsperspektiven in den Medien“ (Zugriff 12.5.2011)

erreichen können. Generell unterliegt der audiovisuelle Sektor daher der Selbstregulierung. Für den Jugendschutz befindet die Gemeinschaft die reine Selbstbestimmung jedoch als unzureichend. Daher fordert sie die Gesetzgeber, Industrien und Gesellschaft auf, ihre Vorschläge zur Regulierung zusätzlich umzusetzen. Dahingehend gibt es jedoch keine Gesetze, sondern nur Empfehlungen. Die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ von 1989 gilt als wichtigster Rechtsakt in diesem Bereich und enthält gewisse Regelungen zum Jugendschutz. Es bildet die Grundlage für einen einheitlichen Rechtsrahmen für das Fernsehen und, durch seine Erweiterung Ende 2007, auch für audiovisuelle Abrufdienste. Zum Umgang mit den Gefahren des Internets wurde 2009, innerhalb des Aktionsplans „Safer Internet“ der Europäischen Kommission, Leitsätze zur Verbesserung des Jugendschutzes bei Onlinemedien vorgestellt.<sup>67</sup>

Doch für den Umgang mit Filmen, bleiben die vielfältigen nationalen Jugendschutzbestimmungen bestehen. Da die Maßstäbe und Freigabebestimmungen der einzelnen Länder zu unterschiedlich sind, kam es bisher zu keiner Einigung auf gemeinsame Standards im Kino- und Videobereich. Innerhalb Europas sind die Gesetze und Altersgrenzen für bestimmte Filminhalte verschieden. Miteinander gemein haben alle Länder, dass sie über eine Institution verfügen, die Kinofreigaben vergibt, jedoch nicht immer gesetzlich verpflichtend. In den meisten Fällen sind die einem Ministerium unterstellt und mit Fachvertretern unterschiedlicher Bereiche besetzt. Die Aufgaben der verschiedenen Einrichtungen variieren jedoch. Sie reichen von Zensur, über Klassifikation bis zur Elternberatung. Die entsprechenden Berufsbezeichnungen der Mitarbeiter lauten daher Zensor wie bis zuletzt in Irland, „Classifier“ bzw. Prüfer, so etwa in Deutschland, oder Codierer in den Niederlanden. Die Videofilmprüfung ist innerhalb Europas nur z.T. gesetzlich geregelt.<sup>68</sup>

Die EU-Politiker setzen zudem auf die Vermittlung von Medienkompetenz, wozu die einzelnen Staaten verschiedene Pilotprojekte und Initiativen unterhalten. In manchen nordeuropäischen Ländern und Großbritannien gehört Medienerziehung bereits zum Lehrplan. In Deutschland soll Kindern und Jugendlichen durch das Projekt „Lernort Kino. Bundesweite Schul-Film-Woche“ beispielsweise die Film-Bildung näher gebracht werden. Es scheint der EU daher wichtig zu sein, die elterliche Verantwortung, aber auch die kompetente Mediennutzung Minderjähriger zu stärken.<sup>69</sup>

---

<sup>67</sup> vgl. Wasilewski 2009, 82 f.

<sup>68</sup> vgl. Mikat 2007, in: tv diskurs #39

<sup>69</sup> vgl. ebenda sowie Institut für Kino und Filmkultur (Zugriff 14.05.2011)



## 3.2. Bundesrepublik Deutschland

### 3.2.1. Gesetzliche Bestimmungen

*„Kaum ein Land in Europa verfügt über so unübersichtliche Jugendschutz-Bestimmungen wie die Bundesrepublik.“<sup>70</sup>*

Der Bereich der Filmzensur ist zunächst ein juristisches Thema. In Deutschland gibt es dazu zahlreiche rechtliche Vorschriften, die sich in einem Spannungsverhältnis zwischen Freiheiten der Bürger und Schutz- bzw. Kontrollinteressen des Staates bewegen. Durch die Beschränkungen der Freiheitsrechte, entsteht ein komplexes Gebilde von teils konkurrierenden Rechtsnormen,<sup>71</sup> welches für Laien kaum zu überblicken ist. Der nächste Abschnitt gibt nur einen groben Überblick über die Gesetzesgrundlage, denn eine tiefere Auseinandersetzung soll den Juristen überlassen bleiben<sup>72</sup>.

#### **a) Grundgesetz (GG)**

Die im Artikel 5 des Grundgesetzes genannten Freiheitsgarantien bilden in ihrer Gesamtheit einen umfassenden Schutz der Kommunikationsfreiheit. An oberster Stelle steht das Recht der freien Meinungsäußerung und -verbreitung als „Urgrundrecht“, aus dem sich die nachfolgenden Freiheiten ableiten:

- die Informationsfreiheit
- die Pressefreiheit
- die Rundfunkfreiheit
- die Filmfreiheit
- die Kunstfreiheit
- und das Zensurverbot<sup>73</sup>

In Anbetracht des Arbeitsthemas ist die Kunst- und Filmfreiheit von wesentlicher Bedeutung. Sie bezieht grundsätzlich sämtliche Filmproduktionen ein und schützt analog auch DVDs oder Videokassetten, die Filme distribuieren. Jedoch gibt es Einschränkungen in Form der bereits erwähnten Schranken für die genannten Freiheiten. Diese finden sich in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzli-

---

<sup>70</sup> Büttner/Crans/von Gottberg 2000, 37

<sup>71</sup> vgl. Fick 2010, 27

<sup>72</sup> Dahingehend seien die beiden herangezogenen Bücher von Erdemir und Stumpf zu empfehlen.

<sup>73</sup> vgl. Erdemir 2000, 7 sowie Stumpf 2009, 52-60

chen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und im Recht der persönlichen Ehre sowie in kollidierendem Verfassungsrecht wieder.<sup>74</sup>

Das Zensurverbot nimmt eine Sonderstellung ein, denn es ist kein eigenständiges Grundrecht, sondern nur eine Schranke der Beschränkungsmöglichkeiten des Art. 5 Abs. 2 GG. Das bedeutet, dass präventive Maßnahmen zur Einschränkung der betroffenen Grundrechte unzulässig sind, wie bereits im Abschnitt zum Zensurbegriff festgehalten wurde. Nachträglich sind sie jedoch legitim, wenn sie in angemessener Zweck-Mittel-Relation auftreten. Das Bundesverfassungsgericht rechtfertigt Eingriffe damit, dass beispielsweise ein effektiver Schutz der Jugend ansonsten nicht möglich sei.<sup>75</sup>

### **b) Strafgesetzbuch (StGB)**

Einige Vorschriften des Strafgesetzbuches sind für den Jugendmedienschutz und das Indizierungsrecht von Bedeutung. Darunter fallen folgende Medienverbreitungsdelikte:<sup>76</sup>

§ 86 Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

§ 130 Volksverhetzung

§ 130a Anleitung zu Straftaten

§ 131 Gewaltdarstellung

§ 184 Verbreitung pornografischer Schriften

§ 184a Verbreitung gewalt- oder tierpornografischer Schriften

§ 184b Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften

In Deutschland ist die Verbreitung von Pornografie nicht grundsätzlich verboten, sondern aus Gründen des Jugendschutzes nur eingeschränkt. So darf sie Minderjährigen nach § 184 nicht zugänglich gemacht werden. Anders verhält es sich mit der sogenannten „harten Pornografie“, die einem generellen Verbreitungsverbot unterliegt. Darunter fallen gewalthaltige Darstellungen oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren nach Artikel 184a und besonders Kinderpornografie nach Artikel 184b. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Film eine reale oder fiktive Handlung zeigt.<sup>77</sup>

Wird einer der Straftatbestände erfüllt, gilt das entsprechende Trägermedium als schwer jugendgefährdend und damit automatisch als indiziert. Bei dem Ver-

<sup>74</sup> vgl. Erdemir 2000, 12-38 sowie Stumpf 2009, 61

<sup>75</sup> vgl. Erdemir 2000, 57 f. „nach heute – soweit ersichtlich – einhelliger Auffassung“ sowie Stumpf 2009, 65 f.

<sup>76</sup> nach Bundesministerium der Justiz: Gesetze im Internet – Strafgesetzbuch (Zugriff 11.1.2011)

<sup>77</sup> vgl. Wikipedia: Pornografie (Zugriff 5.5.2011)

dacht, ein Film könne gegen die Paragraphen 131 oder 184 verstoßen, besteht die Möglichkeit, ihn durch eine Staatsanwaltschaft beschlagnahmen zu lassen.<sup>78</sup>

### **c) Jugendschutzgesetz (JuSchG)<sup>79</sup>**

Der deutsche Jugendmedienschutz hat Verfassungsrang und steht von seiner Wertigkeit damit auf gleicher Ebene wie die Grundrechte<sup>80</sup>. Er wurde früher durch das Gesetz über jugendgefährdende Medien (GjS) und das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit (JÖSchG) geregelt. Ab April 2003 wurden beide im Jugendschutzgesetz zusammengefasst. Darin enthalten sind u.a. die Regelungen zu Altersfreigaben und Indizierungen. Es bildet damit die Grundlage für die Arbeit der BPjM und FSK und ist Primärquelle des Indizierungsrechtes.<sup>81</sup>

Im einzelnen sind die Bestimmungen in Abschnitt 3 zum *Jugendschutz im Bereich der Medien* relevant, konkreter die in Unterabschnitt 1 zu den *Trägermedien*. Die wichtigsten sollen nachfolgend zusammengefasst werden:

#### **§ 11 Filmveranstaltungen**

- (1) Kinder und Jugendliche dürfen nur an öffentlichen Filmvorführungen teilnehmen, wenn die Filme nach § 14 Abs. 6 für sie freigegeben wurden. Ausgenommen davon sind „Info-“ oder „Lehrprogramme“.
  - (2) Kinder ab 6 Jahren dürfen einen Film, der mit einer Freigabe „ab 12 Jahren“ gekennzeichnet ist, in Begleitung einer sorgeberechtigten Person sehen.<sup>82</sup>
- [...]

#### **§ 12 Bildträger mit Filmen oder Spielen**

- (1) Trägermedien dürfen Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit nur zugänglich gemacht werden, wenn diese nach § 14 Abs. 6 für ihre Altersstufe freigegeben und gekennzeichnet wurden. Ausgenommen davon sind „Info-“ oder „Lehrprogramme“.
- (2) Die Freigabe-Kennzeichnung ist auf dem Bildträger und seiner Hülle deutlich sichtbar auszuweisen. Das Kennzeichen auf der Hülle muss unten links angebracht und mindestens 1200, auf dem Bildträger mindestens 250 Quadratmillimeter groß sein.<sup>83</sup>

---

<sup>78</sup> vgl. § 15 Abs. 2 Nr. 1 JuSchG sowie Stumpf 2009, 101

<sup>79</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Jugendschutzgesetz

<sup>80</sup> vgl. BPjM Thema: „Wegweiser Jugendmedienschutz“ 2009, 19

<sup>81</sup> vgl. Fick 2010, 30 ff. sowie Stumpf 2009, 99

<sup>82</sup> Es handelt sich um die sogenannte PG-Richtlinie.

<sup>83</sup> Neuerung über die Mindestgröße und Sichtbarkeit der Alterskennzeichen der FSK, in Kraft getreten zum 1. Juli 2008 mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes.

- (3) Bildträger, die mit „Keine Jugendfreigabe“ gekennzeichnet sind, dürfen minderjährigen Person weder zugänglich gemacht noch im Einzelhandel außerhalb von Geschäftsräumen oder im Versandhandel angeboten werden.  
[...]

#### **§ 14 Kennzeichnung von Filmen und Film- und Spielprogrammen**

- (1) Film- und Spielprogramme, die geeignet sind, Kinder und Jugendliche zu beeinträchtigen, dürfen nicht für ihre Altersstufe freigegeben werden.
- (2) Folgende Kennzeichen sind zulässig:
- „Freigegeben ohne Altersbeschränkung“
  - „Freigegeben ab sechs Jahren“
  - „Freigegeben ab zwölf Jahren“
  - „Freigegeben ab sechzehn Jahren“
  - „Keine Jugendfreigabe“
- (3) Weist ein Trägermedium einen jugendgefährdenden Inhalt auf oder ist es bereits in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen, so findet keine Kennzeichnung statt. Die oberste Landesbehörde hat derartige Verstöße der zuständigen Strafverfolgungsbehörde zu melden.
- (4) Inhaltsgleiche Trägermedien werden ebenfalls nicht gekennzeichnet.  
[...]

#### **§ 15 Jugendgefährdende Trägermedien**

- (1) Trägermedien, die in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen wurden, dürfen Minderjährigen nicht zugänglich gemacht, angeboten oder überlassen werden. Darüber hinaus dürfen sie nicht über den Versandhandel eingeführt, nicht öffentlich ausgelegt oder beworben werden. Sie unterliegen damit bestimmten Werbe- und Vertriebsbeschränkungen.
- (2) Dies gilt für schwer jugendgefährdende Trägermedien auch, wenn sie noch nicht in die Liste aufgenommen worden. Darunter fallen diejenigen, die gegen einen Straftatbestand nach § 86, § 130, § 130a, § 131, § 184, § 184a oder § 184b StGB verstoßen beziehungsweise eine der folgenden Kriterien erfüllen:
- den Krieg verherrlichen
  - sterbende oder schwer leidende Menschen in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellen und ein tatsächliches Geschehen ohne berechtigten Grund wiedergeben
  - besonders realistische, grausame und reißerische Darstellungen selbstzweckhafter Gewalt zeigen, die das Geschehen beherrschen

- Kinder oder Jugendliche in unnatürlicher, geschlechtsbetonter Körperhaltung darstellen
- offensichtlich geeignet sind, die Entwicklung von Minderjährigen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit schwer zu gefährden

Ebenfalls für den Jugendmedienschutz von Bedeutung ist der Abschnitt 4 des Gesetzes, der die Arbeit der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)* regelt, insbesondere Artikel 18.

### **§ 18 Liste der jugendgefährdenden Medien**

(1) Jugendgefährdende Träger- und Telemedien müssen von der BPjM in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen werden. Dies ist der Fall, wenn sie unsittlich oder verrohend wirken, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass aufrufen oder wenn sie Gewalthandlungen selbstzweckhaft und detailliert darstellen sowie Selbstjustiz befürworten.

(2) Die Liste besteht aus vier Teilen:

- Teil A: Öffentliche Liste der Trägermedien
- Teil B: Öffentliche Liste der Trägermedien mit absolutem Verbreitungsverbot (durch Strafrechtsrelevanz)
- Teil C: Nichtöffentliche Liste der Träger- und Telemedien
- Teil D: Nichtöffentliche Liste der Träger- und Telemedien mit absolutem Verbreitungsverbot (durch Strafrechtsrelevanz)

[...]

### **d) Jugendmedienschutz-Staatsvertrag der Länder (JMStV)<sup>84</sup>**

Das Jugendschutzgesetz wird durch den Staatsvertrag der Länder ergänzt. Dieser ist ebenfalls am 1. April 2003 in Kraft getreten und regelt v.a. die Rechtsbestimmungen für indizierte Telemedien und den Umgang mit Rundfunk-Medien. Er ist daher für diese Arbeit von untergeordneter Bedeutung.

---

<sup>84</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (kurz: Jugendmedienschutz-Staatsvertrag oder JMStV)

### 3.2.2. Kontrollorgane und Arbeitsweise

Nachfolgend werden die kontrollierenden Institutionen vorgestellt, die für den deutschen Film- und Videobereich von Relevanz sind. Das sind namentlich die SPIO, deren Tochtergesellschaft FSK und die BPjM. Für den Bereich Fernsehen sollen die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) und die Landesmedienanstalten (LMA) an der Stelle nur erwähnt werden. Die Vorstellung enthält allgemeine Fakten wie die Zusammensetzung und Aufgaben. Eine kritische Auseinandersetzung zu deren Praxis folgt in den nachfolgenden Abschnitten.

#### *a) Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. (SPIO e. V.)<sup>85</sup>*

Die SPIO ist der seit 1950 in Wiesbaden ansässige Berufsdachverband deutscher Verbände der Film-, Fernseh- und Videowirtschaft. Sie vertritt die Interessen ihrer mehr als 1.100 Mitgliedsfirmen hinsichtlich rechtlicher, politischer und ökonomischer Sicht. Zu ihren Aufgaben gehören, neben der Interessenwahrung, verschiedene Serviceleistungen wie das Führen eines bundesweit einzigartigen Titelregisters und das Aufstellen umfangreicher Statistiken. Ein weiterer Bereich ist die Filmprüfung, die in der Regel von der Tochtergesellschaft FSK durchgeführt wird.<sup>86</sup>

#### *Die Juristenkommission (JK)*

Als Alternative zur FSK-Prüfung, können die für ein erwachsenes Publikum bestimmen Filme, Videos und andere Bildträger der Juristenkommission der SPIO vorgelegt werden. In Folge dessen wird eine gutachterliche Stellungnahme von drei Juristen abgegeben, die jedoch nur von Programmanbietern beantragt werden kann, die dem Dachverband der SPIO angehören. Geprüft wird, ob Verstöße gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs oder des Jugendschutzgesetzes vorliegen. Für den Filmanbieter bedeutet dies eine größere Rechtssicherheit, da er bei strafrechtlicher Unbedenklichkeit der SPIO/JK Rechtsfolgen weitgehend ausschließen kann. Wird diese bestätigt, erhält das Trägermedium eines der beiden folgenden Kennzeichen:

*„SPIO JK geprüft: Keine schwere Jugendgefährdung“* - Der begutachtete Film oder Bildträger verstößt nach Auffassung der Juristenkommission weder gegen Vorschriften des Strafgesetzbuchs noch wird er als schwer jugendgefährdend im Sinne des § 15 Abs. 2 JuSchG beurteilt. Er darf regulär beworben und im Handel an Erwachsene abgegeben werden, solange er nicht indiziert ist.

<sup>85</sup> Internetpräsenz: <http://www.spio.de/index.asp?SeitID=1&TID=1> (Zugriff 4.5.2011)

<sup>86</sup> vgl. SPIO: Aufgaben und Strukturen (Zugriff 4.5.2011)

„SPIO JK geprüft: Strafrechtlich unbedenklich“ - Der Film verstößt in der vorgelegten Fassung nicht gegen Vorschriften des Strafgesetzbuchs, ist aber als schwer jugendgefährdend im Sinne des § 15 Abs. 2 JuSchG zu beurteilen. Der Film unterliegt ohne indiziert zu sein bestimmten Abgabe-, Vertriebs- und Werbebeschränkungen.<sup>87</sup>

#### ***b) Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)<sup>88</sup>***

Bei der FSK handelt es sich um eine Einrichtung in Form einer GmbH, die heute von der SPIO getragen wird und daher ihren Sitz ebenfalls in Wiesbaden hat. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, auf Antrag Filme und Bildträger zu prüfen und eine für die öffentliche Veröffentlichung und Verbreitung vorgesehene Kennzeichnung zu vergeben. Weiterhin fallen die Herausgabe von Informationsmaterial und öffentliche Auftritte unter ihre Tätigkeit.<sup>89</sup> Über die Prüfgebühren der Antragsteller finanziert sich die FSK vollständig autonom<sup>90</sup>.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die FSK als reines Kontrollgremium nach amerikanischem Vorbild gegründet. Eine besondere Rolle bei den anstehenden Prüfungen sollte der Jugendschutz spielen, denn die zuvor durchgeführte Filmzensur der Alliierten hatte sich auf politische und militaristische Inhalte konzentriert. So nahm 1949 die FSK als Selbstkontrollereinrichtung der Filmwirtschaft ihre Arbeit auf, die dadurch einer staatlichen Zensur auf gesetzlicher Grundlage entging.<sup>91</sup> Der Schutz der Jugend ist heute ihr oberstes Ziel. Dahingehend gibt es unterschiedliche Bestrebungen wie der Austausch mit Kindern und Jugendlichen sowie mit der Forschung, Öffentlichkeit und anderen europäischen Jugendschutz-Institutionen. Die FSK ist eine privatrechtliche Körperschaft und unterliegt in ihrer Tätigkeit dem Jugendschutzgesetz und den FSK-Grundsätzen.<sup>92</sup>

#### ***Zusammensetzung***

Für die FSK sind etwa 250 Prüferinnen und Prüfer ehrenamtlich tätig. Ihre Benennung erfolgt jeweils für drei Jahre. Im deutschen Filmbereich findet das Prinzip der Co-Regulierung Anwendung. Das beschreibt die Zusammenarbeit einer Selbstkon-

<sup>87</sup> vgl. SPIO: Statut der Juristenkommission (Zugriff 27.1.2011) sowie Bestgen 2010, in: tv diskurs #51

<sup>88</sup> Internetpräsenz: <http://www.spio.de/index.asp?SeitID=2&TID=2/> (Zugriff 4.5.2011)

<sup>89</sup> vgl. FSK: Aufgaben und Strukturen sowie FSK: Impressum (Zugriffe am 4.5.2011)

<sup>90</sup> Die Prüfkosten ergeben sich aus der Länge des vorgelegten Films. Für einen Langfilm berechnet die FSK derzeit Vorabkosten von 1.300 Euro, für einen Kurzfilm 100 Euro. vgl. FSK: Informationsblatt für Antragsteller vom 19.02.2009 (Zugriff 5.5.2011)

<sup>91</sup> vgl. FSK: Die Geschichte der FSK (Zugriff 4.5.2011); ebenso bei Binz 2006, 286

<sup>92</sup> vgl. FSK: Aufgaben und Strukturen (Zugriff 4.5.2011)

trolleinrichtung mit einer staatlichen Instanz, weshalb sich ihre Prüfungsgremien, neben fachkundigen Vertretern aus der Filmwirtschaft, auch aus der Öffentlichen Hand zusammensetzen. Heute gilt dies jedoch nur noch für die Vergabe der Jugendfreigaben. Aus der Erwachsenenfilmprüfung haben sich die Vertreter des Staates und der Kirchen bereits 1972 zurückgezogen<sup>93</sup>. Die Prüfer decken verschiedene gesellschaftliche Bereiche und Berufsfelder ab. Aus dem öffentlichen Sektor werden Akteure der Länder, des Bundes, der beiden Kirchen sowie der jüdischen Religionsgemeinschaft und Jugendarbeiter des Bundes einbezogen.<sup>94</sup> Nebeneinander arbeiten die folgenden drei Ausschüsse:<sup>95</sup>

*Arbeitsausschuss:* Er bildet mit seinen sieben Prüfern die erste Instanz innerhalb der FSK, geführt vom Ständigen Vertreter der obersten Landesjugendbehörden. Neben ihm sitzen ein Jugendsachverständiger, zwei Vertreter der öffentlichen Hand und drei Mitglieder der Film- und Videowirtschaft bei. Die Beteiligung von staatlicher Seite überwiegt dabei im Verhältnis vier zu drei. Das Gremium kann Altersfreigaben und Schnittauflagen verhängen.

*Hauptausschuss als Berufungsinstanz:* Die Prüfung in der zweiten Instanz ist mit neun Vertretern besetzt, die bei dem vorgelegten Film zuvor im Arbeitsausschuss nicht beteiligt gewesen sein dürfen. Die Berufung erfolgt auf schriftlich begründeten Antrag hin.

*Appellationsausschuss:* Die letzte Instanz setzt sich aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt oder einem höheren Verwaltungsdienst inne haben muss, zwei Jugendschutz-Sachverständigen und vier Vertretern der obersten Landesjugendbehörden zusammen. Das Recht auf Appellation haben alle Bundesländer sowie die Spitzenverbände der Film- und Videowirtschaft. Die durch dieses Gremium getroffene Entscheidung schließt den Prüffall ab.

### ***Alterseinstufungen und Feiertagsprüfung***

Die Vergabe von Alterskennzeichen für Kino- und Videofilme kann laut Jugendschutzgesetz von der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle vergeben werden. In der Regel geschieht dies durch die FSK im Auftrag der Landesbehörden. Deren Prüfer sind weder an einen festen Kriterienkatalog noch an Weisungen gebunden. Es sind lediglich pädagogische Einschätzungen zu den verschiedenen Altersgruppen gelistet. Die Beurteilung erfolgt anhand dieser nach eigenem Ermessen der Prüfer.<sup>96</sup> Folgende Kennzeichen werden für Kino- und Videofilme verwendet:

<sup>93</sup> vgl. Loiperdinger 2004, 542 sowie Binz 2006, 329

<sup>94</sup> vgl. FSK: Allgemeine Fragen zur FSK (Zugriff 4.5.2011)

<sup>95</sup> vgl. dazu FSK: Prüfverfahren und Ausschüsse (Zugriff 4.5.2011)

<sup>96</sup> vgl. §§ 11 und 12 JuSchG sowie FSK: Alterseinstufungen und FSK-Kennzeichen (Zugriff 4.5.2011)





**Abb. 1: FSK-Kennzeichen**<sup>97</sup>

Wie der Name der FSK bereits verrät, gibt es keine gesetzliche Verpflichtung zur Vorlage von Medien, die Prüfung ist grundsätzlich freiwillig<sup>98</sup>. Jedoch dürfen nicht gekennzeichnete Trägermedien Kindern und Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden und unterliegen daher bestimmten Beschränkungen, die eine Vermarktung deutlich erschweren<sup>99</sup>. So haben die der SPIO angeschlossenen Verbände beispielsweise ein Abkommen getroffen, welches ihre Mitglieder verpflichtet, nur von der FSK geprüfte Trägermedien anzubieten beziehungsweise nur diese Filme öffentlich vorzuführen<sup>100</sup>.

Über die Altersfreigabe hinaus, entscheiden die FSK-Prüfer über die Vorführung von Filmen an Feiertagen. Denn Sonn- und christliche Feiertage sind durch das Grundgesetz geschützt<sup>101</sup>. Besonders an den sogenannten stillen Feiertagen (Karfreitag, Allerheiligen, Buß- und Bettag, Volkstrauertag und Totensonntag) sollen Filme, die eine Verletzung des religiösen und sittlichen Empfindens hervorrufen können, nicht vorgeführt werden<sup>102</sup>.

### ***c) Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)***<sup>103</sup>

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften nahm 1954 als Behörde zur Umsetzung des im GjS festgeschriebenen Jugendmedienschutzes ihre Arbeit auf. Vormalig unterstand sie der Dienstaufsicht des Bundesministeriums des Inneren. Mit Verabschiedung des Jugendschutzgesetzes 2003 wurde sie in Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien umbenannt. Heute handelt es sich um eine selbstständige Bundesoberbehörde mit Sitz in Bonn, die damit eine gerichtsähnliche Funktion wahrnimmt und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen

<sup>97</sup> FSK: Informationen zu den neuen FSK-Kennzeichen (Zugriff 4.5.2011)

<sup>98</sup> so die FSK selbst, abweichend u.a. Loiperdinger 2004, 539. Er spricht vom „Zensurfilter für das bundesdeutsche Kino“.

<sup>99</sup> ausführlich dazu in Kapitel 3.2.3.a)

<sup>100</sup> vgl. § 1 Abs. 2 FSK-Grundsätze

<sup>101</sup> „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ nach GG (idF v. 28.8.2006), Art. 140/Art. 139 WRV

<sup>102</sup> vgl. FSK: Allgemeine Fragen zur FSK (Zugriff 4.5.2011)

<sup>103</sup> Internetpräsenz: <http://www.bundespruefstelle.de/> (Zugriff 1.2.2011)

und Jugend (BMFSFJ) nachgeordnet ist. In ihren Aufgabenbereich fallen der gesetzliche Jugendmedienschutz und die Förderung der Medienerziehung, die durch deren Website, diverse Publikationen und Vorträge vermittelt werden soll. Als Arbeitsgrundlage dient das Jugendschutzgesetz, dessen Verordnung zur Durchführung und der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag.<sup>104</sup>

### ***Zusammensetzung***

*12er-Gremium:* Es ist das zentrale Entscheidungsorgan der BPjM und setzt sich aus dem Vorsitzenden, acht Gruppenbeisitzern und drei Länderbeisitzern zusammen. Es ist im Regelfall für Indizierungsentscheidungen und Listenstreichungen zuständig.

*3er-Gremium:* Es tagt in Fällen offensichtlicher Jugendgefährdung und setzt sich aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern zusammen. Es kann auch eine vorläufige Indizierungsanordnung aussprechen, wenn die Gefahr der schnellen Verbreitung des offensichtlich jugendgefährdenden Mediums besteht. Die Nachprüfung durch das 12er-Gremium muss binnen zwei Monaten geschehen. Auch die Listenstreichung kann durch das 3er-Gremium erfolgen.

Die Gruppenbeisitzer werden vom Bundesfamilienministerium berufen. Sie stammen u.a. aus den Bereichen der Kunst, des Buchhandels, der Jugendhilfe, Lehrerschaft oder Religion. Die Länderbeisitzer werden von den Landesregierungen ernannt. Für den Vorsitzenden und die Beisitzer ist eine Amtszeit von drei Jahren vorgesehen, letztere arbeiten ehrenamtlich. Die Mitglieder sind laut Jugendschutzgesetz nicht an Weisungen gebunden.<sup>105</sup>

### ***Indizierungsverfahren***

Die BPjM kann auf Antrag oder Anregung hin Träger- oder Telemedien indizieren und sie in Folge dessen in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufnehmen. Antrags- beziehungsweise anregungsberechtigt sind die Kommission für den Jugendmedienschutz (KJM), Jugendbehörden und Träger der freien Jugendhilfe. Privatpersonen können indirekt mitwirken, indem sie sich an eine der genannten Stellen richten.<sup>106</sup>

Ein Trägermedium ist als jugendgefährdend zu bewerten, wenn es geeignet ist, „die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden.“<sup>107</sup>

<sup>104</sup> vgl. BPjM: Geschichte der BPjM (Zugriff 5.5.2011)

<sup>105</sup> vgl. BPjM Thema: „Wegweiser Jugendmedienschutz“ 2009, 8 f sowie Stumpf 2009, 104 ff.

<sup>106</sup> vgl. BPjM Thema: „Wegweiser Jugendmedienschutz“ 2009, 5

<sup>107</sup> ebenda, 9

Die Inhalte werden an von der Gesellschaft allgemein anerkannten Werten und Erziehungszielen gemessen. Was genau unter Jugendgefährdung fällt, ist im Jugendschutzgesetz Art. 18 Abs. 1 geregelt. Darüber hinaus hat die Bundesprüfstelle weitere Tatbestände festgelegt. Dazu zählt:

- die Verherrlichung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus,
- die Diskriminierung von Menschen,
- die Verherrlichung oder Verharmlosung von Drogenkonsum und
- die Verherrlichung oder Verharmlosung von Alkoholmissbrauch.

Merkmale von *schwer* jugendgefährdenden Medien sind im Art. 15 Abs. 2 JuSchG genannt. Ein Videofilm, der bereits eine Alterskennzeichnung der FSK trägt, darf von der Bundesprüfstelle nicht auf den Index gesetzt werden<sup>108</sup>. Es folgt ein förmliches Verfahren. Die wichtigsten sind:

1. *Das Regelverfahren der Indizierung* wird vom 12er-Gremium durchgeführt. Bei Verhinderung reicht auch die Anwesenheit von mindestens neun Prüfern aus. Für eine Indizierung ist die Zweidrittel-Mehrheit notwendig, entschieden wird in einem gerichtsähnlichem Verfahren. Es erfolgt eine mündliche, nicht öffentliche Anhörung der Beteiligten, wobei das Hinzuziehen eines Anwalts möglich ist. Kommt es zu keiner mehrheitlichen Befürwortung oder ist der Fall von zu geringer Bedeutung, wird von einer Indizierung abgesehen.

2. *Das vereinfachte Verfahren*: Bei Fällen offensichtlicher Jugendgefährdung kommt es zur Prüfung im 3er-Gremium. Wird keine einstimmige Entscheidung getroffen, wird der Fall dem 12er-Gremium übergeben.<sup>109</sup>

Filme mit pornographischem Inhalt sind automatisch indiziert<sup>110</sup>. Derzeit befinden sich 2.630 DVDs, Videos oder Laserdiscs auf dem Index (Stand: April 2011)<sup>111</sup>.

### ***Folgen einer Indizierung***

Wurde ein Trägermedium indiziert, so unterliegt es bestimmten Einschränkungen und darf Minderjährigen nicht mehr zugänglich gemacht werden. Im Nachfolgenden wird:

---

<sup>108</sup> Dies gilt nach § 18 Abs. 8 JuSchG. Filme, die nach alten JÖSchG eine Altersfreigabe erhalten haben, dürfen ebenfalls nicht indiziert werden. Eine Ausnahme stellt die frühere Kennzeichnung mit „Nicht freigegeben unter achtzehn Jahren“ (ersetzt durch „Keine Jugendfreigabe“) dar, denn diese wurde sowohl für jugendbeeinträchtigende als auch für jugendgefährdende Videofilme vergeben.

<sup>109</sup> vgl. BPjM Thema: „Wegweiser Jugendmedienschutz“ 2009, 9-18

<sup>110</sup> vgl. Humbert 2006, 66

<sup>111</sup> vgl. BPjM: Statistik (Zugriff 10.5.2011)

- das Medium in den gesetzlich vorgeschriebenen Listenteil der jugendgefährdenden Medien aufgenommen,
- die Eintragung im Bundesanzeiger bekannt gegeben und
- die Entscheidung im amtlichen Mitteilungsblatt „BPjM-Aktuell“ veröffentlicht.

Für das indizierte Trägermedium gelten die Regelungen nach § 15 JuSchG, die unter Abgabe-, Präsentations-, Verbreitungs- oder Werbebeschränkungen zusammengefasst werden können. Außerdem fällt dafür die doppelte Mehrwertsteuer an. Ziel ist es, die Konfrontation mit Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Für Erwachsene sollen indizierte Medien aber weiterhin zugänglich sein. Damit Minderjährige nicht in den Kontakt mit indizierten Filmen kommen, dürfen diese nur in bestimmten Läden verkauft werden, wo Kinder und Jugendliche keinen Zutritt haben. Es ist auch erlaubt, sie „unter der Ladentheke“ zu lagern und auf Anfrage eines Erwachsenen herauszugeben. Für Videotheken gilt ein eingeschränktes Vermietverbot, d.h. diese Titel dürfen nur geführt werden, wenn der Zutritt unter 18 Jahren verboten ist. Das gilt auch für die Anbringung von Werbung für solche. Weiterhin ist der Vertrieb indizierter Videofilme über den Versandhandel untersagt<sup>112</sup>. Verstöße gelten als Straftat und können mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden.<sup>113</sup>

### *Listenstreichung*

Ein Trägermedium, das in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen wurde, muss nicht für immer von der Indizierung betroffen sein. Die BPjM ist verpflichtet, eine Streichung vorzunehmen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind. Dies erfolgt im Regelfall nach 25 Jahren automatisch, sofern keine erneute Prüfung die Jugendgefährdung bestätigt und eine Folgeindizierung auslöst. Vorher ist ein Antrag auf Neuprüfung durch den Rechteinhaber bereits nach zehn Jahren möglich. Oftmals verliert ein Videofilm sein Gefährdungspotential innerhalb dieser Zeit. Ein Grund dafür kann der vollzogene Wertewandel sein, der skandalöse Inhalte der Vergangenheit harmloser erscheinen lässt. Auch die Medienerfahrung heutiger Kinder und Jugendlicher spielt eine große Rolle.<sup>114</sup>

<sup>112</sup> Dies gilt nicht, wenn sichergestellt werden kann, dass die Abgabe nur an Erwachsene erfolgt. So z.B. über das Postident-Verfahren, bei dem eine persönliche Identifikation durch einen Mitarbeiter der Dt. Post AG erfolgt.

<sup>113</sup> vgl. BPjM Thema: „Wegweiser Jugendmedienschutz“ 2009, 19 ff. sowie § 27 JuSchG

<sup>114</sup> vgl. ebenda, 23 f.

### 3.2.3. Präventivzensur - „Eine Zensur findet nicht statt.“

Nach der Beleuchtung der gesetzlichen Bestimmungen und Arbeitsweise der vorgestellten Institutionen, sollen diese kritisch untersucht werden. Die Autorin möchte festhalten, dass sich eine Kritik nicht gegen Bestrebungen des reinen Jugendschutzes richtet, sondern gegen darüber hinaus reichende Maßnahmen, die in die Freiheitsrechte erwachsener Personen eingreifen. Im Mittelpunkt steht dabei besonders die Tätigkeit der FSK.

#### *a) Die Rechtmäßigkeit der FSK-Prüfung*

Wie oben ausgeführt, ist die FSK vorbildlich bestrebt einen möglichst effektiven Jugendschutz zu praktizieren. Jedoch gibt es verschiedene Kritikpunkte, die um auf das Kernthema der Arbeit zurückzukommen, analysiert werden sollen. Vordergrundig ist die Konformität der FSK-Prüfung mit dem Zensurverbot zu klären, welche immer wieder angezweifelt wird. Wie bereits festgestellt, handelt es sich bei der gesetzlich verbotenen Präventivzensur um einschränkende Maßnahmen vor der Herstellung oder Verbreitung eines Werkes und insbesondere um das Abhängig machen von behördlicher Vorprüfung oder Genehmigung. Demnach ist zu hinterfragen, ob die Verbreitung eines Films von der vorherigen Kennzeichnung abhängt und welchen Einfluss der Staat ausübt.

#### *Freiwilligkeit*

Die Freiwilligkeit, die im Namen der FSK steckt, bezieht sich auf deren Entstehung, die auf Bestreben der Filmwirtschaft selbst zurückzuführen ist und nicht direkt auf unmittelbaren Zwang des Staates hin<sup>115</sup>. Die Ausübung der *freiwilligen* Kontrolle wird jedoch als fraglich angesehen<sup>116</sup>. Dazu muss man bedenken, dass das Jugendschutzgesetz grundsätzlich jedes öffentliche Zugänglichmachen eines Bildträgers oder Kinofilms für Minderjährige ohne geeignete Freigabe verbietet. Will man einen Film auch einem minderjährigen Publikum zugänglich machen, so ist eine vorherige Prüfung und Freigabebestätigung unumgänglich.

Dahingegen besteht bei der Erwachsenenfilmprüfung der FSK kein gesetzlicher Zwang, sie erfolgt daher im Grunde freiwillig. Jedoch gibt es wiederum gewisse Einschränkungen wie oben genanntes Abkommen der SPIO-Mitglieder, die eine Prüfung notwendig machen. Danach ist die große Zahl der beteiligte Filmhersteller und -verleiher verpflichtet, nur Filme mit FSK-Kennzeichnung zwecks öffentlicher Vorführung weiterzugeben. Ebenso sind Kinobetreiber verpflichtet, nur jene öffent-

<sup>115</sup> vgl. Suffert 2002, 40

<sup>116</sup> abgelehnt wird dies z.B. bei Hoeren/Meyer 2007, 3 f. sowie Büttner/von Gottberg 2002, 35

lich zu zeigen. Der resultierende wirtschaftliche Druck wirkt daher wie ein Zwang zur Prüfung auf die Anbieter.<sup>117</sup> Keine Altersfreigabe ist in den meisten Fällen mit der gescheiterten Verbreitung des Films verbunden, schließlich tragen Vorführer und Verleiher das Risiko. Würde der Film gegen rechtliche Bestimmungen verstoßen, wären sie haftbar.<sup>118</sup>

### ***Selbstkontrolle***

Bei der sogenannten Selbstkontrolle ist davon auszugehen, dass eine Kontrolle von den Betroffenen oder durch Dritte wie externe Vertreter bzw. Sachverständige stattfindet, die von den Betroffenen selbst bestimmt oder entlassen werden können. Ein weisungsgebender Einfluss durch den Staat bei der Steuerung oder Ausübung deutet hingegen auf eine „Fremdkontrolle“ hin.<sup>119</sup>

Demnach ist auch die namensgebende Selbstkontrolle der FSK umstritten. Ebenso, dass es sich bei der Filmprüfung um eine rein privatrechtliche Maßnahme handelt. Denn neben der Vertretung der Film- und Videobranche, ist der Einfluss durch den Staat offensichtlich. „Die Länder sind an den Entscheidungen der FSK beteiligt: zum einen durch die Entsendung eines Ständigen Vertreters der obersten Landesjugendbehörden bei der FSK, zum anderen durch die Mitwirkung von Jugendschutzsachverständigen an den Prüfungen.“<sup>120</sup> Genau genommen hat die öffentliche Hand die Mehrheit in den wichtigen Positionen inne. Sowohl in den Prüfausschüssen als auch in der Grundsatzkommission, die Prüfgrundsätze aufstellt und Prüfer bestimmt.<sup>121</sup> Die Tätigkeit der FSK ist zudem gesetzlich durchreguliert.

Ferner nimmt die FSK bei der Filmprüfung als „gutachterliche Stelle“ lediglich die Rolle eines Verwaltungshelfers für die obersten Landesbehörden ein. Der Ständige Vertreter handelt im Auftrag der Länder, nimmt alle Aufgaben der Filmprüfung wahr und hat auch die Letztentscheidungsbefugnis inne. Er ist demnach nicht an das Urteil der Prüfer gebunden. Die Prüfungsvoten dienen der obersten Landesjugendbehörden als gutachterliche Stellungnahme und werden „als eigene Entscheidung übernommen“.<sup>122</sup> Zusammengefasst heißt das, die FSK führt die Filmprüfung durch, die Freigabe und Kennzeichnung nehmen die Landesbehörden aber selbst vor. Weist ein zur Prüfung eingereichter Film einen möglichen Tatbestand wie Gewaltverherrlichung auf, ist eben jener Ständige Vertreter laut § 20 der FSK-Grundsätze verpflichtet, diesen eventuellen Strafverstoß zu melden<sup>123</sup>. Hat eine frei-

<sup>117</sup> vgl. Suffert 2002, 41 und 51 sowie Hoeren/Meyer 2007, 314

<sup>118</sup> vgl. Erdemir 2000, 181 ff. sowie Seim 2009, 68

<sup>119</sup> vgl. Suffert 2002, 7 f.

<sup>120</sup> FSK: Die FSK heute (Zugriff 27.1.2011)

<sup>121</sup> vgl. von Gottberg 2002, 35

<sup>122</sup> vgl. § 21 Abs. 2 und 3 FSK-Grundsätze sowie ausführlich dazu bei Suffert 2002, 34-51

<sup>123</sup> vgl. Erdemir 2000, 186 f.

willige Filmprüfung, durch eine eigentlich nichtstaatliche Stelle, einen Strafprozess zur Folge, so kann die Bezeichnung der Selbstkontrolle als durchaus abwegig gesehen werden.

### ***Erwachsenenschutz***

Seit der Novellierung des Jugendschutzes zum 1. April 2003, sind Tendenzen einer restriktiveren Kontrolle von Filmen und Bildträgern spürbar, die weit in die Freiheitsrechte Erwachsener hineinreicht<sup>124</sup>. Zu nennen sei dahingehend v.a. das Kennzeichnungsverbot für Filme mit schwer jugendgefährdenden und Bildträgern mit bereits einfach jugendgefährdenden Inhalten<sup>125</sup>. So beurteilt die FSK Filme, für die „keine Jugendfreigabe“ beantragt wird und von vornherein feststeht, dass sie nicht für Kinder und Jugendliche zugänglich sind, nach Gesichtspunkten des Jugendschutzes. Das zeigt ebenso bereits die Beteiligung des Ständigen Vertreters der obersten Landesjugendbehörden als Prüfer. „Dieser Eingriff ist verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt. Ihm liegt, soweit es dem Gesetzgeber um Jugendschutz geht, zwar ein legitimes Eingriffsziel zugrunde. Das Kennzeichnungsverbot geht jedoch über die Grenzen des Erforderlichen hinaus.“<sup>126</sup>

Das vollständige Werbeverbot für schwer jugendgefährdende Kinofilme inklusive ihrer inhaltsneutralen Ankündigung, kann ebenfalls als verfassungswidrig eingestuft werden. Zumal eine Gefährdung dadurch nicht erkennbar ist. Derartige Beschränkungen greifen in das Recht auf freie Information ein. Nicht nur Rezipienten sind davon betroffen, auch die Filmschaffenden und Vertreiber werden in ihren Grundrechten eingeschränkt.<sup>127</sup>

### ***Fazit***

Der Grad des staatlichen Einwirkens hat entscheidenden Einfluss auf die Bejahung der Zensurfrage<sup>128</sup>. Aufgrund der oben nachgewiesenen staatlichen Beeinflussung, kann davon ausgegangen werden, dass Prüfungen im Grunde unfreiwillig vonstatten gehen und es sich bei der FSK um keine reine Selbstkontrollereinrichtung handelt<sup>129</sup>. Es liegt nach Auffassung der Autorin weitreichende Fremdkontrolle vor. Damit trifft zumindest die Jugendfilmprüfung der FSK im Grunde für den von

<sup>124</sup> vgl. Degenhart 2008: „Verfassungsfragen des Jugendschutzes beim Film“

<sup>125</sup> nach § 14 Abs. 3 und 4 JuSchG

<sup>126</sup> Degenhart 2008: „Verfassungsfragen des Jugendschutzes beim Film“

<sup>127</sup> vgl. ebenda

<sup>128</sup> vgl. Binz 2006, 329

<sup>129</sup> siehe auch bei Loiperdinger 2004, 539 sowie von Gottberg 2002, 35: „obwohl es [das FSK-Verfahren, Anm. d. Verf.] weder freiwillig ist noch als reine Form der Selbstkontrolle bezeichnet werden kann“

ERDEMIR aufgestellten Zensurbegriff zu, der ein Verstoß gegen das gesetzliche Zensurverbot einschließt: Es handelt sich um eine systematische Präventivmaßnahme durch eine behördliche – also staatliche – Instanz, die darüber entscheidet, ob und gegebenenfalls wie ein Film veröffentlicht wird. Von einer Präventivmaßnahme kann ausgegangen werden, da die Prüfung vor der Veröffentlichung und Verbreitung des Films stattfinden muss. Um eine behördliche Instanz handelt es sich bei der FSK nicht, jedoch bei den obersten Landesjugendbehörden eindeutig. Ihnen wurde nicht nur eine Einflussnahme, sondern die Weisungsgebung nachgewiesen. Im Prüfverfahren wird sowohl entschieden, ob ein Film regulär veröffentlicht wird, denn eine Freigabe kann grundsätzlich abgelehnt werden. Als auch in welcher Form, wenn Schnittauflagen verhängt werden. Wird der Film, beispielsweise aus finanziellen Gründen, nicht zur Prüfung vorgelegt oder die Freigabe verweigert, darf er laut Jugendschutzgesetz, zumindest Personen unter 18 Jahren, nicht zugänglich gemacht werden<sup>130</sup>.

Für die Erwachsenenfilmprüfung, an der nur Prüfer aus der Filmwirtschaft beteiligt sind, gilt dies nicht. Es besteht lediglich ein wirtschaftlicher Druck, der eine Freigabe durch die FSK notwendig macht. Daraus ergibt sich, dass die Filmprüfung unfreiwillig vollzogen werden muss. Zwar besteht zumindest bei Videofilmen noch die Möglichkeit der Sichtung durch die Juristenkommission der SPIO, die eine Abgabe an Erwachsene ermöglicht. Diese ist aber ähnlich einer FSK-Prüfung zu bewerten. Bei der Freigabe für Erwachsenenfilme besteht ein weiteres Problem, womit man dem grundgesetzlichen Zensurverbot sehr nahe kommt, wenn diese Grenze nicht sogar überschritten wird: Der Zugang zu reinen Erwachseneninhalten wird zunehmend erschwert. Einschränkungen für Jugendliche müssen jedoch die grundgesetzliche Informationsfreiheit Erwachsener berücksichtigen. Dies ist nicht der Fall. Es wird sowohl in die Grundrechte der Produzenten und anderen am Film Beteiligten als auch in die interessierter Rezipienten eingegriffen.<sup>131</sup>

Seit Aufnahme ihrer Tätigkeit, war die FSK dem Vorwurf ausgesetzt, eine Zensurstelle zu sein. Heute hat sich in der Lehre die Haltung durchgesetzt, dass sie „verfassungsrechtlich hinnehmbar“ sei. Eingeräumt wird dahingehend, dass nach dem Rechtssinn kein Verstoß gegen das formelle Zensurverbot vorliegt, da die FSK über keine Befugnis zum selbst veranlassten Einschreiten verfügt und ungeprüfte Filme

---

<sup>130</sup> Der Einwand, dass die Veröffentlichung für Erwachsene dennoch möglich ist, kann bei der Jugendfilmprüfung als nicht relevant zurückgewiesen werden. Handelt es sich beispielsweise um einen Kinderfilm, der theoretisch für Kinder ab sechs Jahren geeignet ist, wird für dessen Vermarktung ein rein erwachsenes Publikum kaum eine Rolle spielen. Der Film muss von der FSK geprüft werden, um sein Zielpublikum erreichen und damit wirtschaftlichen Erfolg verbuchen zu können.

<sup>131</sup> vgl. Degenhart 2008: „Verfassungsfragen des Jugendschutzes beim Film“



generell nicht der Öffentlichkeit völlig vorenthalten werden könnten.<sup>132</sup> Ist der Verstoß gegen das grundgesetzliche Zensurverbot strittig, so werden hingegen die Merkmale der allgemein gehaltenen Begriffsbestimmung durchaus erfüllt. Diese Meinung wird z.T. von der FSK selbst vertreten:

*„Ich persönlich [...] denke, die FSK ist in gewisser Weise eine Zensurbehörde insofern, als daß kaum ein Film ohne FSK-Zeichen auf den Markt zu bringen ist. Das heißt, aus wirtschaftlichem Zwang heraus ist jeder Filmverleiher mehr oder minder gezwungen, zur FSK zu gehen. Es gibt nur wenige Filme, die ohne FSK-Zeichen auf den Markt gekommen sind. Theoretisch kann jeder einen Film auf den Markt bringen, ohne ihn bei der FSK vorgelegt zu haben. Einen Zwang, zur FSK zu gehen gab es nie. Es gibt ihn allerdings aus wirtschaftlichen Gründen. Und das ist, wenn man so will, indirekt eine Form von Zensur. Rechtlich ist sie es mit Sicherheit nicht.“<sup>133</sup>*

Nach Meinung der Autorin, ist im Grunde nicht die praktizierte Vorzensur an sich überaus kritisch zu bewerten, denn andere Länder verfügen auch über eine gesetzliche Verpflichtung zur Filmprüfung. Diese ist aus Jugendschutzgesichtspunkten sogar nachvollziehbar. Sondern, dass sie vehement bestritten wird. Trotz dessen gab es in der Geschichte der FSK nicht eine Klage gegen sie, was die Akzeptanz der Wirtschaft verdeutlicht. Auf der anderen Seite sind auch die obersten Landesbehörden mit dem eingeschlagenen Weg überaus zufrieden, da sie trotz des hohen Einflusses fast keine Kosten tragen müssen.<sup>134</sup>

### **b) Schnittauflagen**

*„Hässliche Leute hassen Spiegel.“* - Wes Craven auf die Frage, warum bestimmte Szenen aus Filmen herausgeschnitten werden müssen.<sup>135</sup>

Die ursprüngliche und eigentliche Aufgabe des Filmschnitts ist es, das gedrehte Rohmaterial in eine der Erzählung wiedergebenden Weise zu ordnen und zu strukturieren sowie Überflüssiges auszusortieren. Dies wird in der Regel von einem Cutter in Zusammenarbeit mit dem Regisseur vorgenommen. Das Resultat ist der fertige Film. Wird nun nachträglich erneut die Schere von Nichturhebern angesetzt,

<sup>132</sup> vgl. ausführlich dazu bei Binz 2006, 314 ff.

<sup>133</sup> so von Gottberg, ehemaliger Ständiger Vertreter der Landesjugendbehörden bei der FSK, 1992 nach Erdemir 2000, 183

<sup>134</sup> vgl. von Gottberg 2002, 36

<sup>135</sup> so der amerikanische Horror-Regisseurin in der Filmzeitschrift CINEMA, Ausgabe 5/1990 nach Seim 2009, 78

muss das als nicht unerheblicher Eingriff in das fertige Werk gesehen werden. Dadurch kann nämlich die Blicklenkung des Zuschauers und die künstlerisch eingesetzte Zuordnung von Bedeutungen zumindest beeinträchtigt werden.<sup>136</sup>

Darüber hinaus ist der Schnitt ein erlaubtes Mittel, um Filme, die auf dem deutschen und bestimmten anderen Märkten erscheinen, zu „entschärfen“. Das geschieht vorrangig aus Jugendschutzgründen, da gewisse Szenen wie Grausamkeiten beim jüngeren Publikum Angst, beim älteren Protest gegen die zuständige Kontrollenrichtung auslösen können. Die FSK ist daher befugt, Auflagen für eine bestimmte Freigabe aussprechen<sup>137</sup>. Der Anbieter hat dann die Wahl, die Schnitte umzusetzen oder die höhere Altersfreigabe zu akzeptieren. Auch die Veröffentlichung unterschiedlicher Filmversionen, beispielsweise „ab 16 Jahren“ und mit „keine Jugendfreigabe“, ist möglich. Mittlerweile verzichten die Prüfer aber weitgehend auf Schnittauflagen<sup>138</sup>. Die häufige Annahme, dass die FSK heute noch für die unzähligen geschnittenen Fassungen verantwortlich sei, ist demnach ein Irrglaube<sup>139</sup>. Viel häufiger ist mittlerweile der Vermarktungswille der Anbieter dafür verantwortlich<sup>140</sup>.

### *c) Manipulation der Synchronisation*

Eine Synchronfassung soll dem Publikum den gesprochenen Text in seiner ursprünglichen Intention vermitteln. Wird der Film in einer anderen Sprache veröffentlicht, findet entweder eine übersetzte Vertonung oder zumindest die dementprechende Untertitelung statt. Im Deutschen wird die Synchronisation von Filmimporten allgemein hin als selbstverständlich betrachtet, in vielen anderen Ländern werden Untertitel bevorzugt.<sup>141</sup> Es kommt vor, dass die ursprüngliche Aussageabsicht des Films oder einzelner Szenen verloren geht, wenn eine übermäßige Verfälschung der Synchronisation betrieben wurde. So v.a. in der Nachkriegszeit geschehen, als Referenzen zur deutschen Nazigeschichte entfernt wurden, um die Umsatzchancen zu erhöhen<sup>142</sup>. Auch in jüngerer Vergangenheit lassen sich Bei-

<sup>136</sup> vgl. Wiedemann 2002, in: tv diskurs #22

<sup>137</sup> nach Art. 12 Abs. 1 der FSK-Grundsätze

<sup>138</sup> Wurden 1989 noch 6,6 % der Filmfreigaben der FSK an Schnittauflagen gebunden, betraf dies 2002 bereits nicht einmal mehr 1 % der Filme.

<sup>139</sup> vgl. Hönge 2002, in: tv diskurs #22; anders bei Bethmann 2002, 12. Er macht die FSK für Schnitte indirekt verantwortlich, da sie ungekürzte Versionen oftmals nicht freigeben würde.

<sup>140</sup> dazu ausführlich in Kapitel 3.2.5.b)

<sup>141</sup> vgl. Wikipedia: Synchronisation\_(Film) (Zugriff 15.4.2011)

<sup>142</sup> Bekanntestes Beispiel ist wahrscheinlich der Film „Casablanca“, der in seiner 1952 in Deutschland erschienen Fassung nicht nur 23 Minuten gekürzt war, sondern in dem auch die deutschen Besatzer einfach „verschwunden“ waren. Für den Film „Die Eingeschlossenen“ von 1962 verhängte die FSK, trotz der Freigabe für Erwachsene, mehrere Textauflagen. Bei Passagen wie „Und ich bewunderte Flick, Krupp und Vater? Jedesmal wenn ich einen Mercedes-Benz sehe, rieche ich den Gestank

spiele finden. Aus Woody Allens Film *„Hanna und ihre Schwestern“*<sup>143</sup> wurde der Satz „Wäre ich 1936 in Berlin gewesen, würde ich jetzt ein Lampenschirm sein“ herausgeschnitten. Zwei Jahre später wurden im Film *„Stirb langsam“*<sup>144</sup> Dialoge geändert und die Namen der deutschen Terroristen in englische ausgetauscht. Wohl weil dem deutschen Publikum keine Landsleute als Bösewichte zugemutet werden sollten.<sup>145</sup>

Heutige textliche Abänderungen betreffen weniger den Inhalt und sind meist subtil. Ziel ist häufig das Abschwächen einer derben Wortwahl<sup>146</sup>. Diese Form der bewussten Veränderung ist dennoch gleichsam als Eingriff in ein Filmwerk zu bewerten. Besonders deshalb, weil sie im Vergleich zu Filmschnitten weniger auffällig vorgenommen werden kann und daher vom Publikum meist nicht bemerkt wird. Sie lässt sich jedoch nicht eindeutig in eine Zensurkategorie einordnen, denn bewusste Änderungen können als Selbstzensur von Produzenten und Verleihern oder in Form einer vom Regisseur veränderten Fassung einerseits auftreten. Sie können aber auch von Kontrollstellen diktierte Eingriffe andererseits sein. Eingräumt werden muss an der Stelle, dass Übersetzungsfehler auch unbewusst oder aus Mangel an sprachlicher Übertragbarkeit passieren können. Abhilfe schaffen die neuen Entwicklungen im Videobereich, denn DVD und Blu-ray Disc haben in der Regel die Originalsprachfassung enthalten, die mit oder ohne Untertitel abgerufen werden kann.

### 3.2.4. Prohibitivzensur

#### a) Indizierung

Das deutsche Indizierungssystem ist einmalig. Es ist außerdem recht komplex und für Außenstehende meist unverständlich, zumal der Listenbereich nur teilweise öffentlich einsehbar ist. Ob es dadurch seinem Zweck gerecht wird, kann angezweifelt werden. Darüber hinaus ist jedoch die Annahme zu untersuchen, ob das Mittel der Indizierung über den bloßen Jugendschutz, auch den Schutzbereich Erwachsener berührt. Die BPjM räumt ein, dass „durch eine Indizierung [...] stets auch in

---

*eines Gasofens.*“ mussten die deutschen Namen, auch die Automarke, entfernt werden. U.a. weil „ein bedeutender deutscher Firmenname nicht mit Verbrechen belastet werden könne, deren Initiatoren und Auftraggeber bekanntermaßen an ganz anderer Stelle zu suchen seien.“

<sup>143</sup> Originaltitel: „Hannah and her sisters“, USA 1986

<sup>144</sup> Originaltitel: „Die Hard“, USA 1988, Regie: John McTiernan

<sup>145</sup> vgl. Loiperdinger 2004, 541 f sowie Pruys 1997, 6. Ebenso Humberg 2006, 58 f.

<sup>146</sup> Z.B. wurde bei „Pulp Fiction“ (USA 1994, Regie: Quentin Tarantino) die Selbstbeschreibung von Killer Jules vom „bad motherfucker“ ins Deutsche mit „bösem schwarzen Mann“ übersetzt. vgl. Pruys 1997, 112

bestimmte Grundrechte eingegriffen“ wird<sup>147</sup>. Problematisch ist dabei besonders das mit einer Indizierung einher gehende Werbe- und Vertriebsverbot, das Erwachsenen den Bezug der betroffenen Medien erheblich erschwert. Darf für einen Film nicht geworben werden, erfährt die Allgemeinheit möglicherweise gar nichts über seine Existenz. Eine Vermarktung ist dann nahezu unmöglich. Aus dem Grund hat eine Listenaufnahme für den Anbieter gravierende wirtschaftliche Folgen. In einem frühen Urteil kam das Bundesverwaltungsgericht zu dem Schluss, dass es sich bei einer Indizierung um eine „praktisch fast einem Verbot gleichkommende Maßnahme [handele], die nur auf Grund eines Gesetzes möglich“ sei<sup>148</sup>. In einem weiteren Urteil heißt es ebenfalls, das Werbeverbot komme „bei Einzelerzeugnissen, insbesondere Büchern, Schallplatten und Filmen, praktisch einem Verbot des Werkes gleich“. Dies bedeute „eine sehr weitreichende Einschränkung der Informationsfreiheit Erwachsener“.<sup>149</sup>

Zusammenfassend heißt das, die Indizierung von Trägermedien ist ein wirksames Steuerungselement, um Minderjährige von jugendgefährdenden Inhalten fernzuhalten. Sie dämmt jedoch deren Umlauf insgesamt ein, wodurch auch Erwachsene im Wesentlichen von den resultierenden Beschränkungen betroffen sind. Für sie ist der Erwerb nach Abverkauf nur noch in Spezialgeschäften möglich. Führen diese den indizierten Titel nicht, kann dies unter Umständen sogar sein Verschwinden vom Markt bedeuten.<sup>150</sup> Die BPjM ist zwar eine staatliche Behörde, die Indizierung verstößt faktisch dennoch nicht gegen das Zensurverbot des Grundgesetzes, da es sich um eine Maßnahme nach der Veröffentlichung handelt. Für die Ausgangsdefinition der Arbeit nach FICK spielt dies keine Rolle, die Indizierung fällt daher darunter.

### ***b) Filmverbote***

Bei den zensorischen Maßnahmen ist nur das gänzliche Verbot von Medieninhalten schwerwiegender als deren Indizierung. Das deutsche Strafgesetzbuch enthält Normen, die die öffentliche Vorführung oder Verbreitung von Schriften einschränken können<sup>151</sup>. Die bundesweite Beschlagnahme oder Einziehung eines Films wird dabei zumeist durch das Pornografie- oder in den häufigsten Fällen durch das Gewaltdarstellungsverbot gerechtfertigt. Deutschland ist neben der Schweiz das einzige Land, dass ein Verbot von Gewaltdarstellungen im allgemeinen Strafrecht regelt, und nicht in einem Zensurgesetz. Demnach ist nach § 131 StGB die Verbreitung, Herstellung oder Zugänglichmachung von Darstellungen „grausamer oder

<sup>147</sup> BPjM Thema: „Wegweiser Jugendmedienschutz“ 2009, 19

<sup>148</sup> BVerwG 23, 109 nach Stumpf 2009, 44

<sup>149</sup> BVerwG 39, 201 f. nach ebenda

<sup>150</sup> vgl. Stumpf 2009, 50 f.

<sup>151</sup> siehe dazu die Straftatbestände in Kapitel 3.2.1.b)

sonst unmenschlicher Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder menschenähnliche Wesen“ verboten, wenn diese in verherrlichender, verharmlosender oder die Menschenwürde verletzender Weise gezeigt werden.

Die Verfassungskonformität des § 131 StGB ist in der Literatur umstritten. Kritisch sind dabei v.a. zwei Aspekte. Zum einen der nicht nachgewiesene Zusammenhang zwischen medialer und realer Gewalt. Zum anderen die Fülle an auslegungsbedürftigen Begriffen wie „Gewaltverharmlosung“ oder „die Menschenwürde verletzende Weise“ mit dem Bestimmtheitsgrundsatz des Art. 103, Abs. 2 GG.<sup>152</sup> Die Auslegung der Wortvorschrift wurde daher oft diskutiert und nachgebessert. Darüber hinaus stellt dieser Paragraph erhebliche Einschränkungen für den erzählenden Film dar. Das beginnt bereits bei der Produktion, wie das nächste Kapitel zeigen wird.

Ein Ermittlungsverfahren kann durch einen Hinweis einer Bundesprüfstelle sowie durch Anzeige eines Jugendamtes oder einer Privatperson eingeleitet werden. Ist der Tatbestand von einem Amts- oder Landgericht nachgewiesen, folgt rechtlich die Beschlagnahme des Films zu Beweis Zwecken oder zur Sichtung beziehungsweise die Einziehung und Vernichtung des Materials. Der Film ist damit auch für Erwachsene verboten. Zuletzt kann dem verantwortlichen Produzenten oder Vertreiber eine Geldstrafe oder der Freiheitsentzug bis zu einem Jahr drohen. Üblich ist in dem Zusammenhang auch die Durchsuchung der Geschäftsräume des Anbieters, um Originalband und Kopien des Films sicherstellen zu können. Dieses Prozedere gilt analog für das Pornografieverbot nach § 184 StGB.<sup>153</sup>

Der private Besitz von bundesweit beschlagnahmten Videofilmen steht nicht unter Strafe, solange damit kein Handel getrieben wird. Allein der Besitz von Medien mit kinderpornographischem Inhalt ist strafbar. Ebenfalls verboten sind Medien, die sich mit beschlagnahmten Filmen befassen<sup>154</sup>. Derzeit sind insgesamt 696 Trägermedien bundesweit beschlagnahmt, davon 360 aufgrund des § 131 StGB (Stand: April 2011)<sup>155</sup>. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass hierzu auch Computer- und Videospiele sowie Tonträger zählen.

Gegen das gesetzliche Zensurverbot verstößt die Beschlagnahme und Einziehung eines Films nur vor Abschluss des Kennzeichnungsvorgangs. Das Strafverfahren an sich kann wegen Unverhältnismäßigkeit aber als verfassungswidrig angesehen werden.<sup>156</sup> In den Augen der Autorin, zählt das Verbot von Filmen ohne höheren Rechtfertigungsgrund wie eben Kinderpornografie als massiver Zen-

<sup>152</sup> vgl. Hoeren/Meyer 2007, 321

<sup>153</sup> vgl. Bethmann 2002, 115 f.

<sup>154</sup> so z.B. die Filmographien „Die Angst sitzt neben dir“ auf CD-ROM von Frank Trebbin oder die mittlerweile stillgelegte Homepage [www.schnittberichte.de](http://www.schnittberichte.de); vgl. Seim 2003: „Die Geheimnisse der Zensur“ (Zugriff 6.1.2011)

<sup>155</sup> vgl. BPjM: Statistik (Zugriff 10.5.2011)

<sup>156</sup> vgl. Erdemir 2000, 185 f. sowie Seim 2009, 45 f.

sureingriff, unabhängig ob vor oder nach einer Kennzeichnung. Hier steht eindeutig der Schutz und die Bevormundung erwachsener Personen im Vordergrund.

### 3.2.5. Selbstzensur – Die Schere im Kopf

Die klassische Zensur mag im Laufe der Zeit seltener auftreten, dafür aber in immer neuen Formen und manchmal freiwillig mitvollzogen. Die Selbstzensur macht Eingriffe von außen überflüssig und entsteht aus Angst vor unbequemen Konsequenzen. Da dies ein komplexes Thema ist, soll der nächste Abschnitt beispielhaft zeigen, woraus sie hervorgehen kann.

#### *a) Abhängigkeit der Filmemacher*

Bereits vor Entstehung eines Films, nehmen eine Reihe von Umständen Einfluss auf die Arbeit von Autoren, Regisseuren und Produzenten. Abgesehen von anderen Interessen, wollen sie mit ihrem späteren Werk wirtschaftlichen Erfolg verbuchen. Sie wissen um Sehgewohnheiten der Zuschauer, die Festlegung von Altersfreigaben und die Zensur bereits fertiggestellter Filme. Wie groß die Beeinflussung dadurch ist, lässt sich letztendlich nur schwer nachvollziehen. Die Abhängigkeit von der Filmförderung kann jedoch anhand einiger Fakten untersucht werden.

Europäische Filmproduktionen werden oftmals erst durch öffentliche Fördergelder möglich, da anders als in den USA, nichtstaatliche Kapitalgeber fehlen. Auch deutsche Produktionsunternehmen können Kosten häufig nicht allein tragen, sodass der staatliche Eingriff zu kulturellen oder wirtschaftlichen Zwecken möglich und notwendig wird.<sup>157</sup> Der Staat kann dabei in zweierlei Hinsicht als Förderer eines Films in Erscheinung treten. Er erlässt entweder Steuererleichterungen bei der Vorführung, erlangt durch ein Prädikat der Filmbewertungsstelle Wiesbaden (FBW). Oder der Staat übernimmt die Bürgschaft für die Finanzierung der Produktion.<sup>158</sup> In Deutschland existieren eine Reihe von Fördereinrichtungen auf Länder- und Bundesebene. Deren Mittel werden durch Abgaben der Filmtheater und Videoprogrammanbieter, der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender sowie aus Steuergeldern finanziert. Mit rund 70 Millionen Euro pro Jahr, stehen der Filmförderungsanstalt des Bundes (FFA) die größte Summe zur Verfügung. Geregelt wird ihre Tätigkeit durch die Neufassung des Filmförderungsgesetzes (FFG) von 2004.<sup>159</sup>

Die Ablehnung eines Antrags auf finanzielle Unterstützung bedeutet oft das Aus für den geplanten Film. Aus dem Grund sind viele Produzenten von deren Vorgaben abhängig. Die FFA setzt sich zwar hauptsächlich aus Vertretern der

<sup>157</sup> Hans-Bredow-Institut 2006, 118

<sup>158</sup> vgl. Loiperdinger 2004, 542 f.

<sup>159</sup> vgl. Altendorfer 2004, 87 f.

Film- und Fernsehbranche zusammen, untersteht aber der obersten Bundesbehörde für Kultur und Medien.<sup>160</sup> Nach dem FFG sind förderungsbedürftige Filme inhaltlich an kulturelle, historische oder gesellschaftliche Themen gebunden<sup>161</sup>. Die Minderqualitätsklausel besagt zudem, dass Finanzmittel nicht gewährt werden dürfen, wenn die mit ihrer Hilfe produzierten Filme „das sittliche oder religiöse Gefühl verletzen“ bzw. „sexuelle Vorgänge oder Brutalitäten in aufdringlich vergrößernder spekulativer Form darstellen“<sup>162</sup>. Entspricht das fertige Werk nicht den Vorstellungen der Vergabekommission, kann die FFA anhand der Kontrollklausel auf Rückzahlung bestehen. Die Filmemacher unterliegen demnach, zusätzlich zum sowieso vorhandenen marktwirtschaftlichen Druck, diesen politischen Regeln.<sup>163</sup> Das schränkt aus Sicht der Verfasserin den kreativen Schaffensprozess unbestreitbar ein, da eine ständige Abwägung zwischen Vorgaben und eigenen Ideen stattfinden muss. Lediglich etablierte deutsche Filmemacher sind davon unabhängig. Eine ähnliche Auffassung verdeutlicht das folgende Zitat vom deutschen Regisseur Roland Klick:

*„Ich bin bei der Filmförderung eigentlich immer recht gut bedacht worden, das Problem ist vielmehr die sogenannte Projektförderung“<sup>164</sup>, weil sich da ein Verein von Leuten, die zwar jahrelang mit Film zu tun hatten, aber eigentlich Parteipolitiker sind, oder Kirchenoberhäupter, anmaßen, Filme zu bewerten, eigentlich aber nur einen pluralistischen Gesellschaftskonsens herstellen können, der aber nie richtig sein kann, Film soll eigentlich immer über den Konsens hinausgehen. [...] Da, wo Förderung eingreift, wird sie zur Zensur, und zwar zur Zensur des Mittelmaßes.“<sup>165</sup>*

### **b) Veränderungen durch den Anbieter**

Die bereits oben genannte Praxis der Schnitte seitens der Filmanbieter ist als Selbstzensur einzustufen, da es sich um kein staatlich diktiertes Vorgehen handelt. Vertreter kürzen im Vorfeld kritische Stellen, um beispielsweise eine Jugendfreigabe zu erlangen<sup>166</sup>. Denn dadurch wird ein größeres Publikum erreicht, sowohl im Kino

<sup>160</sup> vgl. Loiperdinger 2004, 542 ff.

<sup>161</sup> nach § 15, Abs. 1, Satz 5 FFG

<sup>162</sup> nach § 19 FFG

<sup>163</sup> vgl. ausführlich bei Loiperdinger 2004, 542 ff.

<sup>164</sup> Anm. d. Verf.: die Projektfilmförderung stellt ein bedingt rückzahlbares Darlehen der FFA dar, das gewährt wird, wenn Drehbuch, Stab und Besetzung auf einen Film hindeuten, der die Qualität und Wirtschaftlichkeit des dt. Films verbessern könnte. vgl. Altendorfer 2004, 88

<sup>165</sup> so Klick 1999 im Interview mit der Filmzeitschrift Splatting Image, Ausgabe 37 – 03/99 nach Busche 1999: „Roland allein zu Haus?: Roland Klicks Exile on Mainstream.“ (Zugriff 6.4.2011)

<sup>166</sup> Bei „Harry Potter und die Kammer des Schreckens“ (Originaltitel: „Harry Potter and the Chamber of Secrets“, USA 2002, Regie: Chris Columbus) wurde z.B. die im europäischen Vergleich niedrige Freigabe „ab 6 Jahren“ mit Schnitten um insgesamt über zwei Minuten erwirkt. Bei der

als auch im Videofilmvertrieb. Je geringer die Freigabe, desto größer ist die potentielle Zielgruppe und damit die Einnahmen. Schließlich wird das Medium besonders stark von Kindern und Jugendlichen genutzt.<sup>167</sup> Die FSK-Freigabe „ab 16 Jahren“ spielt eine besondere Rolle, auch da Titel ohne Jugendfreigabe und indizierte im Versandhandel seltener vertrieben werden können. Zudem ersparen sich Anbieter die Kosten für eine erneute Prüfung, wenn die ungeschnittene Version keine Freigabe erhalten würde. Es handelt sich daher eigentlich immer um ein finanziell motiviertes Problem. In manchen Fällen haben Vertriebsfirmen aber eben keine andere Wahl, da v.a. gewisse Horrorfilme von der FSK ungekürzt abgelehnt würden und deshalb nicht in den Verleih gelangen könnten. Oftmals wird nicht erwähnt, dass es sich nicht um die Originalfassung handelt und der Rezipient somit bewusst getäuscht. Es kommt aber auch vor, dass bereits für den US- oder britischen Markt geschnittene Fassungen bei uns im Kino erscheinen.<sup>168</sup>

Diese freiwilligen Schnitte durch die Anbieter fallen oft radikaler aus, als es von der FSK für die entsprechende Freigabe gefordert wäre. Sie können wohl nicht verhindert werden, allein das ausdrückliche Verbot wäre eine greifende Maßnahme. Doch entstünde dadurch das nächste Problem, denn auf die Regisseure wirkt ebenfalls wirtschaftlicher Druck. Gäbe es keine nachträglichen Schnitte bei gleich bleibenden Freigabekriterien mehr, müsste ein Teil von ihnen entscheiden, ob die höheren Alterseinstufungen und damit der Wegfall eines Teilpublikums finanziell tragbar wären.<sup>169</sup> Das im vorhergehenden Abschnitt angesprochene Problem, des Umgangs mit Rahmenbedingungen, würde dadurch wahrscheinlich noch verstärkt.

### 3.3. Niederlande

Die Niederlande stellen in der Betrachtung des europäischen Jugendmedienschutzes eine Ausnahme dar, da sie mit ihrem noch jungen Modell gänzlich neue Wege gehen. Bis 2001 gab es hier eine freiwillige Filmprüfung. Die „Filmkeuring“ war mit der deutschen FSK vergleichbar und stellte Freigaben für Kinofilme aus. Im Videobereich vergaben die Verleihfirmen selbst Zertifikate mit Altersempfehlungen. Nach langer Diskussion über Bevormundung und Zensur, angestoßen durch die Europäische Fernsehrichtlinie, verschärfte die niederländische Regierung ihre Jugendschutzbestimmungen. Gleichzeitig begann sie auf nahezu völlige Eigenverantwortung der Unternehmen und der Bevölkerung zu setzen, indem sie ein System der ausschließlichen Selbstkontrolle von Anbieterseite einführte. Dieses passt ganz

---

ersten Sichtung wurde der Film von der FSK noch ab 12 Jahren freigegeben. vgl. Wikipedia: *Harry\_Potter\_und\_die\_Kammer\_des\_Schreckens\_(Film)* (Zugriff 5.5.2011)

<sup>167</sup> Eine bereits 1987 von der FSK in Auftrag gegebene Studie belegt, dass ein empirischer Zusammenhang zwischen niedriger Altersfreigabe und Filmerfolg besteht. vgl. Humberg 2006, 42

<sup>168</sup> vgl. Hönge 2002, in: tv diskurs #22

<sup>169</sup> vgl. Gottberg 2007, in: tv diskurs #22



in die Mentalität des Landes, das stolz auf seine liberale Gesetzgebung ist und für das die verfassungsrechtlich garantierte Meinungsfreiheit einen hohen Stellenwert hat.<sup>170</sup>

### 3.3.1. Gesetzliche Bestimmungen

Ähnlich der deutschen Gesetzgebung, existiert im niederländischen Recht ein grundgesetzliches Verbot der Vorzensur für Druckerzeugnisse, den Rundfunk und andere Meinungsäußerungen, worunter Videos, Computerspiele u.Ä. fallen<sup>171</sup>. Die vorherige Kontrolle des Inhalts einer Äußerung durch den Staat ist demnach nicht erlaubt. Aber auch hier gibt es Gründe, die eine repressive Kontrolle theoretisch möglich machen, z.B. die Gefahr der Volksverhetzung. Das Verhängen von Schnittauflagen wird jedoch per Gesetz nicht eingeräumt. Andere Zensurmaßnahmen wie Filmverbote gehören ebenfalls nicht zur gängigen Praxis der niederländischen Jugendschützer.<sup>172</sup>

Mit der Abschaffung der Filmkeuring zu Beginn des neuen Jahrtausends, wurde auch das Gesetz über die Filmvorführung von 1977 außer Kraft gesetzt. Zwar existiert ein niederländisches Mediengesetz, welches aber nur für das Fernsehen Anwendung findet. Für das Kino und den Videobereich gelten die allgemeinen und weniger strengen Gesetze. Die Bestimmungen zum Jugendschutz, die sich besonders auf die Herstellung und Verbreitung von Pornografie beziehen, finden sich in der heutigen Fassung des Strafgesetzbuchs „Wetboek van Strafrecht“ (WS) wieder. Die wichtigsten sind der Artikel 240 WS zum Schutz der Öffentlichkeit vor ungewollter Konfrontation mit „anstößigen Abbildungen“<sup>173</sup> sowie die Medienschutzvorschrift für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren vor „jugendgefährdenden Abbildungen“ nach § 240a WS. Daher wird nur die Freigabe ab 16 Jahren kontrolliert. Filme, die für ein jüngeres Publikum freigegeben sind, erfahren keine gesetzliche Beschränkung. Außerdem beschreibt § 240b WS das Kinderpornografieverbot. Ein Werbeverbot für bestimmte Medieninhalte wie es in Deutschland angewandt wird, existiert im niederländischen Recht nicht.<sup>174</sup>

### 3.3.2. Kontrollorgan und Arbeitsweise

„Kijkwijzer“ ist das Synonym für ein Informations- und Klassifikationssystem des medienübergreifenden Jugendschutzes. Umgesetzt wird es vom Niederländischen

<sup>170</sup> vgl. Bekkers 2009, in tv diskurs #50

<sup>171</sup> nach Artikel 7 der Verfassung des Königreichs der Niederlande

<sup>172</sup> vgl. Hemels 2005: „Regulierung, Selbstregulierung und Medienkompetenz in den Niederlanden.“ (Zugriff 22.3.2011)

<sup>173</sup> vergleichbar mit dem deutschen Ordnungswidrigkeitstatbestands nach § 119 OWiG

<sup>174</sup> vgl. Liesching 2002, 217 ff.

Institut für Klassifizierung audiovisueller Medien, kurz NICAM<sup>175</sup>. Es wurde 1999 von den Dachorganisationen des öffentlichen und privaten Rundfunks sowie der Organisationen der Filmverleiher, Kinobesitzer, DVD-Verleiher und der Spieleverleiher gegründet. Seine Arbeit erstreckt sich daher auch auf alle audiovisuellen Medienbereiche. Der Anschluss von Firmen und Sendern ist prinzipiell freiwillig, wird aber nur in Ausnahmen abgelehnt<sup>176</sup>. Das Institut verfügt dennoch über keinen großen Einfluss, sondern hat vielmehr beobachtenden Charakter. Seine Mitarbeiter stellen anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse Jugendschutzkriterien für die Anbieter von Kino-, Videofilmen u.Ä. auf, die ihre Produkte danach eigenverantwortlich einstufen. NICAM verwaltet die Daten und macht die Freigaben öffentlich. Diese sollen mehr der Orientierung und Empfehlung für Eltern dienen, da allein die Freigabe ab 16 Jahren in den Niederlanden bindend ist. Der Staat tritt ebenfalls in den Hintergrund und hat nur eine Art Reserveverantwortung inne, so wie es durch die EG-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste gefordert wird. Seine Aufgabe besteht v.a. darin, das System zu evaluieren und Probleme offen zu legen.<sup>177</sup>

Freigaben werden anhand der Angaben des Anbieters von einem Computer festgelegt. Dazu muss zu jedem Film ein umfangreicher Internet-Fragebogen von einem speziell vom NICAM-Institut trainierten Codierer ausgefüllt werden. Es werden sowohl Kennzeichen für die empfohlene Altersfreigabe *errechnet* als auch Piktogramme für beeinträchtigende Inhalte<sup>178</sup>. Kam es früher durchaus zu unterschiedlichen Freigaben für die Kino- und Videofassung, sind sie heute meist identisch<sup>179</sup>.

Das System der Eigenverantwortung soll durch regelmäßige Befragungen und Informationskampagnen den Bürgern nahe gebracht werden. Ein Beschwerdesystem einer unabhängigen Kommission gibt ihnen mehr Sicherheit. Außerdem werden Stichproben zu den Alterseinstufungen durchgeführt. Bei offensichtlichem Missbrauch durch Anbieter und Verleiher können hohe Geldstrafen verhängt werden. Im Vorfeld der Umstellung wurde die Bevölkerung befragt, was sie vom Jugendschutz erwartet. Das hat gezeigt, dass Eltern und Jugendliche mehr über Gründe der Altersbeschränkungen wissen wollen. Dem wurde mit der Einführung von Piktogrammen zu beeinträchtigenden Inhalten Rechnung getragen. Folgende Alterskennzeichen und Inhaltskategorien kennen die Niederländer:<sup>180</sup>

<sup>175</sup> Nederlands Instituut voor de Classificatie van Audiovisuele Media, Internetpräsenz: <http://www.kijkwijzer.nl> (Zugriff 16.3.2011)

<sup>176</sup> Kommt es dazu, untersteht der Anbieter der niederländischen Medienaufsicht (Commissariaat voor de Media). Diese schaltet sich auch bei rechtswidrigen Inhalten ein.

<sup>177</sup> vgl. Bekkers 2006, in: tv diskurs #37

<sup>178</sup> Die Alterskennzeichen und Piktogramme werden bei der Ankündigung (in Anzeigen, Programmzeitschriften, usw.), auf der Verpackung von DVDs, CD-Roms u.Ä. und vor Beginn eines Films im Kino, auf Video oder im TV gezeigt.

<sup>179</sup> Nach automatischer Übernahme der Freigabe für die Zweitverwertung, kann eine erneute Einstufung beantragt werden. So können Unterschiede zustande kommen.

*AL - Nicht schädigend / jedes Alter*

*6 - Vorsicht bei Kindern unter 6 Jahren*

*9 - Vorsicht bei Kindern unter 9 Jahren<sup>181</sup>*

*12 - Vorsicht bei Kindern unter 12 Jahren*

*16 - Vorsicht bei Kindern unter 16 Jahren*

*Faust = physische Gewalt:* Der Fragebogen berücksichtigt den Grad der Wirklichkeitsnähe, die Schwere der Verletzung, die Sympathie des Protagonisten, die Rechtfertigung der Gewalt und deren Ahndung.

*Spinne = angsterregende Bilder:* Es werden drei Themenkomplexe abgefragt: Dinge, die beängstigend aussehen können, handelnde Personen, die beängstigend oder leidend erscheinen können sowie Ton und Horroreffekte.

*Füße = sexuelle Handlung:* Von Bedeutung ist die Verwendung sexuell orientierter Sprache und das Zeigen von Intimstellen.

*Menschengruppe = Diskriminierung:* Bezogen auf Geschlecht, Rasse, Religion, Nationalität oder ethnischen Hintergrund.

*Spritze = Drogen- und Alkoholmissbrauch:* Die Akzeptanz oder Verurteilung des Missbrauchs im Film, besonders harten Drogen gegenüber, ist für die Altersfreigabe von besonderer Bedeutung.

*sprechende Figur = rohe Sprache:* Informiert Eltern nur über deren Verwendung, hat aber keinen Einfluss auf die Freigabe.



**Abb. 2: Niederländische Alterskennzeichen und Inhaltspiktogramme<sup>182</sup>**

<sup>180</sup> vgl. NICAM 2009: „Kijkwijzer: The Dutch Rating System for Audiovisual Productions“ sowie NICAM 2009: „Kijkwijzer Questionnaire“ (Zugriffe am 18.3.2011)

<sup>181</sup> Die Stufe wurde nachträglich eingeführt und wird nur in Verbindung mit dem Kriterium „Angst“ vergeben.

<sup>182</sup> in Anlehnung an NICAM 2009: Online-Broschüre „Kijkwijzer: Weet wat ze zien, Kijkwijzer waar-schuw.“ (Zugriff 18.3.2011)

Die Alterseinstufungen des Königreichs der Niederlande für Filme sind im europäischen Vergleich eher großzügig, v.a. da es keine Erwachsenenfreigabe gibt. Erotische oder sexuelle Inhalte spielen keine besondere Rolle, allein unfreiwillige sexuelle Handlungen sind problematisch. Die Freigaben dafür liegen dennoch bei 12 oder maximal 16 Jahren. Begründet wird dies damit, dass Kinder gar kein Interesse an solchen Filmen hätten und auch für Jugendliche keine besonders schädigende Wirkung ausgeht, da diese wenn überhaupt nur einen Teil ihrer Erfahrung darstellen. Im Bereich der Bildschirmgewalt wird ausschließlich geprüft, ob das Gesehene diskriminierend ist, Kinder übermäßig ängstigt oder wiederum zur Gewalt aufruft. Es wird geglaubt, dass Jüngere dies bis zu einem gewissen Grad ertragen können und Ängste eher von Erwachsenen auf sie projiziert werden.<sup>183</sup>

Das zeigt, dass der niederländischen Jugend ein hohes Maß an Offenheit und Gleichberechtigung entgegen gebracht wird. Jüngere sollen alle Facetten der Realität erfahren können und selbst lernen, damit umzugehen. Dabei wird der Dialog mit ihnen für wichtig gehalten und gehört zu den zentralen elterlichen Aufgaben. Die Jugendschützer der Niederlande berücksichtigen auch den stetigen Wandel der Gesellschaft und damit den veränderten Reifegrad von Jugendlichen, indem sie ihren Kriterienkatalog alle zwei Jahre prüfen.<sup>184</sup>

### 3.3.3. Zusammenfassung und Einschätzung

Die Altersfreigaben des NICAM-Systems sind, bis auf die höchste Stufe „16“, als Empfehlung zu verstehen. Eine Erwachsenenfilmprüfung findet und fand auch unter der Filmkeuring nicht statt. Alle Filme sind somit für Personen ab 16 Jahren frei zugänglich. Dafür werden Eltern stark in die Verantwortung genommen, was als sinnvoll zu bewerten ist. Auch dass potentiell schädigende Inhalte kategorisch gekennzeichnet werden, da Eltern verschiedene Ansichten davon haben, was ihre Kinder sehen sollten und was nicht. Die Piktogramme sind dabei ein leicht nachvollziehbares Mittel. Durch die Vereinheitlichung für den gesamten audiovisuellen Sektor inklusive Fernsehen und Computerspiele, wird ebenso die Verständlichkeit gefördert.

Kritiker meinen, dass die vollständige Selbstregulierung lediglich über das Desinteresse der Regierung am Jugendschutz hinwegtäuschen soll. Es wurden seit Einführung des Systems Bedenken geäußert, dass Film- und Videoverleiher, aber auch Fernsehsender nach wirtschaftlichen Interessen entscheiden würden, um niedrigere Freigaben zu erwirken. Das weitgehende Fehlen einer kontextbezogenen Beurteilung der Filme, die durch Verwenden der Fragebögen nicht möglich ist, wird ebenfalls kritisiert. Dagegen spricht jedoch, dass zu Zeiten der Filmkeuring die Unter-

<sup>183</sup> vgl. Gangloff 2001, 214 ff. sowie Büttner/Raschke 2002, in: tv diskurs #21/22

<sup>184</sup> vgl. ebenda

schiede bei den Filmfreigaben zur FSK oft größer waren, als seit Einführung des NICAM-Systems. Durch mehrfaches Nachbessern wurden zudem Schwachstellen behoben. Studien haben außerdem gezeigt, dass es eine hohe Akzeptanz und Befürwortung aller Beteiligten gibt. Schließlich werden dem System mehrere relevante Vorteile beigemessen. Nach Ansicht VON GOTTBERGS ist es effektiv, einheitlich, preiswert für Anbieter und Staat sowie offen für gesellschaftliche Veränderungen und Forderungen aus der Bevölkerung.<sup>185</sup>

Dies wird auch in der EU erkannt und aufgegriffen. Die Europäische Kommission hat das NICAM-System als „gutes Praxismodell“ vorgestellt. Nach dessen Vorbild wurde mit „PEGI“ für die Sparte der Computerspiele ein nahezu europaweites Alterseinstufungssystem mit zusätzlichen Inhaltspiktogrammen eingeführt.<sup>186</sup> Ein Ablegermodell wurde auch für das Regulierungssystem im türkischen Fernsehen umgesetzt. Weiterhin haben bereits Belgien, Polen und Island Interesse bekundet.<sup>187</sup>

### 3.4. Großbritannien

Die Briten haben den Ruf, zu den strengsten Jugendschützern Europas zu gehören. Besonders die Skandinavier, die v.a. hinsichtlich Pornografie viel liberaler verfahren, verstehen nicht, wie z.B. das Wort „Fuck“ reicht, einen Film als jugendgefährdend einzustufen.<sup>188</sup> Ebenso wie die Deutschen, glauben sie an die schädliche Wirkung von bestimmten Medieninhalten auf Minderjährige und deren Erziehung. Es scheint, als herrsche Akzeptanz der britischen Gesellschaft gegenüber zensorischen Maßnahmen in diesem Bereich. In den 80er und 90er Jahren wurden beispielsweise Kampagnen gegen das Horrorgenre oder bestimmte Filme in den Medien geführt, um Verbote zu erwirken<sup>189</sup>. Die einseitige Berichterstattung ließ die Befürwortung von Gewaltzensur erkennen. Auch Interessenverbände<sup>190</sup> trugen dazu bei. Es folgten Durchsuchungen und Beschlagnahmungen. Mittlerweile hat sich der Aufruhr um Gewaltfilme gelegt, was sich auch auf die Zensur ausgewirkt hat. Im Gegenzug wurden die Regelungen für Sexualdarstellungen eher noch verschärft.<sup>191</sup>

<sup>185</sup> vgl. von Gottberg 2009, in: tv diskurs #50 sowie Hemels 2005: „Regulierung, Selbstregulierung und Medienkompetenz in den Niederlanden.“ (Zugriff 22.3.2011)

<sup>186</sup> Mittels der „Pan European Game Information“ werden Computerspiele europaweit nach gleichen Kriterien bewertet. Deutschland ist davon ausgenommen, da man sich nach dem Amoklauf von Erfurt für eigene Bestimmungen entschieden hat.

<sup>187</sup> vgl. Bekkers 2006, in: tv diskurs #37

<sup>188</sup> vgl. Gangloff 2001, 134

<sup>189</sup> Seinen Höhepunkt erreichte die Medienhetze im Herbst 1993, als zwei 10-Jährige in Liverpool einen erst 2-jährigen Jungen brutal ermorden. Zuvor sollen sie den Film „Child's Play 3“ (dt. Titel: „Chucky 3“) gesehen haben. vgl. Riepe 2007: „Maßnahmen gegen die Gewalt“ (Zugriff 9.5.2011)

<sup>190</sup> zum Beispiel „mediawatch-uk“ und die „National Viewers' and Listeners' Association“

<sup>191</sup> vgl. Fick 2010, 82

Wie in Großbritannien im Einzelnen verfahren wird, sollen die folgenden Ausführungen zeigen.

### 3.4.1. Gesetzliche Bestimmungen

Das britische Rechtssystem ähnelt dem deutschen darin, dass Abwehrrechte der Bürger denen des Staates gegenüberstehen. Im Bereich der Filmbewertung sind besonders zwei Gesetze relevant – der Obscene Publications Act (OPA) aus dem Jahr 1959 und der Video Recording Act (VRA) von 1984. Einige weitere Gesetze haben gewissen Einfluss auf die Arbeit der zuständigen Filmbewertungsstelle, darunter die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und der 1998 in britisches Recht übernommene Human Rights Act (HRA). Beide regeln Schutznormen der Bürger wie die Freiheit der Meinungsäußerung. Gleichzeitig führen sie Schranken an, die im Sinne der Moralwahrung Zensurmaßnahmen für Filme einräumen<sup>192</sup>.

Für die Zeit vor 1984 fand der Obscene Publications Act seine Anwendung für Verbreitungseinschränkungen bei Filmwerken. Betroffen davon waren „obszöne“, pornografische Veröffentlichungen. Quasi solche, die den Zuschauer „verderben oder demoralisieren“<sup>193</sup> könnten. Die Beschränkung des Anwendungsbereichs auf sexuelle Inhalte, aber auch auf das Tatbestandsmerkmal der Öffentlichkeit, war spätestens in den 70er Jahren mit Aufkommen gewalthaltiger Videofilme für den Heimgebrauch nicht mehr ausreichend. Aufgrund dessen wurde der Video Recording Act Mitte der 80er Jahre erlassen. Er umfasste, neben bereits bekannten Inhalten des OPA, auch Regelungen zu Gewaltdarstellungen, insbesondere in Videofilmen. Dieser besagt in seiner Neufassung u.a., dass eine vergebene Altersfreigabe für einen Film nicht auf unbestimmte Zeit bestehen bleibt, sondern nur für die geprüfte Fassung gilt. Daher sind inzwischen fast alle „Video Nasties“<sup>194</sup> aus den 80ern neu erschienen, z.T. jedoch gekürzt. Das Gesetz besagt weiterhin, dass kommunale Behörden und Gerichte das Recht inne haben, ein Aufführungsverbot für einen Film auszusprechen.<sup>195</sup>

---

<sup>192</sup> nach Art. 10 der EMRK, später in den HRA übernommen

<sup>193</sup> nach Art. 1 Abs. 1 OPA 1959 – „tend to deprave and corrupt persons“; vgl. The National Archives: Obscene Publications Act 1959 (Zugriff 23.2.2011)

<sup>194</sup> Umgangssprachlich für Filme einer durch die britische Staatsanwaltschaft zusammengestellten Liste der vermeintlich verderblichen Videofilme.

<sup>195</sup> vgl. Fick 2010, 40 ff. sowie Gangloff 2001, 132 f.

### 3.4.2. Kontrollorgan und Arbeitsweise

#### *a) British Board of Filmclassification (BBFC)<sup>196</sup>*

Die Freigabe von Kino- und Videofilmen wird in Großbritannien von dem „British Board of Filmclassification“ geregelt. Diese ist neben der deutschen FSK die einzige europäische Filmprüfstelle, die nicht direkt ministeriell angebunden, sondern von der Filmwirtschaft gegründet und privatrechtlich organisiert ist. Es existiert bereits seit 1912, damals noch als „British Board of Film Censorship“<sup>197</sup>, und ist damit auch die älteste in Europa.<sup>198</sup> Seit seiner Gründung prüft und bewertet das BBFC Kinofilme, seit der Verabschiedung des VRA 1984 auch Videofilme. Die gesetzliche Befugnis für Kinovorführungen liegt jedoch bei den Gemeinden. Sie müssen sich nicht an die Urteile des Gremiums halten, können abgelehnte Filme zeigen, freigegebene ablehnen, Schnittauflagen missachten oder eine neue Bewertung aussprechen. In der Regel werden die Urteile aber ungeändert übernommen. Videofilme müssen bis auf wenige Ausnahmen vor ihrer Veröffentlichung von dem BBFC geprüft werden, das sie unabhängig von der Kinofassung einstuft. Sie werden oft strenger bewertet, weil Videos für Kinder leichter zugänglich sind und angenommen wird, dass durch wiederholtes Ansehen eine verstärkte Wirkung auf den Zuschauer entsteht.

Die insgesamt 40 Prüfer werden hauptamtlich für maximal fünf Jahre bei der BBFC angestellt. Soll ein Film für eine Kinofreigabe gesichtet werden, sind mindestens zwei Mitarbeiter beteiligt, die nach den veröffentlichten Richtlinien bewerten. Meist wird der Beschluss danach durch einen hochrangigen Mitarbeiter ratifiziert. In schwierigen Fällen werden weitere Prüfer oder der Direktor und zuletzt der Präsident hinzugezogen. Für DVD-Veröffentlichungen ist in der Regel nur ein Gutachter zuständig, besonders wenn der Film bereits für das Kino geprüft wurde. Ist ein Antragsteller mit der Entscheidung des BBFC nicht einverstanden, besteht die Möglichkeit, den Film in der nächsten Instanz dem Video Appeals Committee (VAC) vorzulegen, welches diese revidieren kann. Als letzter Schritt, ist ein Antrag auf gerichtliche Prüfung möglich.<sup>199</sup>

Das heutige System sieht folgende Freigabekategorien vor:<sup>200</sup>

---

<sup>196</sup> Internetpräsenz: <http://www.bbfc.co.uk/> (Zugriff 23.2.2011)

<sup>197</sup> Die Umbenennung erfolgte 1984 mit Verabschiedung des VRA. Sie sollte deutlich machen, dass die Zensur für die BBFC keine übergeordnete Rolle mehr spielte.

<sup>198</sup> vgl. Gangloff 2001, 133

<sup>199</sup> vgl. Fick 2010, 40 ff. sowie BBFC: About us (Zugriff 23.2.2011)

<sup>200</sup> vgl. BBFC 2010: „The Classification Guidelines 2009“ (Zugriff 24.2.2011)

*U - Universal / ohne Altersbeschränkung:* Der Film ist für alle Altersstufen geeignet, ein Mindestalter von 4 Jahren wird jedoch empfohlen.

*PG - Parental Guidance / elterliche Begleitung:* Der Film ist für jedes Alter geeignet, sollte jedoch von noch jungen Kindern zusammen mit den Eltern geschaut werden.

*12 / 12A - ab 12 Jahren:* Für beide Kennzeichen gilt, geeignet für 12 Jahre oder älter. Die Freigabe „12A“ kennzeichnet ausschließlich Kinofilme, die andere Variante wird für Videofilme verwendet.

*15 - ab 15 Jahren:* Der Film ist ab 15 Jahren geeignet.

*18 - ab 18 Jahren:* Der Film ist nur für Erwachsene geeignet.

*R18 - Restricted / eingeschränkt:* Kennzeichnet pornographische Filme, die nur in speziell lizenzierten Kinos vorgeführt beziehungsweise in speziellen Geschäften abgegeben werden dürfen.



**Abb. 3: Britische Alterskennzeichen**<sup>201</sup>

Im Vereinigten Königreich glaubt man, dass von Filmen ein hohes Nachahmungspotenzial ausgeht und sich Jugendliche dadurch leicht zu kriminellen Handlungen animieren lassen. Davor sollen sie bewahrt werden, indem der Gesetzgeber entscheidet, welche Inhalte gesehen werden dürfen und welche nicht. Daraus resultieren im europäischen Vergleich übermäßig hohe Altersfreigaben. Kritisch sind gewalthaltige und besonders sexuelle Darstellungen, sodass bereits obszöne Sprache und Nacktheit zensiert wird. Eine Kombination daraus wird als besonders heikel empfunden. Drogen, Sex und Gewalt sind nur dann für 12-jährige erlaubt, wenn die Geschichte vorbildlich ist und deren Ablehnung deutlich wird. Auch lebensnahe Themen wie Scheidung sind nach Auffassung der Briten erst ab zwölf Jahren zumutbar. Dies zeigt, dass das britische Jugendschutzsystem bevormunden will. Was soweit geht, dass das BBFC scheinbar versucht, teilweise die elterliche Erziehung zu übernehmen. Videofilme werden strenger bewertet, weil nicht auf die Sorgfaltspflicht der Eltern vertraut wird.<sup>202</sup> „Da in den Familien kein Polizist dabei ist, der prüfen kann, was Kinder sehen, bedeutet das praktisch eine strengere Prüfung als für den Filmbereich.“<sup>203</sup>

<sup>201</sup> in Anlehnung an ebenda

<sup>202</sup> vgl. Büttner/Raschke 2002, in: tv diskurs #21/22

<sup>203</sup> James Ferman (früherer Direktor der BBFC) 1998, in: tv diskurs #4



Die britische Freigabestelle ist auch berechtigt, Schnittauflagen zu verhängen, wenn eine bestimmte Alterskategorie vom Herausgeber angestrebt wird oder um den Film nicht gänzlich ablehnen zu müssen. Dies wird auch zum Zweck des Erwachsenenschutzes angewandt, „zum Beispiel [bei] Szenen, in denen Vergewaltigung dargestellt wird. Auch Szenen mit drastischer Gewaltdarstellung werden geschnitten, wenn wir meinen, sie könnten beim Publikum Lust an der Gewalt erzeugen.“<sup>204</sup> Zwar ist die Schnittpraxis zuletzt besonders bei Kinofilmen gelockert worden,<sup>205</sup> aber wird bei einer Freigabe ab 18 Jahren außerdem umgesetzt, wenn Drogenmissbrauch detailliert gezeigt wird oder sexuelle Handlungen explizit oder gewalttätig dargestellt werden. Auch Filme der Kategorie „R18“ mussten in der jüngeren Vergangenheit bezüglich sexueller Darstellung z.T. übermäßig zensiert werden, obwohl ihre Verbreitung stringent geregelt ist. Verweigert das BBFC eine Filmfreigabe, kommt dies einem Verbot gleich, da im Vereinigten Königreich kein Medium ohne eine solche vertrieben werden darf.<sup>206</sup>

#### ***b) Director of Public Prosecution***

Wird ein Verstoß gegen den OPA oder VRA vermutet, wird der Director of Public Prosecution (DPP) als Chefankläger im Auftrag des Generalstaatsanwalts tätig. Das betrifft v.a. das Verbreiten ungeprüfter Filme und beeinträchtigende Inhalte. Er ist zuständig für Strafverfolgungsmaßnahmen, rechtliche Fragen und Strafpolitik. Seit 1983 gibt der DPP eine Liste aller zur Anklage gebrachten Titel heraus, die bereits erwähnten „Video Nasties“. Zur Zeit der Gewaltvideos in den 80er Jahren standen etwa 80 Filme auf der Liste, heute findet sich keiner mehr darauf.<sup>207</sup>

### **3.4.3. Zusammenfassung und Einschätzung**

Wie gesehen, sind Parallelen zum deutschen Jugendschutzsystem erkennbar. Gemeinsamkeit besteht, neben ähnlicher Struktur und Kompetenzen der FSK und BBFC, bei deren Schnittpraxis. Beide Länder können außerdem gesetzlich verankerte Grundrechte aufweisen, in die mittels der Filmzensur eingegriffen werden kann. So ist in Großbritannien ein umfassendes Verbreitungsverbot für exzessive Gewaltinhalte nach dem VRA sowie für Pornografie nach dem OPA vorgesehen. Auf Betreiben des DPP hin, kann die Verbreitung eines Films demnach gerichtlich vollständig verboten werden. Anders als die deutschen Ordnungshüter, haben die Briten davon jedoch schon seit Jahren keinen Gebrauch mehr gemacht. Auch Qua-

---

<sup>204</sup> ebenda

<sup>205</sup> siehe dazu auch BBFC: Statistics (Zugriff 25.2.2011)

<sup>206</sup> vgl. Gangloff 2001, 133

<sup>207</sup> vgl. Fick 2010, 47

si-Verbote von Filmen, durch das Ablehnen von der BBFC, ist seit den späten 80er Jahren kaum mehr vorgekommen.<sup>208</sup>

Die Aussage zu Beginn des Kapitels, dass Großbritannien über eines der restriktivsten Jugendschutzsysteme verfügt, kann dadurch zumindest in Frage gestellt werden. Gerechtfertigt wird sie von den strengen Altersfreigaben und der dahinter stehenden Bevormundungsabsicht. Dafür spricht außerdem der gesetzliche Zwang, Videofilme vor ihrer Verbreitung prüfen zu lassen. Die Erwachsenenfilmprüfung ist ebenfalls gängiges Mittel, besonders wenn es um Pornografie geht. Hier nehmen die Briten eine Ausnahmestellung ein. „Es ist sicher festzustellen, daß Großbritannien sehr viel konservativer ist als der Rest Europas, wenn es um Sexualdarstellungen geht, wahrscheinlich auch konservativer als jedes andere Land der Welt, abgesehen vielleicht von Singapur und Malaysia.“<sup>209</sup>

### 3.5. Frankreich

Das Verhältnis der Franzosen zum Medium Film und dessen Beschränkungen kann generell als liberal bezeichnet werden, besonders im Vergleich zu den strengen Bestimmungen von Deutschland oder eben Großbritannien. Das hängt wohl zum einen mit dem unterschiedlichen Bild von der Jugend und der Filmkultur zusammen, aber dürfte im Wesentlichen auch auf die Geschichte der Länder zurückzuführen sein und die daraus resultierenden Normen. Den Deutschen sind traditionell geprägte Werte wichtig. Schutz und Kontrolle sind in unterschiedlichen Bereichen etablierte Mechanismen und von vielen Bürgern gewollt. Die Franzosen hingegen werden seit der Französischen Revolution von einem starken Freiheitsgedanken geleitet und vertreten das Prinzip der Laizität<sup>210</sup>. Für sie hat die Kunst- und Meinungsfreiheit einen höheren Stellenwert als der Jugendschutz. Die Protestbereitschaft gegen Kontrollen und Eingriffe war – zumindest in der Vergangenheit – unter ihnen ebenfalls höher.<sup>211</sup>

#### 3.5.1. Gesetzliche Bestimmungen

In Frankreich müssen laut Gesetz alle Kinofilme einer Prüfung unterzogen werden, auch wenn sie nur für Erwachsene bestimmt sind. Bevollmächtigt dafür ist der Kultusminister, der damit in der Praxis jedoch eine Kommission beauftragt. Ihr Einsetzen sowie die Filmfreigaben an sich sind gesetzlich jedoch nicht festgeschrieben. Sie gehen auf einen Erlass des früheren Ministers Jacques Lang von 1990 zurück. Weil

<sup>208</sup> vgl. ebenda, 49 f. und 86

<sup>209</sup> Ferman 1998, in: tv diskurs #4

<sup>210</sup> Bezeichnung für die strikte Trennung von Religion und Staat

<sup>211</sup> vgl. Farrenkopf 2005, in tv diskurs #34

die Franzosen wie kein anderes europäisches Volk die Freiheit der Kunst wahren wollen, wird das Schneiden und damit Verändern von Filmwerken abgelehnt und ist sogar laut Gesetz untersagt<sup>212</sup>. Daraus ergibt sich auch die Freigabep Praxis, mit der die niedrigste vertretbare Einstufung vergeben wird, da Filme einem möglichst großen Publikum zugänglich sein sollen. Lediglich Pornografie und extreme Gewalt wird per Gesetz geregelt<sup>213</sup>. Danach ist die mediale Verbreitung abnormer Sexualität stets als Tatbestand der Pornografie strafbar. Darunter fällt Gewalt beinhaltendes, sodomistisches oder sadomasochistisches Sexualverhalten. Eine Erwachsenenfilmprüfung, wie sie in Deutschland praktiziert wird, kennen die Franzosen nicht. In Ausnahmefällen kann aber eine „X“-Freigabe verhängt werden. Es besteht außerdem die Möglichkeit Filmverbote auszusprechen, bei schwerer Verletzung der Menschenwürde oder strafrechtlich relevanten Inhalten wie Kinderpornografie. Davon ist zuletzt jedoch 1981 Gebrauch gemacht worden. Diese Regelungen beziehen sich auf die Filmvorführung im Kino,<sup>214</sup> für den Videobereich existieren im französischen Recht keine umfassenden Bestimmungen<sup>215</sup>.

### 3.5.2. Kontrollorgan und Arbeitsweise

Für die Bewertung von Kinofilmen ist in Frankreich die staatliche Filmprüfstelle „Commission de classification des œuvres cinématographiques“<sup>216</sup> zuständig. Diese Kommission untersteht dem Kulturminister und setzt sich u.a. aus Vertretern unterschiedlicher Ministerien, Jugendverbänden und der Filmwirtschaft zusammen. Im Normalfall prüft die meist fünfköpfige Unterkommission, die bei einstimmigem Urteil eine „Freigabe ohne Beschränkungen“ ausspricht. In den problematischen Fällen mit unterschiedlicher Bewertung, wird die große Kommission aktiv, die aus 20 bis 35 Prüfern besteht. Sie entscheidet über eine eingeschränkte Freigabe ab 12 oder 16 Jahren. Das letzte Wort hat aber der Kulturminister, der Entscheidungen der Kommission revidieren kann. Die Freigabe „ab 16 Jahren“ stellt somit die höchste dar, ausgenommen vom „X-Rating“ für sehr gewalttätige oder in den meisten Fällen pornografische Filme. Diese Titel werden in eine Liste aufgenommen und dürfen minderjährigen Personen nicht zugänglich gemacht werden. Daher dürfen sie auch nur in bestimmten Kinos gezeigt und müssen höher versteuert werden. Es ist zudem üblich, einen zusätzlichen Warnhinweis zur Freigabe zu formulieren.<sup>217</sup>

<sup>212</sup> nach dem „Code de la propriété intellectuelle“ von 1992

<sup>213</sup> nach Artikel 227-24 NCP

<sup>214</sup> vgl. Gesetz „Decret N° 90-174“ vom 23.2.1990 nach CNC: textes juridiques (Zugriff 23.2.2011)

<sup>215</sup> vgl. Chevillard 1998, in: tv diskurs #5

<sup>216</sup> Internetpräsenz: <http://www.cnc.fr/Site/Template/Accueil.aspx?SELECTID=614&t=1> (Zugriff 16.2.2011)

<sup>217</sup> vgl. Chevillard 1998, in: tv diskurs #5

Für reine Videoproduktionen gibt es keine Freigaben. Für das französische Kino hingegen sind folgende Kennzeichen festgelegt:<sup>218</sup>

*Freigabe ohne Beschränkungen:* Inhalte, die junge Zuschauer beunruhigen könnten.

*ab 12 Jahren:* Filme, die für Zuschauer unter zwölf Jahren ungeeignet sind, besonders, wenn die Handlung wiederholt körperliche oder seelische Gewalt darstellt.

*ab 16 Jahren:* Filme, die für Zuschauer unter 16 Jahren ungeeignet sind sowie explizit sexuelle oder gewalthaltige Inhalte aufweisen.

*X-Freigabe:* Filme mit pornografischem oder extrem gewalthaltigem Inhalt, sind nicht für Zuschauern unter 18 Jahren geeignet.

Die Prüfer folgen bei ihrer Arbeit keinen schriftlich formulierten Kriterien, sie beurteilen individuell. „Problematisch wird es für uns, wenn der Film eine gewalttätige Realität darstellt, die sehr nah an der Wirklichkeit von französischen Jugendlichen liegt. Es geht also weniger ums Thema, es geht auch weniger um einzelne Darstellungen, sondern es geht um den Kontext.“<sup>219</sup> Daher wird beispielsweise unsoziales Verhalten oder die Verherrlichung von Drogenmissbrauch kritisch gesehen, wenn die Geschichte in einem französischen Ort spielt. Solche Filme werden mit der Freigabe „ab 16 Jahren“ ausgewiesen, was im Verhältnis jedoch eher selten geschieht. „Gewalt in amerikanischen Filmen kann normalerweise ohne Beschränkung oder ab 12 Jahren freigegeben werden, weil die dargestellte Gewalt keinen Bezug zur Realität französischer Jugendlicher hat.“<sup>220</sup> Wie oben erwähnt, werden auch extreme Sexualdarstellungen strenger bewertet. Ebenso banalisierende Gewalt, besonders gegen sich selbst gerichtet. Normale sexuelle Handlungen sind hingegen kein Grund für eine höhere Altersfreigabe, genauso wenig vulgäre Sprache. Daraus kann abgeleitet werden, dass der französische Jugendmedienschutz Minderjährige vor realitätsnahen Problemfilmen abschirmen will. Denn nach Auffassung seiner Verantwortlichen, wissen sie womöglich nicht angemessen damit umzugehen.<sup>221</sup>

Für Videofilme gibt es keine eigene Einstufung. Die für Kinofilme ausgesprochenen Freigaben sind hier verbindlich. Erscheint ein Film gleich auf Video oder DVD, ohne vorher im Kino gelaufen zu sein, existieren dafür keine Beschränkungen. Es gilt dann das Prinzip der Selbstkontrolle, wonach Verleiher und Verkäufer darauf achten sollen, keine gefährdenden Filme an Minderjährige abzugeben. Eine

<sup>218</sup> vgl. Gangloff 2001, 129 ff.

<sup>219</sup> Paul Chevillard (Mitarbeiter der Commission de classification) 1998, in: tv diskurs #5

<sup>220</sup> ebenda

<sup>221</sup> vgl. Büttner/Raschke 2002, in: tv diskurs #21/22

nachträgliche Erwachsenenfreigabe, aufgrund der Prüfung wegen Beschwerde, ist möglich, aber sehr selten. Da das selbstregulierende System bisher frei von größeren Skandalen war, sehen französische Politiker auch keinen triftigen Grund, dies zu ändern.<sup>222</sup>

### 3.5.3. Zusammenfassung und Einschätzung

Obwohl Frankreich seinen Jugendschutz rein staatlich reguliert, verfügt es über recht vage Bestimmungen. Die Einstufung von Filmen durch die Commission de classification wird oft als am großzügigsten in Europa bewertet<sup>223</sup>. So werden die meisten Filme ohne Altersbeschränkungen klassifiziert, auch solche, die in anderen Ländern erst ab 16 oder gar 18 Jahren freigegeben werden<sup>224</sup>. Allgemein wird die Freigabe ab 18 Jahren sehr selten vergeben. Eingriffe anderer Art kommen nicht zur Anwendung. Zwar besteht die rechtliche Möglichkeit des Filmverbots, aber wurde sie seit Jahrzehnten nicht mehr angewandt. Das Verhängen von Schnittauf-lagen für Filme gehört ebenfalls nicht zur Praxis der französischen Jugendmedien-schützer.

Nach Ansicht der Autorin ist der Schutzgedanke von Filmwerken vorbildlich, besonders das strikte Ablehnen von Schnitten und Verboten. Das französische Sys-tem kann, neben vergleichbar liberalen wie dem spanischen, als Anlass zur Diskus-sion genommen werden. Dem Argument deutscher Jugendschützer zufolge, dass sich v.a. gewalthaltige Medieninhalte negativ auf die Persönlichkeit und das Ver-halten von Kindern und Jugendlichen auswirken, könnte hier vergleichend unter-sucht werden. Wäre wohl aber nicht belegbar.

## 3.6. Spanien

In Spanien wurde das Bewertungssystem für audiovisuelle Medien Anfang 2010 überarbeitet. Am lockerem Umgang mit dem Kino und Fernsehen hat sich dadurch nichts geändert. Dieser liegt in der Übertragung der Verantwortung des Medien-konsums von Minderjährigen auf ihre Eltern begründet. Dennoch verfügen die Südeuropäer über einen effektiv organisierten Jugendschutz. Von Filmzensur hal-ten sie jedoch nichts, was wohl auf die von Diktatur und Unterdrückung geprägte Zeit vor 1975 unter der Regierung Francos zurückzuführen ist. So werden selbst Altersfreigaben noch heute praktisch nicht kontrolliert.<sup>225</sup>

---

<sup>222</sup> vgl. Gangloff 2001, 129 ff. sowie Chevillard 1998, in: tv diskurs #5

<sup>223</sup> so z.B. bei von Gottberg 2002, 38

<sup>224</sup> vgl. Anlage 2: „Vergleich der Freigaben ausgewählter Kinofilme“

<sup>225</sup> vgl. Wikipedia: Motion\_picture\_rating\_system→Spain (Zugriff 5.5.2011)

### 3.6.1. Gesetzliche Bestimmungen

In der spanischen Verfassung wird der Staat zum Schutz der Familie und Minderjähriger verpflichtet. Bezogen auf den Jugendschutz beinhaltet das spanische Gesetzbuch, Código Penal (CóP), lediglich Bestimmungen zu sexuellen Medieninhalten und Gegenständen. Laut eingeschränktem Pornografieverbot nach Artikel 186 CóP, macht sich strafbar, wer pornographisches Material auf direkte Weise unter Minderjährigen oder Unmündigen verbreitet, verkauft oder ausstellt<sup>226</sup>. Diese Strafvorschrift ist aber erheblich eingeschränkt, da nach dem Wortlaut nicht die zufällige Wahrnehmung einbegriffen ist. Der Pornografiebegriff ist darüber hinaus eher vage beschrieben. Darunter fallen unzüchtige oder lüsterne Inhalte, die geeignet sind, sexuelle Instinkte hervorzurufen oder zu befriedigen und zudem keinen künstlerischen oder anderen höheren Wert besitzen. Der Art. 189 CóP und ein Aufführungsgesetz zum Schutz der Jugend aus dem Jahr 1996 regeln das Verbot der Kinderpornografie. Einschränkungen für Gewaltdarstellungen oder schwer jugendgefährdende Inhalte weist das spanische Strafgesetzbuch nicht auf.

Filmfreigaben werden nach der Königlichen Verordnung (Real Decreto) 81 von 1997 geregelt. So müssen alle Filme nach Art. 16 Nr. 1 zur Sichtung und Klassifikation vorgelegt werden. Die Alterskennzeichen sind aber nur als unverbindliche Empfehlungen zu verstehen. Verbote werden allgemein als letzte Möglichkeit gesehen, daher werden auch Filmschnitte konsequent abgelehnt.<sup>227</sup>

### 3.6.2. Kontrollorgan und Arbeitsweise

Die spanische Filmfreigabebehörde „Instituto de la Cinematografía y de las Artes Audiovisuales“ (ICAA)<sup>228</sup> ist dem Ministerium für Erziehung und Kultur unterstellt. Über die Bewertung von Kinofilmen und audiovisuellen Trägermedien hinsichtlich Jugendschutzkriterien, entscheidet eine für zwei Jahre berufene Kommission aus fünf Männern und fünf Frauen, wovon die Hälfte Vertreter der Elternschaft sein müssen. Der Generaldirektor hat die Letztentscheidungsgewalt inne und kann einen Film erneut prüfen lassen. Zu einem solchen Veto kommt es jedoch eher selten. Die Freigaben sind an sich den deutschen ähnlich, jedoch handelt es sich auch nach der Neuregelung lediglich um Empfehlungen. Sie werden zwar an den Kinokassen und auf DVDs angebracht, aber nicht kontrolliert. Ausgenommen davon ist das X-Rating, wie es auch in Großbritannien und Frankreich verwendet wird. Es signalisiert, dass ein Film jugendgefährdend ist und Kindern und Jugendli-

<sup>226</sup> vgl. spanisches Gesetzbuch nach Boletín Oficial del Estado: Documento – Código Penal/Grundgesetz (Zugriff 10.5.2011)

<sup>227</sup> vgl. Liesching 2002, 236 ff.

<sup>228</sup> Internetpräsenz: <http://www.mcu.es/cine/> (Zugriff 30.3.2011)

chen nicht zugänglich gemacht werden darf. So gekennzeichnete Filme laufen daher nur in speziellen Kinos. Mittlerweile werden diese Filme überwiegend als Videos konsumiert, weshalb die Zahl der X-Kinos stark geschrumpft ist.<sup>229</sup>

Seit Februar 2010 gibt es folgende Alterseinstufungen für audiovisuelle Werke. Sie wurden an die anderer europäischer Länder für Filme und Videospiele angeglichen.<sup>230 231</sup>

*Apta para todos los públicos - geeignet für alle Altersstufen:* Film mit unproblematischem Inhalt, aber ohne besonderen pädagogischen Wert.

*7 - nicht zu empfehlen für Kinder unter 7 Jahren:* Enthält keine Grausamkeit, größere Gewalt oder sexuelle Darstellung sowie keine verrohende Sprache.

*Especialmente recomendada para la Infancia - besonders für Kinder geeignet:* Film von erzieherischem oder bildendem Wert ohne Gewalt- oder Sexualdarstellungen. Entweder für alle Altersstufen oder ab 7 Jahren empfohlen.

*12 - nicht zu empfehlen für Kinder unter 12 Jahren:* Enthält keine detaillierte Darstellung von Grausamkeiten und keine Banalisierung von Drogenkonsum. Sexuelle Szenen und Dialoge sind dem Alter angemessen.

*16 - nicht zu empfehlen für Kinder unter 16 Jahren:* Beinhaltet härtere Gewalt, aber keinen pornographischen Inhalt. Kann hohe Spannung oder Angst hervorrufen, kriminelles Verhalten fördern oder diskriminierend sein.

*18 - nicht zu empfehlen für Kinder unter 18 Jahren:* Es handelt sich um einen Film, dessen Inhalt nicht für Minderjährige zugänglich sein sollte, aber nicht zwingend verboten werden muss.

*Película X - nicht erlaubt für unter 18-Jährige:* Der Film beinhaltet extreme Verherrlichung von Gewalt oder pornographische Inhalte.



Abb. 3: Spanische Alterskennzeichen<sup>232</sup>

<sup>229</sup> vgl. ICAA: Gabinete de Prensa/Pressestelle (Zugriff 30.3.2011)

<sup>230</sup> Zuvor gab es die Kategorien „empfohlen für alle Altersstufen“, „empfohlen besonders für Kinder“, „nicht empfohlen unter 7 Jahren“, „nicht empfohlen unter 13 Jahren“, „nicht empfohlen unter 18 Jahren“ und „nicht erlaubt für unter 18-Jährige“.

<sup>231</sup> vgl. Ministerio de Cultura 2010: „Criterios orientativos para la calificación por grupos de edad de las películas cinematográficas y otras obras audiovisuales.“ (Zugriff 1.4.2011)

<sup>232</sup> in Anlehnung an Ministerio de Cultura 2011: „Pictogramas gráficos“ (Zugriff 1.4.2011)

Einen eindeutigen Kriterienkatalog für die Freigaben hält man in Spanien für hinderlich und daher nicht nötig. Ein Film wird im Ganzen bewertet, nicht wie in Deutschland anhand einzelner Szenen. Die Bewertungen fallen im Vergleich jedoch zum Teil strenger aus als hierzulande, was aber wie bereits erwähnt keine wirkliche Einschränkung darstellt. Der einzelne Zuschauer entscheiden selbst, unabhängig von der Freigabe, ob er den Film sehen will. Für das Verhalten von Kindern sind die Eltern verantwortlich.<sup>233</sup>

Bei der Beurteilung von Gewaltinhalten ist wichtig, dass diese verurteilt und bestraft werden. Nur bei deren Verherrlichung, wird Grausamkeit rigoros bewertet. „Es ist doch so, dass es viel Gewalt um uns herum gibt, aber wir leben trotzdem weiter. So ist es auch im Film, und Dreizehnjährige können schon einiges vertragen.“<sup>234</sup> Die Gesamtaussage ist daher von wesentlicher Bedeutung, nur extreme einzelne Szenen können sich auf die Bewertung ausschlagen. So wird auch die Grenze zwischen einer Freigabe ab 18 Jahren und der mit „X“ gekennzeichneten gezogen. Ist einem Film anzusehen, dass er nur gemacht wurde, um gewalthaltige oder pornographische Inhalte zu zeigen, ist er nicht für Minderjährige geeignet und wird mit dem „X“ versehen. Aber auch bei sehr harten Szenen wird nicht die Schere angesetzt. „Wir schneiden keine Filme, das ist Zensur.“<sup>235</sup>

Die spanischen Jugendmedienschützer scheinen ein starkes Vertrauen in die Fähigkeit ihrer Jugend zur Selbstverantwortung zu haben. Ihnen wird zugemutet, die Realität begreifen und verarbeiten zu können. Dies resultiert wohl aus der angestrebten Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen. Andererseits wird geglaubt, dass Kontrollen und Verbote nicht effektiv seien, da immer Umwege gefunden würden.<sup>236</sup>

### 3.6.3. Zusammenfassung und Einschätzung

Die spanische Regulierung von Filmfreigaben ist wie zuvor die französische als sehr liberal zu verstehen, obwohl die Begründungen dazu verschieden sind. Nicht die Freigaben an sich sind hier großzügig, sondern deren Umsetzung. Wird in anderen Ländern beim Jugendmedienschutz ausschließlich auf Verbote gesetzt, werden in Spanien die Industrie und v.a. Eltern in die Verantwortung genommen, welche das Medienverhalten ihrer Kinder kontrollieren sollen. Die Autorin befürwortet sowohl Eigenverantwortung der Bürger als auch die stärkere Einbeziehung der Eltern. Kleine Kinder sollten wohl aber nicht die Möglichkeit haben, einen Film, der erst ab 16 Jahren geeignet ist, zu sehen. Gerade weil nicht alle Eltern ihrer Auf-

---

<sup>233</sup> vgl. Otero 2000, in: tv diskurs #12

<sup>234</sup> José María Otero (früherer Generaldirektor des ICAA) 2000, in: tv diskurs #12

<sup>235</sup> ebenda

<sup>236</sup> vgl. Büttner/Raschke 2002, in: tv diskurs #21/22



gabe angemessen nachkommen. Positiv ist wiederum die Bemühung des spanischen Staates zu bewerten, Erziehung und Bildung in der Schule und Information in den Familien zu fördern<sup>237</sup>. Dahingehend ist es ebenfalls sinnvoll, eine pädagogische Empfehlung mittels spezieller Kennzeichen für die für Kinder geeigneten Filme auszusprechen.

## 4. Fazit

Die vorangegangene Abhandlung hat die Filmzensur in Europa unter besonderer Berücksichtigung der Bestimmungen des Jugendmedienschutzes zum Thema. Dahingehend wurden die gesetzlichen Regelungen, deren Umsetzung und persönliche Bewertung hinsichtlich zensorischer Maßnahmen in der Bundesrepublik, der Niederlande, Großbritannien, Frankreich und Spanien untersucht und vergleichend gegenüber gestellt. Nachfolgend sollen die wichtigsten Ergebnisse daraus in Form der Beantwortung der gestellten Forschungsfragen vorgestellt und kritisch analysiert werden. Den Abschluss der Arbeit bildet ein kurzes Resümee.

### 4.1. Beantwortung der Forschungsfragen

#### 4.1.1. Frage 1

*Welche gravierenden Unterschiede weisen die zu untersuchenden Länder hinsichtlich ihrer Bestimmungen zum Jugendmedienschutz im Filmbereich auf?*

Das öffentliche Interesse am Jugendschutz ist in Europa nicht einheitlich gegeben. Wie gezeigt wurde, verfügen bereits die fünf untersuchten Ländern über erhebliche Unterschiede auf der rechtlichen und praktischen Seite innerhalb der audiovisuellen Medien. Verwunderlich ist dabei, dass sich die Länder mit staatlichen Prüfstellen grundsätzlich liberaler verhalten als die mit unabhängigen. In den Ländern mit strengerer Bestimmung wird zudem die Verschärfung des Jugendmedienschutzes am lautesten gefordert. Dies sind hier eindeutig die BRD und Großbritannien<sup>238</sup>. Die Festlegung der Altersfreigaben ist prinzipiell nicht sehr verschieden. Die Höchstgrenze liegt nur in den Niederlanden bei 16 Jahren, auch für Pornografie. In den anderen Ländern ist sie bei 18 Jahren festgelegt, wobei in Frankreich diese Freigabe nur in Ausnahmefällen verwendet wird. Die deutsche, britische und spanische Freigabestellen vergeben die „18er“-Kennzeichnung häufig bereits bei gewalt-

---

<sup>237</sup> vgl. Otero 2000, in: tv diskurs #12

<sup>238</sup> Dahingehend sei auch eine 2010 herausgegebene NICAM-Studie zu Filmfreigaben im europäischen Vergleich erwähnt. Diese besagt, dass die Freigaben der BBFC und FSK eng beieinander liegen und oft über denen anderer Länder. vgl. Fick 2010, 85

haltigen oder erotischen Inhalten. Gezeigt wurde in dem Zusammenhang auch, dass sich die Spruchpraxen der einzelnen Instanzen z.T. erheblich unterscheiden.

Eine Ausnahme unter den Systemen bildet das niederländische mit der selbstverantwortlichen Kennzeichnung auf Anbieterseite und seinen Hinweisen zu Film-inhalten in Form von Piktogrammen. Dies wird bereits ansatzweise von anderen europäischen Ländern aufgegriffen und könnte zukunftsweisend für die Kennzeichnung sein. Ein positiver Effekt, durch die zusätzliche Information, ist wohl unbestreitbar. Insgesamt findet sich die größte Abweichung der Modelle in der Verbindlichkeit der Altersfreigaben. In den Niederlanden und Spanien werden diese nicht kontrolliert und dienen nur der Orientierung. Das lässt auf enorme Selbstbestimmtheit der Gesamtbevölkerung oder aber Sorglosigkeit hinsichtlich der Jugendgefährdung schließen.

Letztlich kann festgehalten werden, dass eine europaweite Angleichung von Schutzbestimmungen im Filmbereich in absehbarer Zeit sehr unwahrscheinlich ist. Die Auffassungen innerhalb der Länder gehen zu weit auseinander, als dass man sich in der Mitte treffen könnte.<sup>239</sup> Diese erheblichen Unterschiede resultieren aus kulturellen, religiösen sowie philosophischen Besonderheiten der Staaten und sind sehr oft geschichtlich begründet.

#### 4.1.2. Frage 2

*Welche Unterschiede weisen die zu untersuchenden Länder hinsichtlich der Anwendung von Filmzensur auf?*

Einen gesetzlichen Zwang zur Filmprüfung für das Kino gibt es im Grunde in allen untersuchten Ländern. In den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Spanien dürfen ungeprüfte Filme nicht öffentlich vorgeführt werden. Im Videobereich wird dies nur teilweise umgesetzt. Die vorangegangene Analyse hat gezeigt, dass auch in Deutschland eine indirekte Pflicht zur Vorlage von Filmen bei einer Prüfstelle besteht, auch wenn dies nicht eindeutig gesetzlich festgeschrieben ist. Das allein ist jedoch nicht als erhebliche Zensurmaßnahme zu bewerten, da bestimmte Regelungen zum Schutzzweck, v.a. für Minderjährige, als notwendig anzusehen sind.

Weitaus gravierender sind Schnitte durch Anbieter oder Freigabestellen zu bewerten. Im europäischen Vergleich werden dadurch lediglich in Deutschland und Großbritannien Filme verändert<sup>240</sup>. In den anderen, oben angeführten Staaten werden Schnitte abgelehnt und sind gesetzlich untersagt oder zumindest nicht eingeräumt. Filmverbote aufgrund von Jugendgefährdung, z.B. wegen übermäßiger Gewaltdarstellung, sind prinzipiell ebenfalls nur in der Bundesrepublik und dem

<sup>239</sup> dazu ausführlich bei Büttner/Crans/von Gottberg 2000, 231

<sup>240</sup> vgl. dazu auch Gangloff 2001, 20

Vereinigten Königreich möglich, gehören mittlerweile jedoch nur noch in Deutschland zur Praxis. Gesetze für Aufführungs- oder Verbreitungsverbote sind im Falle eindeutiger Straftaten in allen Ländern zu finden, was jedoch seine Berechtigung hat. So ist es wohl allgemein nachvollziehbar, dass die Herstellung und Verbreitung harter Pornografie Prozesse und Verbote nach sich ziehen kann.

Das deutsche Indizierungssystem und die damit verbundenen umfassenden Restriktionen von Filmen sind einmalig<sup>241</sup>. Damit vergleichbar ist im Ansatz nur die „X“-Freigabe in Frankreich und Spanien, die britische „R18“-Freigabe für Pornografie u.Ä., die eine Vorführung auf bestimmte Kinos beschränken und ebenfalls höhere Steuerabgaben verlangen. Kritisch zu beurteilen sind die Folgen einer Indizierung, die die weitgehende Einschränkung des Filmvertriebs bedeuten. Aber auch das Listensystem der BPjM, das undurchsichtig und nur teilweise einsehbar ist. Der Jugendschutz wird dadurch sicher nicht gefördert.

#### 4.1.3. Frage 3

***Nimmt Deutschland eine Ausnahmestellung im europäischen Vergleich ein, was den Umfang und das Ausmaß der Filmzensur betrifft?***

In dem getroffenen Vergleich ist für die Beantwortung der Frage, neben Deutschland, nur Großbritannien von Bedeutung. Darüber hinaus sind dies wohl auch im Allgemeinen die europäischen Länder, mit den rigorosesten Bestimmungen. Hierzu könnte man höchstens noch Irland und Teile der Schweiz zählen<sup>242</sup>. Gemein sind ihren Systemen die rechtliche Grundlage für Filmschnitte und -verbote. Die BBFC verhängt noch immer Schnittaufgaben, von Verboten machen die Briten jedoch in der Regel keinen Gebrauch mehr. Normalerweise werden Filme heute weder von der BBFC abgelehnt noch deren Macher staatsanwaltschaftlich verfolgt. In Deutschland werden hingegen alle zur Verfügung stehenden zensorischen Mittel ausgeschöpft<sup>243</sup>. Wobei Schnitte mittlerweile fast ausschließlich von Anbieterseite ausgehen, wenn auch z.T. vorausschauend aus Schutz vor Sanktionen. Weiterhin steht der deutschen BPjM mit der Indizierung ein effektives Mittel der Medienkontrolle zur Verfügung. Hinsichtlich der Gründe für Zensurmaßnahmen, kann ein Unterschied bei den beiden Ländern festgestellt werden. Sehen die britischen Kontrolleure v.a. bei sexuellen Darstellungen die Jugend in Gefahr, so trifft dies bei den deutschen für Gewaltinhalte zu.

Aufgrund der Folgen von Indizierung sowie bundesweiter Beschlagnahmung und Einziehung für den Filmbereich, kann die Forschungsfrage bejaht werden. Das

<sup>241</sup> vgl. Büttner/Crans/von Gottberg 2000, 35

<sup>242</sup> siehe dazu vergleichend Anlage 3: „Gegenüberstellung weiterer europäischer Länder hinsichtlich ihrer Filmfreigaben und Zensurmaßnahmen“

<sup>243</sup> vgl. Fick 2010, 86

Totalverbot eines Mediums ist der schwerwiegendste zensorische Eingriff in die grundrechtlichen Freiheiten der Macher und Rezipienten dieses Werkes. Der damit betriebene Erwachsenenschutz kann als Überschreitung der gesetzgeberischen Regelungsbefugnis angesehen werden. Angewandt wird das im Vergleich der fünf Länder effektiv nur in der Bundesrepublik. Darüber hinaus kann festgehalten werden, dass das deutsche System im Vergleich nicht transparent genug ist. Die Zahl und Unüberschaubarkeit an Paragraphen und Behörden hinsichtlich des Jugendmedienschutzes kann ohne juristisches Vorwissen kaum verstanden werden<sup>244</sup>. Das ist jedoch die Voraussetzung, für eine sinnvolle Anwendung. Gestützt wird diese Ansicht durch folgende Zitate:

*„Gerade im Hinblick auf die Darstellung von Gewalt in Text und Bild lässt sich für Deutschland aufgrund der Strenge der Handhabung [...] eine relative Sonderstellung im europäischen Raum verzeichnen.“*<sup>245</sup>

*„Kein Land der Welt verfügt über ein so ausdifferenziertes Kontrollsystem im Medienbereich wie die Bundesrepublik Deutschland.“*<sup>246</sup>

*„Es kann nicht sein, dass ein Film aus Gründen des Jugendschutzes auch Erwachsenen nicht zugänglich ist. Das ist ein Konstruktionsfehler. So etwas gibt es nur in Deutschland.“*<sup>247</sup>

## 4.2. Kritische Analyse

Das Thema Zensur ist stark auslegungsbedürftig und es gibt weit auseinander gehende Ansichten dazu. Den einen sind die Bestimmungen zum Jugendmedienschutz nicht streng genug, andere sehen darin die freiheitlichen Grundrechte in Gefahr oder bereits verletzt. In der vorangegangenen Analyse wurden vorrangig kritische Meinungen einbezogen, um die These zu stützen, dass man Zensur im Filmbereich in Deutschland und Teilen Europas finden kann. Natürlich gibt es auch eine Reihe von Gegensprechern. So hat Frau Monssen-Engberding, Vorsitzende der BPjM, auf die Frage der Autorin nach zensorischen Maßnahmen geantwortet: „Eine Zensur findet in Deutschland nicht statt.“<sup>248</sup> Das dürfte nicht wirklich überraschen. Erstaunlich ist hingegen, dass manch anderer Vertreter des deutschen Jugendmedienschutzesystems dieses kritisch betrachten und dafür deutliche Worte

---

<sup>244</sup> vgl. Liesching 2002, 276 f. Dies wird auch von Gangloff vertreten, der von „verwirrender Fülle an Medienkontrollinstitutionen“ spricht. vgl. Gangloff 2001, 83

<sup>245</sup> Fick 2010, 60

<sup>246</sup> Gangloff 2001, 74

<sup>247</sup> Christiane von Wahlert, Geschäftsführerin der SPIO; nach Gangloff 2008, in: tv diskurs #45

<sup>248</sup> Elke Monssen-Engberding; zitiert nach Email-Verkehr vom 16.2.2011

findet. So z.B. die im vorherigen Abschnitt zitierte SPIO-Vorsitzende, Frau von Wahlert. Oder der ehemalige Ständige Vertreter der Landesjugendbehörden bei der FSK, von Gottberg.

Juristisch ist das gewählte Thema besonders strittig. Fällt die FSK-Prüfung unter das Zensurverbot und sind Indizierungen sowie Filmverbote verhältnismäßig? Die Untersuchungen haben gezeigt, dass sich keine eindeutige Antwort finden lässt. Selbst wenn ein Verstoß nachgewiesen werden könnte, haben letztendlich der Gesetzgeber und die obersten Gerichte die Entscheidungsbefugnis. Es ist jedoch aufschlussreich, das deutsche System einmal im Detail zu betrachten, Schwachstellen aufzudecken und im Vergleich zu den europäischen Nachbarn zu beleuchten. Die fünf untersuchten Länder können dabei keinen Gesamtüberblick über Europa geben. Doch repräsentieren diese Beispiele die unterschiedlichen Jugendmedien-schutzsysteme und deren Handhabungen von Filmzensur weitgehend<sup>249</sup>.

### 4.3. Schlusswort

*„Vieles auf der Welt wäre völlig uninteressant, wenn es nicht verboten wäre.“* William Faulkner<sup>250</sup>

Als Rechtfertigung des Gesetzgebers für übermäßig strenge Jugendschutzbestimmungen kann das fehlende Vertrauen in Erziehungsberechtigte und das wenige Zutrauen in die Fähigkeiten Minderjähriger gesehen werden. Das trifft in den zurückliegenden Untersuchungen vordergründig für Deutschland und Großbritannien zu. Gerade bei den Briten wurde die Bevormundungsabsicht deutlich. In Ländern mit niedrigeren Altersfreigaben wie manchen skandinavischen<sup>251</sup>, wird die Verantwortung des Medienkonsums Minderjähriger in die Hände der Eltern gelegt und Kindern generell mehr zugetraut bzw. zugemutet. Das ist nachvollziehbar, weil sich Kinder unterschiedlich schnell entwickeln und Eltern deren Reifegrad wohl am besten einzuschätzen wissen. Deshalb sollte es ihre Aufgabe sein, über die Mediennutzung zu wachen. Dies wird sogar vom Gesetzgeber befürwortet. Nach deutscher Verfassung, ist die Sorge für das Wohl von Kindern und Jugendlichen nicht an erster Stelle dem Staat anvertraut, sondern den Eltern<sup>252</sup>. Sie verfügen über ein Privileg, das ihnen z.B. einräumt, nicht jugendfreie oder indizierte Medien zu erzieherischen Zwecken zu zeigen<sup>253</sup>. Auch deshalb sind übertriebene Maßnahmen

<sup>249</sup> vgl. Anlage 3: „Gegenüberstellung weiterer europäischer Länder hinsichtlich ihrer Filmfreigaben und Zensurmaßnahmen“

<sup>250</sup> Faulkner war ein US-amerikanischer Nobelpreisträger für Literatur; zitiert nach Seim 2003: „Die Geheimnisse der Zensur“ (Zugriff: 6.1.2011)

<sup>251</sup> Dänemark und Schweden legen die Höchstgrenze bei 15 Jahren fest. vgl. Anlage 3

<sup>252</sup> nach § 6 Abs. 2 GG

<sup>253</sup> nach § 27 Abs. 4 JuSchG sowie § 131 Abs. 4 und § 184 Abs. 2 StGB; vgl. dazu Stumpf 2009, 357

wie das Verbot von „Gewaltvideos“ nicht gerechtfertigt, besonders wenn die Freiheiten Erwachsener eingeschränkt werden. Ob damit der bloße Jugendschutz bezweckt wird, ist obendrein sehr zweifelhaft.

Der Zutritt Minderjähriger zu ungeeigneten Erwachsenenfilmen im Kino oder der Kauf solcher auf DVD, lässt sich anhand des Freigabe-Systems im Grunde kontrollieren. Doch in Zeiten des grenzenlosen Internets, stellen höhere Altersfreigaben, Indizierungen oder gar Verbote bestimmter Medieninhalte kein unüberwindbares Hindernis für Minderjährige dar. Eltern können die Nutzung des World Wide Web durch ihre Sprösslinge meist nur schwer überwachen, v.a. da die Jüngeren oft viel versierter im Umgang sind. Dass im Internet ganz andere Gefahren lauern als die künstliche Darstellung eines Gewaltaktes, ist ein anderes Thema. Doch findet mittlerweile eine Verschiebung der politischen Aufmerksamkeit hin zu Videospielen und Onlinemedien statt<sup>254</sup>. Für Amokläufe sind heute nicht mehr vordergründig zur Gewalt aufrufende Filme und Musik *verantwortlich*, sondern sogenannte „Ego-Shooter“ und „Killerspiele“. Mit der Verschärfung des Strafrechts in der Folge von Tragödien wie den Massakern in Erfurt 2002 oder Emsdetten 2006, macht es sich die deutsche Politik einfach. Ob die Gründe dafür im Konsum angeblich gesellschaftsschädlicher Medien liegen, bleibt fraglich. Denn wie bereits erwähnt, gibt es keinen erwiesenen Zusammenhang zwischen Medienkonsum und realem Verhalten.

Die Jugendschützer der Bundesrepublik sollten daher dem europäischen Trend folgen und verstärkt auf die Förderung von Medienkompetenz von Erziehungsberechtigten, Lehrern und Kindern setzen. Dies ist effektiver zu bewerten als das Verhängen schlichter Verbote. Zwar gibt es sicherlich eine große Zahl von Bürgern, die die Beseitigung von abnormen Medieninhalten befürwortet und auch solche, denen die Arbeit der zuständigen Institutionen – v.a. der FSK – nicht weit genug gehen<sup>255</sup>. Sie missverstehen jedoch, dass die Freigabe nicht als verbindliche Empfehlung zu verstehen sind, die Eltern aus der erzieherischen Pflicht nehmen, sondern vielmehr als Richtlinie. Außerdem scheinen sie und die Zensoren zu übersehen, dass das Zusprechen von Gefahrenpotential gewisse Dinge erst so richtig interessant macht. Verbotene Filme verschwinden nicht gänzlich, sondern erlangen Kultstatus und stehen auf Sammlerlisten ganz oben. Denn besonders Jugendliche suchen nach Dingen, mit denen sie ihre Grenzen austesten können.

---

<sup>254</sup> vgl. Riepe 2007: „Maßnahmen gegen die Gewalt.“ (Zugriff 9.5.2011)

<sup>255</sup> Kontroversen über die Arbeit der FSK lösten z.B. die im Jahr 2000 erschienenen und ab 12 Jahren freigegebenen Filme „American Pie“ (USA 1999, Regie: Paul Weitz), „American Beauty“ (USA 1999, Regie: Sam Mendes) und „Sleepy Hollow“ (USA 1999, Tim Burton) aus. Die beiden letzteren wurde nachträglich auf „ab 16 Jahren“ hochgestuft. vgl. ausführlich bei Humbert 2006, 32 ff. Außerdem wird in Beschwerdebriefen an die FSK gefordert, dass bestimmte Filme, z.T. auch harmlosere Kinderfilme, entschärft werden sollten. vgl. FSK: Stimmungsbarometer Kinderfilm (Zugriff 5.5.2011)

Der Umgang Jüngerer mit schwer kontrollierbaren Medien und potentiell beeinträchtigenden Inhalten, wird neue Ansätze notwendig machen. Insbesondere die Entwicklung hin zu länderübergreifenden Produktionen und Diensten verlangt nach einheitlichen Regelungen in der EU. Wie dies im Filmbereich aussehen könnte, ist im Moment noch offen. Einheitliche Freigaben und Kennzeichen wie es bei den Computerspielen durch das „PEGI“-System bereits umgesetzt wird, wären in ferner Zukunft denkbar. Für die Labelung von DVDs, die mittlerweile für mehrere Staaten hergestellt werden, wäre dies eine Lösung. Denn das Freigabesystem könnte an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn auf einer DVD eine Freigabe ab 12 für das eine Land und ab 18 Jahren für das andere gekennzeichnet ist<sup>256</sup>. Auch Angaben zu problematischen Inhalten nach NICAM-Vorbild könnten hier Schule machen.

In jedem Fall ist das Vermeiden von Zensur in Form von Filmschnitten oder gar -verboten insgesamt erstrebenswert. Allgemein hin sollten Einschränkungen von Medien für Erwachsene überdacht werden, da hierbei der Jugendschutz keinen triftigen Rechtfertigungsgrund darstellt. Allein harte Pornografie und bestimmte strafrechtliche Verstöße wie etwa der Aufruf zum Rassenhass sollten Anlässe für staatliche Sanktionen sein. Nicht aber willkürlich festgelegte Geschmacks- oder Moralgrenzen. Wegen solchen wurde manch Klassiker der Filmgeschichte nach länderspezifischen Regelungen entstellt oder ganz verboten. Der Kunstgehalt hat dabei sicherlich keine große Rolle gespielt. Zwar gehören Kunst und Kasse untrennbar zusammen und der Film ist zuerst einmal ein Industrieprodukt zu Unterhaltungszwecken<sup>257</sup>. Doch sollten sich Zensoren und Wirtschaft bewusst machen, dass es sich dabei um mehr als eine Ware handelt. Dieser Zwiespalt ist jedoch keine neue Problematik, sondern wurde bereits zur Zeit des noch jungen Mediums erkannt, wie folgendes Zitat zeigt:

*„Die einen sehen im Film nichts anderes als ein gegenwärtig sehr gangbares Mittel, einträgliche Geschäfte zu machen, eine Ware, die man den Wünschen der Zwischenhändler oder Verbraucher anpasst; die anderen betrachten das Lichtspiel als ein neues Gebiet für den schöpferischen Gestaltungswillen, als ein Mittel zu neuartiger Formung und Ausbeutung von Lebenskräften, kurz: als eine neue Kunst. Billigerweise muss man beide Standpunkte gelten lassen, denn schließlich kann man diese Zweiteilung von Kunst und Geschäft, Schöpfung und Betrieb, Erhebung und Zerstreung, Werk und Ware auch bei den anderen Kunstzweigen beobachten.“*<sup>258</sup>

---

<sup>256</sup> vgl. Büttner/Crans/von Gottberg 2000, 55

<sup>257</sup> vgl. Jacobsen/Kaes/Prinzler 2004, 8

<sup>258</sup> Aus der filmtheoretischen Schrift S. Walter Fischers: „Das Lichtspiel als Kunstform“, von 1928; zitiert nach Wikipedia: Film (Zugriff 5.5.2011)

## Literaturverzeichnis

### A. Bücher

Altendorfer, Otto:

*Das Mediensystem der Bundesrepublik Deutschland. Band 2.* 1. Aufl., Wiesbaden 2004

Bethmann, Andreas:

*X-Rated Zensurbuch.* o.O. 2002

Binz, Gerrit:

*Filmzensur in der deutschen Demokratie. Sachlicher Wandel durch institutionelle Verlagerung von der staatlichen Weimarer Filmprüfung auf die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft in der Bundesrepublik?* Trier 2006

Büttner, Christian/Crans, Cornelius/von Gottberg, Joachim/Metze-Mangold,

Verena (Hrsg.):

*Jugendmedienschutz in Europa.* Gießen 2000

Büttner, Christian/von Gottberg, Joachim:

*Staatliche Kontrolle und selbstregulative Steuerung: Demokratische Willensbildung am Beispiel des Jugendmedienschutzes.* Studien der Hess. Stiftung Friedens- u. Konfliktforschung. Frankfurt am Main 2002

Erdemir, Murad:

*Filmzensur und Filmverbot. Eine Untersuchung zu den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die strafrechtliche Filmkontrolle im Erwachsenenbereich.* Marburg 2000

Fick, Immanuel:

*Filmzombies und Kinokannibalen. Die Zensur gewalthaltiger Videofilme in Großbritannien und Deutschland seit 1980.* Marburg 2010

Gangloff, Tilmann P.:

*Ich sehe was, was du nicht siehst. Medien in Europa: Perspektiven des Jugendschutzes.* Berlin 2001

von Gottberg, Joachim:

*Selbstkontrolle der Medien und staatliche Regulierung in den Demokratien.*

In: Büttner, Christian/von Gottberg, Joachim: *Staatliche Kontrolle und selbstregulative Steuerung: Demokratische Willensbildung am Beispiel des Jugendmedienschutzes.* Studien der Hess. Stiftung Friedens- u. Konfliktforschung. Frankfurt am Main 2002, S. 31-55

Hans-Bredow-Institut (Hrsg.):

*Medien von A bis Z.* Wiesbaden 2006

Hoeren, Thomas/Meyer, Lena:

*Verbotene Filme.* Berlin 2007



- Jacobsen, Wolfgang/Kaes, Anton/Prinzler, Hans Helmut (Hrsg.):  
*Geschichte des deutschen Films*. 2. Aufl., Stuttgart 2004
- Kniep, Jürgen:  
*Keine Jugendfreigabe! Filmzensur in Westdeutschland, 1949 – 1990*. Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 21. Göttingen 2010
- Liesching, Marc:  
*Jugendmedienschutz in Deutschland und Europa. Die historische und gegenwärtige Entwicklung des gesetzlichen Jugendmedienschutzes in Deutschland mit rechtsvergleichendem Blick auf Staaten der Europäischen Union sowie der Schweiz*. Regensburg 2002
- Loiperdinger, Martin:  
*Filmzensur und Selbstkontrolle. Politische Reifeprüfung*.  
In: Jacobsen, Wolfgang/Kaes, Anton/Prinzler, Hans Helmut (Hrsg.):  
*Geschichte des deutschen Films*. 2. Aufl., Stuttgart 2004
- Mikos, Lothar:  
*Film- und Fernsehanalyse*. 2. Aufl., Stuttgart 2008
- Pruys, Guido Marc:  
*Die Rhetorik der Filmsynchronisation. Wie ausländische Spielfilme in Deutschland zensiert, verändert und gesehen werden*. Tübingen 1997
- Seim, Roland:  
*Ab 18 - zensiert, diskutiert, unterschlagen - Beispiele aus der Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland . „Der dritte Grad“ - Band 1*. 3. Aufl., Münster 2009
- Stumpf, Roman:  
*Jugendschutz oder Geschmackszensur? Die Indizierung von Medien nach dem Jugendschutzgesetz. Eine verwaltungs- und verfassungsrechtliche Untersuchung unter Berücksichtigung europarechtlicher und völkerrechtlicher Bezüge*. Schriften zum Öffentlichen Recht. Berlin 2009
- Wasilewski, Viktoria Isabella:  
*Europäische Filmpolitik. Film zwischen Wirtschaft und Kultur*. Konstanz 2009

## **B. Hochschulschriften**

- Humberg, Michael:  
*Freigabekriterien für Filme – Eine Untersuchung der Bewertungsgrundlagen der FSK im Wandel*. Diplomarbeit, Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg, Fachbereich Bibliothek und Information, Hamburg 2006

Suffert, Anne:

*Recht- und Verfassungsmäßigkeit Freiwilliger Selbstkontrolle bei Film und Fernsehen unter besonderer Beachtung des Zensurverbotes.* Dissertation, Universität Jena, Fachbereich Rechtswissenschaften, Jena 2002

### **C. Zeitschriften**

#### **C 1. tv diskurs. Verantwortung in audiovisuellen Medien.**

**Hrsg.: Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen e.V.**

**Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft**

Ferman, James:

*Neue Regierung für strengen Jugendschutz. In Großbritannien werden Filme und Videos auch für Erwachsene geprüft.* In: tv diskurs, Nr. 4/1998, S. 4-17

Chevillard, Paul:

*Hartes Gesetz mit weichen Kriterien. Jugendmedienschutz in Frankreich: alle Filme werden geprüft, aber die meisten werden ohne Beschränkung freigegeben.* In: tv diskurs, Nr. 5/1998, S. 4-9

Otero, José Maria:

*Ein Plädoyer für die Freiheit. In Spanien setzt man auf Empfehlungen statt auf Verbote.* In: tv diskurs, Nr. 12/2000, S. 4-10

Büttner, Christian/Raschke, Anne:

*Die Sorge um Kinder und Jugendliche in Europa – Konzepte von Kindheit und Jugend im Jugendmedienschutz.* In: tv diskurs, Nr. 21 und 22/2002, S. 8-11/4-9

Wiedemann, Dieter:

*Lesen Sie gerne Bücher mit herausgerissenen Seiten? Ein Plädoyer gegen eine nachträgliche Schnittbearbeitung von Filmen.* In: tv diskurs, Nr. 22/2002, S. 26-29

Hönges, Folker:

*Mythos und Realität. Anmerkungen zum Thema 'Schnitte im Film'.* In: tv diskurs, Nr. 22/2002, S. 45-47

Farrenkopf, Ulrich:

*Filmprüfung in Frankreich.* In: tv diskurs, Nr. 34/2005, S. 4-9

Bekkers, Wim:

*Das niederländische NICAM – ein Bock als Gärtner? Viel Selbstkontrolle, wenig Staat.* In: tv diskurs, Nr. 37/2006, S. 4-7

Mikat, Claudia:

*Von Märkten und Menschen. Europäische Medienregulierung und europäischer*

*Jugendmedienschutz zwischen Vereinheitlichung und Vielfalt.* In: tv diskurs, Nr. 39/2007, S. 8-11

Heinze, Matthias:

*Die Reform des § 131 StGB zwischen Jugendschutz und Zensurverbot.* In: tv diskurs, Nr. 40/2007, S. 90-93

Gangloff, Tilmann P.:

*Unbestimmte Rechtsbegriffe. Die Bundesregierung verschärft den Jugendschutz und vergrößert damit bloß die Verunsicherung.* In: tv diskurs, Nr. 45/2008, S. 68-69

von Gottberg, Joachim:

*Pragmatische Selbstklassifizierung mit sachverständiger Moderation. Die Jugendschutzmodelle von Deutschland und den Niederlanden.* In: tv diskurs, Nr. 50/2009, S. 26-31

Bekkers, Wim:

*Gegenseitiges Vertrauen, Dialog mit den Nutzern und sanfte Kontrolle. In den Niederlanden setzt man auf neue Wege im Jugendschutz.* In: tv diskurs, Nr. 50/2009, S. 36-39

Bestgen, Reinhard:

*Die Juristenkommission bei der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO).* In: tv diskurs, Nr. 51/ 2010, S. 74-77

#### **D. Andere Schriften**

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (Hrsg.):

*BPJM Thema: Wegweiser Jugendmedienschutz. Ein Überblick über Aufgaben und Zuständigkeiten der Jugendmedienschutz-Institutionen in Deutschland.* Broschüre, August 2009

#### **E. Juristische Veröffentlichungen**

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG) (idF v. 28. August 2006)

Jugendmedienschutz-Staatsvertrag der Länder (JMStV) (idF v. 1. April 2003)

Jugendschutzgesetz (JuSchG) (idF v. 23. Juli 2002)

Gesetz über die Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (*Filmförderungsgesetz/FFG*) (idF v. 25. Juni 1979)

Grundsätze der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft GmbH (FSK-Grundsätze) (idF v. 1. Dezember 2010)

Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (v. 25.4.1972): BVerfGE 33, 52 „Zensur“

Urteil des V. Senats des Bundesverwaltungsgerichts (v. 7. Dezember 1966): BVerwG V C 47.64

Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (*Europäische Menschenrechtskonvention/EMRK*) (idF v. 4. September 1950)

Obscene Publications Act (OPA) (idF v. 29. Juli 1959)

Decret N° 90-174 (idF v. 23. Februar 1990)

Código Penal (CódP) (idF. v. 23. November 1995)

## **F. Internetquellen**

### **F 1. Artikel, Aufsätze, Broschüren u.Ä.**

Busche, Andreas:

*Roland allein zu Haus?: Roland Klicks Exile on Mainstream.* Artikel über Roland Klick, erschienen in „Splatting Image“ Nr. 37 – 03/99,  
[http://www.splatting-image.com/index.php?option=com\\_content&task=view  
&id=33&Itemid=8](http://www.splatting-image.com/index.php?option=com_content&task=view&id=33&Itemid=8) (Zugriff 6.4.2011)

BBFC (Hrsg.):

*The Classification Guidelines 2009.* Broschüre, Stand vom 30.6.2010,  
<http://www.bbfc.co.uk/download/guidelines/BBFC%20Classification%20Guidelines%202009.pdf> (Zugriff 24.2.2011)

Degenhart, Christoph:

*Verfassungsfragen des Jugendschutzes beim Film.* Zusammenfassung des Rechtsgutachtens; Universität Leipzig 2008,  
[http://www.spio.de/media\\_content/999.pdf](http://www.spio.de/media_content/999.pdf) (Zugriff 11.3.2011)

Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (Hrsg.):

*Informationsblatt für Antragsteller.* Stand vom 10.2.2011,  
[http://www.spio.de/media\\_content/549.pdf](http://www.spio.de/media_content/549.pdf) (Zugriff 5.5.2011)

Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (Hrsg.):

*Informationen zu den neuen FSK-Kennzeichen.* Stand vom 28. 11. 2008,  
[http://www.spio.de/media\\_content/936.pdf](http://www.spio.de/media_content/936.pdf) (Zugriff 4.5.2011)

Hemels, Joan/NICAM (Hrsg.):

*Regulierung, Selbstregulierung und Medienkompetenz in den Niederlanden. Die Entwicklung und die öffentliche Debatte.* Broschüre in der Onlineversion, Hilversum 2005,

[http://www.kijkwijzer.nl/upload/download\\_pc/7.pdf](http://www.kijkwijzer.nl/upload/download_pc/7.pdf) (Zugriff 22.3.2011)

Ministerio de Cultura (Hrsg.):

*Criterios orientativos para la calificación por grupos de edad de las películas cinematográficas y otras obras audiovisuales.* Kriterien zu spanischen Altersfreigaben, Stand vom 18.2.2010,

[http://www.mcu.es/archivoswebmcu/gabineteprensa/notas/19592010/criterios\\_de\\_calificacion.pdf](http://www.mcu.es/archivoswebmcu/gabineteprensa/notas/19592010/criterios_de_calificacion.pdf) (Zugriff 1.4.2011)

Ministerio de Cultura (Hrsg.):

*Pictogramas gráficos.* Grafiken der spanischen Alterskennzeichen, Stand vom 18.2.2011,

[http://www.mcu.es/archivoswebmcu/gabineteprensa/notas/19592010/pictogramas\\_graficos.pdf](http://www.mcu.es/archivoswebmcu/gabineteprensa/notas/19592010/pictogramas_graficos.pdf) (Zugriff 1.4.2011)

NICAM (Hrsg.):

*Kijkwijzer: The Dutch Rating System for Audiovisual Productions.* Aufsatz von 2009,

[http://www.kijkwijzer.eu/upload/download\\_pc/24\\_Overview\\_Kijkwijzer\\_version\\_6\\_0\\_sept\\_09\\_.pdf](http://www.kijkwijzer.eu/upload/download_pc/24_Overview_Kijkwijzer_version_6_0_sept_09_.pdf) (Zugriff 18.3.2011)

NICAM (Hrsg.):

*Kijkwijzer Questionnaire.* Fragebogen, September 2009,

[http://www.kijkwijzer.eu/upload/download\\_pc/23\\_NICAMkijkwijzerGB\\_03\\_Questionnaire.pdf](http://www.kijkwijzer.eu/upload/download_pc/23_NICAMkijkwijzerGB_03_Questionnaire.pdf) (Zugriff 18.3.2011)

NICAM (Hrsg.):

*Kijkwijzer: Weet wat ze zien, Kijkwijzer waarschuwt.* Broschüre, Stand vom 19.8.2009,

[http://www.kijkwijzer.eu/upload/download\\_pc/36\\_folder09.pdf](http://www.kijkwijzer.eu/upload/download_pc/36_folder09.pdf)  
(Zugriff 18.3.2011)

Riepe, Manfred:

*Eine Zensur findet gelegentlich statt.* Anmerkungen zur 100.000. Prüfung durch die FSK. Stand 2007,

[http://www.mewispot.unibas.ch/files/fsk-7\\_1.pdf](http://www.mewispot.unibas.ch/files/fsk-7_1.pdf) (Zugriff 9.5.2011)

Riepe, Manfred:

*Maßnahmen gegen die Gewalt. Der Tanz der Teufel und die Würde des Menschen. Aspekte der Gewaltdebatte im Zusammenhang mit Sam Raimis „The Evil Dead“.* Text über die öffentliche Diskussion von gewalthaltigen Medien, Stand 2007,

<http://www.mewispot.unibas.ch/files/evil-dead-fassung.pdf> (Zugriff 9.5.2011)

Seim, Roland:

*Die Geheimnisse der Zensur. Eine Zensur findet nicht statt.... oder?* Text basierend u.a. auf Vorträgen vor der Journalisten-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung am 18.01. und 26.09.2003,

<http://www.censuriana.de/01text05Seim.htm> (Zugriff 6.1.2011)

Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (Hrsg.):

*Statut der Juristenkommission*. Stand vom 19.10.2007,

[http://www.spio.de/media\\_content/281.pdf](http://www.spio.de/media_content/281.pdf) (Zugriff 27.1.2011)

## **F 2. Institutionen**

British Board of Film Classification (BBFC): Startseite.

<http://www.bbfc.co.uk/> (Zugriff 23.2.2011)

BBFC: About us.

<http://www.bbfc.co.uk/about> (Zugriff 23.2.2011)

BBFC: Statistics.

<http://www.bbfc.co.uk/classification/statistics> (Zugriff 25.2.2011)

Boletín Oficial del Estado: Documento - Código Penal (Grundgesetz).

[http://www.boe.es/aeboe/consultas/bases\\_datos/doc.php?coleccion=iberlex&id=1995/25444](http://www.boe.es/aeboe/consultas/bases_datos/doc.php?coleccion=iberlex&id=1995/25444) (Zugriff 10.5.2011)

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM): Startseite.

<http://www.bundespruefstelle.de/> (Zugriff 1.2.2011)

BPjM: Liste der Bundesprüfstelle.

<http://www.bundespruefstelle.de/bpjm/Jugendmedienschutz/Indizierungsverfahren/verfahrensarten,did=32964.html> (Zugriff 5.5.2011)

BPjM: Geschichte.

<http://www.bundespruefstelle.de/bpjm/Die-Bundespruefstelle/geschichte.html> (Zugriff 5.5.2011)

BPjM: Statistik.

<http://bundespruefstelle.de/bmfsfj/generator/bpjm/Jugendmedienschutz/statistik> (Zugriff 10.5.2011)

Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Gesetze im Internet – Strafgesetzbuch.

<http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/> (Zugriff 11.1.2011)

Centre national du cinéma et de l'image animée (CNC): Startseite.

<http://www.cnc.fr/web/fr> (Zugriff 16.2.2011)

CNC: textes juridiques (Rechtstexte).

[http://www.cnc.fr/web/fr/textes-juridiques?p\\_p\\_auth=LRXCaLv6&p\\_p\\_id=listeeditoriaux\\_WAR\\_listeeditoriauxportlet&p\\_p\\_lifecycle=0&p\\_p\\_state=normal&p\\_p\\_mode=view&listeeditoriaux\\_WAR\\_listeeditoriauxportlet\\_idArticle=36571](http://www.cnc.fr/web/fr/textes-juridiques?p_p_auth=LRXCaLv6&p_p_id=listeeditoriaux_WAR_listeeditoriauxportlet&p_p_lifecycle=0&p_p_state=normal&p_p_mode=view&listeeditoriaux_WAR_listeeditoriauxportlet_idArticle=36571) (Zugriff 23.2.2011)

- Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK): Startseite.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=2&TID=2/> (Zugriff 4.5.2011)
- FSK: Allgemeine Fragen zur FSK.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=1252&TID=473&Suchbegriff0=beruf&AnzahlSuchworte=1> (Zugriff 4.5.2011)
- FSK: Alterseinstufungen und FSK-Kennzeichen.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=508&TID=72> (Zugriff 4.5.2011)
- FSK: Aufgaben und Strukturen.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=504&TID=473> (Zugriff 4.5.2011)
- FSK: Die FSK heute.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=171> (Zugriff 27.1.2011). Siehe dazu folgender Link, da die Seite offline ist: [http://www.hdm-stuttgart.de/ifak/medienwissenschaft/medienkritik\\_medienwirkung/institutionen\\_der\\_medienkontrolle/medienkontrolle\\_rimsha](http://www.hdm-stuttgart.de/ifak/medienwissenschaft/medienkritik_medienwirkung/institutionen_der_medienkontrolle/medienkontrolle_rimsha) (Zugriffe 27.1.2011 bzw. 5.5.2011)
- FSK: Die Geschichte der FSK.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=16&TID=473> (Zugriff 4.5.2011)
- FSK: Freigabebegründungen → Informationen zu den Freigabebegründungen.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=545&TID=469> (Zugriff 4.5.2011)
- FSK: Impressum.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=8&TID=8> (Zugriffe 4.5.2011)
- FSK: Prüfverfahren und Ausschüsse.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=505&TID=72&Suchbegriff0=appellationsausschuss&Anzahl%20Suchworte=1> (Zugriff 4.5.2011)
- FSK: Stimmungsbarometer Kinderfilm.  
<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=539&TID=23&Suchbegriff0=briefe&AnzahlSuchworte=1> (Zugriff 5.5.2011)
- Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen e.V.: tv diskurs – aktuell.  
[http://www.fsf.de/fsf2/publikationen/tv\\_diskurs/diskurs\\_aktuell.htm](http://www.fsf.de/fsf2/publikationen/tv_diskurs/diskurs_aktuell.htm) (Zugriff 22.11.2010)
- EUROPA – Portal der Europäischen Union.  
[http://europa.eu/index\\_de.htm](http://europa.eu/index_de.htm) (Zugriff 8.4.2011)
- Institut für Kino und Filmkultur.  
<http://www.lernort-kino.de/> (Zugriff 14.05.2011)
- Ministerio de Cultura (MCU): Startseite.  
<http://www.mcu.es/cine/CE/Contacte.html> (Zugriff 30.3.2011)
- MCU: Gabinete de Prensa (Pressestelle).  
[http://www.mcu.es/gabineteprensa/mostrarDetalleGabinetePrensaAction.doprev\\_layout=notas&layout=notas&html=19592010nota.txt&cache=init&language=es](http://www.mcu.es/gabineteprensa/mostrarDetalleGabinetePrensaAction.doprev_layout=notas&layout=notas&html=19592010nota.txt&cache=init&language=es) (Zugriff 30.3.2011)

Nederlands Instituut voor de Classificatie van Audiovisuele Media (NICAM):  
Startseite.

<http://www.kijkwijzer.nl/> (Zugriff 16.3.2011)

Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO): Startseite.

<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=1&TID=1> (Zugriff 26.1.2011)

SPIO: Aufgaben und Strukturen.

<http://www.spio.de/index.asp?SeitID=10&TID=474> (Zugriff 4.5.2011)

The National Archives: Obscene Publications Act 1959 (Gesetzestext online).

<http://www.legislation.gov.uk/ukpga/Eliz2/7-8/66/section/1>  
(Zugriff 23.2.2011)

### ***F 3. Verzeichnisse, Datenbanken und Suchmaschinen***

Google:

<http://www.google.de/> (Zugriff 20.09.2010)

Karlsruher Virtueller Katalog:

<http://www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html> (Zugriff 11.11.2010)

Online-Filmdatenbank:

<http://www.ofdb.de/view.php?page=start> (Zugriff 9.5.2011)

The Internet Movie Database:

<http://www.imdb.com/> (Zugriff 9.5.2011)

Web-OPAC der Hochschule Mittweida (FH):

<https://www.hsb.hs-mittweida.de/online-katalog-opac.html>

→ Online-Katalog der Hochschulbibliothek (Zugriff 20.09.2010)

Yahoo:

<http://de.yahoo.com/> (Zugriff 20.09.2010)

Zeitschriftendatenbank (ZDB):

<http://dispatch.opac.d-nb.de/DB=1.1/> (Zugriff 11.11.2010)

### ***F 4. Internet-Nachschlagewerke***

Rechtslexikon Online: „Beschlagnahme“,

<http://www.rechtslexikon-online.de/Beschlagnahme.html> (Zugriff 4.1.2011)

Rechtslexikon Online: „Einziehung“,

<http://www.rechtslexikon-online.de/Einziehung.html> (Zugriff 4.1.2011)

Wikipedia – Artikel zu „Film“: Stand vom 5.5.2011,

<http://de.wikipedia.org/wiki/Film> (Zugriff 5.5.2011)

Wikipedia – Artikel zu „Harry Potter und die Kammer des Schreckens (Film)“:

Stand vom 4.4.2011,



- [http://de.wikipedia.org/wiki/Harry\\_Potter\\_und\\_die\\_Kammer\\_des\\_Schreckens\\_\(Film\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Harry_Potter_und_die_Kammer_des_Schreckens_(Film)) (Zugriff 5.5.2011)
- Wikipedia – Artikel zu „*Index Librorum Prohibitorum*“: Stand vom 20.4.2011,  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Index\\_Librorum\\_Prohibitorum](http://de.wikipedia.org/wiki/Index_Librorum_Prohibitorum)  
(Zugriff 10.5.2011)
- Wikipedia – Artikel zu „*Motion picture rating system*“ → „*Spain*“:  
Stand vom 5.5.2011,  
[http://en.wikipedia.org/wiki/Motion\\_picture\\_rating\\_system#Spain](http://en.wikipedia.org/wiki/Motion_picture_rating_system#Spain)  
(Zugriff 5.5.2011)
- Wikipedia – Artikel zu „*Pornografie*“: Stand vom 27.4.2011,  
<http://de.wikipedia.org/wiki/Pornografie> (Zugriff 5.5.2011)
- Wikipedia – Artikel zu „*Synchronisation (Film)*“: Stand vom 28.4.2011,  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Synchronisation\\_\(Film\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Synchronisation_(Film)) (Zugriff 5.5.2011)
- Wikipedia – Artikel zu „*The Texas Chainsaw Massacre (1974)*“:  
Stand vom 30.4.2011,  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Blutgericht\\_in\\_Texas](http://de.wikipedia.org/wiki/Blutgericht_in_Texas) (Zugriff 5.5.2011)
- Wikipedia – Artikel zu „*Zensur (Informationskontrolle)*“: Stand vom 2.5.2011,  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Zensur\\_\(Informationskontrolle\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Zensur_(Informationskontrolle))  
(Zugriff 10.5.2011)

### **F 5. Andere**

- beyond-media.at, Online-Shop.  
[www.beyond-media.at](http://www.beyond-media.at) (Zugriff 11.5.2011)
- Pressebox: *Aktuelle Studie bestätigt Wachstumsperspektiven in den Medien*,  
Artikel, Stand vom 3.11.2010.  
<http://www.pressebox.de/pressemeldungen/sae-institute-gmbh/boxid/386506>  
(Zugriff 12.5.2011)
- Schnittberichte.com: Forum.  
<http://www.schnittberichte.com/forum/index.php> (Zugriff 15.5.2011)
- Schnittberichte.de → Seite wurde geschlossen, Stand vom 25.5.2002.  
<http://www.schnittberichte.de/> (Zugriff 10.5.2011)

### **G. Persönliche Kontakte**

- Monssen-Engberding, Elke (Geschäftsführerin der BPjM):  
Email-Verkehr vom 16.2.2011
- von Wahlert, Christiane (Geschäftsführerin der SPIO):  
Email-Verkehr vom 24./27.1.2011

## **Anhang**

## Verzeichnis der Anlagen

<i>Anlage 1:</i>	Relevante Gesetzestexte.....	84
<i>Anlage 2:</i>	Vergleich der Freigaben ausgewählter Kinofilme.....	89
<i>Anlage 3:</i>	Gegenüberstellung weiterer europäischer Länder hinsichtlich ihrer Filmfreigaben und Zensurmaßnahmen.....	90
<i>Anlage 4:</i>	Humberg, Michael: „FSK-Spruchpraxis im Wandel der Zeit“ .....	92

## Anlage 1: Relevante Gesetzestexte

### *Artikel 5 Grundgesetz*

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

### *§ 131 StGB – Gewaltdarstellung*

(1) Wer Schriften (§ 11 Abs. 3), die grausame oder sonst unmenschliche Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder menschenähnliche Wesen in einer Art schildern, die eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrückt oder die das Grausame oder Unmenschliche des Vorgangs in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellt,

1. verbreitet,
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht,
3. einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überläßt oder zugänglich macht oder
4. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, einzuführen oder auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 bis 3 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine Darbietung des in Absatz 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk, Medien- oder Teledienste verbreitet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn die Handlung der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte dient.

(4) Absatz 1 Nr. 3 ist nicht anzuwenden, wenn der zur Sorge für die Person Berechtigte handelt; dies gilt nicht, wenn der Sorgeberechtigte durch das Anbieten, Überlassen oder Zugänglichmachen seine Erziehungspflicht gröblich verletzt.

**§ 184 StGB – Verbreitung pornographischer Schriften**

(1) Wer pornographische Schriften (§ 11 Abs. 3)

1. einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überläßt oder zugänglich macht,
2. an einem Ort, der Personen unter achtzehn Jahren zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, ausstellt, anschlügt, vorführt oder sonst zugänglich macht,
3. im Einzelhandel außerhalb von Geschäftsräumen, in Kiosken oder anderen Verkaufsstellen, die der Kunde nicht zu betreten pflegt, im Versandhandel oder in gewerblichen Leihbüchereien oder Lesezirkeln einem anderen anbietet oder überläßt,
- 3a. im Wege gewerblicher Vermietung oder vergleichbarer gewerblicher Gewährung des Gebrauchs, ausgenommen in Ladengeschäften, die Personen unter achtzehn Jahren nicht zugänglich sind und von ihnen nicht eingesehen werden können, einem anderen anbietet oder überläßt,
4. im Wege des Versandhandels einzuführen unternimmt,
5. öffentlich an einem Ort, der Personen unter achtzehn Jahren zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, oder durch Verbreiten von Schriften außerhalb des Geschäftsverkehrs mit dem einschlägigen Handel anbietet, ankündigt oder anpreist,
6. an einen anderen gelangen läßt, ohne von diesem hierzu aufgefordert zu sein,
7. in einer öffentlichen Filmvorführung gegen ein Entgelt zeigt, das ganz oder überwiegend für diese Vorführung verlangt wird,
8. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält oder einzuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 bis 7 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen, oder
9. auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Ausland unter Verstoß gegen die dort geltenden Strafvorschriften zu verbreiten oder öffentlich zugänglich zu machen oder eine solche Verwendung zu ermöglichen,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Absatz 1 Nr. 1 ist nicht anzuwenden, wenn der zur Sorge für die Person Berechtigte handelt; dies gilt nicht, wenn der Sorgeberechtigte durch das Anbieten, Überlassen oder Zugänglichmachen seine Erziehungspflicht gröblich verletzt. Absatz 1 Nr. 3a gilt nicht, wenn die Handlung im Geschäftsverkehr mit gewerblichen Entleihern erfolgt.

**§ 11 JuSchG – Filmveranstaltungen**

(1) Die Anwesenheit bei öffentlichen Filmveranstaltungen darf Kindern und Jugendlichen nur gestattet werden, wenn die Filme von der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach § 14 Abs. 6 zur Vorführung vor ihnen freigegeben worden sind oder wenn es sich um Informations-, Instrukti-  
ons- und Lehrfilme handelt, die vom Anbieter mit „Infoprogramm“ oder „Lehrprogramm“ gekennzeichnet sind.

(2) Abweichend von Absatz 1 darf die Anwesenheit bei öffentlichen Filmveranstaltungen mit Filmen, die für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren freigegeben und kennzeich-

net sind, auch Kindern ab sechs Jahren gestattet werden, wenn sie von einer personensorgeberechtigten Person begleitet sind.

(3) Unbeschadet der Voraussetzungen des Absatzes 1 darf die Anwesenheit bei öffentlichen Filmveranstaltungen nur mit Begleitung einer personensorgeberechtigten oder erziehungsbeauftragten Person gestattet werden

1. Kindern unter sechs Jahren,
2. Kindern ab sechs Jahren, wenn die Vorführung nach 20 Uhr beendet ist,
3. Jugendlichen unter 16 Jahren, wenn die Vorführung nach 22 Uhr beendet ist,
4. Jugendlichen ab 16 Jahren, wenn die Vorführung nach 24 Uhr beendet ist.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für die öffentliche Vorführung von Filmen unabhängig von der Art der Aufzeichnung und Wiedergabe. Sie gelten auch für Werbevorspanne und Beiprogramme. Sie gelten nicht für Filme, die zu nichtgewerblichen Zwecken hergestellt werden, solange die Filme nicht gewerblich genutzt werden.

(5) Werbefilme oder Werbeprogramme, die für Tabakwaren oder alkoholische Getränke werben, dürfen unbeschadet der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 4 nur nach 18 Uhr vorgeführt werden.

### **§ 12 JuSchG – Bildträger mit Filmen oder Spielen**

(1) Bespielte Videokassetten und andere zur Weitergabe geeignete, für die Wiedergabe auf oder das Spiel an Bildschirmgeräten mit Filmen oder Spielen programmierte Datenträger (Bildträger) dürfen einem Kind oder einer jugendlichen Person in der Öffentlichkeit nur zugänglich gemacht werden, wenn die Programme von der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach § 14 Abs. 6 für ihre Altersstufe freigegeben und gekennzeichnet worden sind oder wenn es sich um Informations-, Instruktions- und Lehrprogramme handelt, die vom Anbieter mit „Informationsprogramm“ oder „Lehrprogramm“ gekennzeichnet sind.

(2) Auf die Kennzeichnungen nach Absatz 1 ist auf dem Bildträger und der Hülle mit einem deutlich sichtbaren Zeichen hinzuweisen. Das Zeichen ist auf der Frontseite der Hülle links unten auf einer Fläche von mindestens 1200 Quadratmillimetern und dem Bildträger auf einer Fläche von mindestens 250 Quadratmillimetern anzubringen. Die oberste Landesbehörde kann

1. Näheres über Inhalt, Größe, Form, Farbe und Anbringung der Zeichen anordnen und
2. Ausnahmen für die Anbringung auf dem Bildträger oder der Hülle genehmigen.

Anbieter von Telemedien, die Filme, Film- und Spielprogramme verbreiten, müssen auf eine vorhandene Kennzeichnung in ihrem Angebot deutlich hinweisen.

(3) Bildträger, die nicht oder mit „Keine Jugendfreigabe“ nach § 14 Abs. 2 von der obersten Landesbehörde oder einer Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle im Rahmen des Verfahrens nach § 14 Abs. 6 oder nach § 14 Abs. 7 vom Anbieter gekennzeichnet sind, dürfen

1. einem Kind oder einer jugendlichen Person nicht angeboten, überlassen oder sonst zugänglich gemacht werden,
2. nicht im Einzelhandel außerhalb von Geschäftsräumen, in Kiosken oder anderen Verkaufsstellen, die Kunden nicht zu betreten pflegen, oder im Versandhandel angeboten oder überlassen werden.

(4) Automaten zur Abgabe bespielter Bildträger dürfen

1. auf Kindern oder Jugendlichen zugänglichen öffentlichen Verkehrsflächen,
2. außerhalb von gewerblich oder in sonstiger Weise beruflich oder geschäftlich genutzten Räumen oder
3. in deren unbeaufsichtigten Zugängen, Vorräumen oder Fluren nur aufgestellt werden, wenn ausschließlich nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 gekennzeichnete Bildträger angeboten werden und durch technische Vorkehrungen gesichert ist, dass sie von Kindern und Jugendlichen, für deren Altersgruppe ihre Programme nicht nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 freigegeben sind, nicht bedient werden können.

(5) Bildträger, die Auszüge von Film- und Spielprogrammen enthalten, dürfen abweichend von den Absätzen 1 und 3 im Verbund mit periodischen Druckschriften nur vertrieben werden, wenn sie mit einem Hinweis des Anbieters versehen sind, der deutlich macht, dass eine Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle festgestellt hat, dass diese Auszüge keine Jugendbeeinträchtigungen enthalten. Der Hinweis ist sowohl auf der periodischen Druckschrift als auch auf dem Bildträger vor dem Vertrieb mit einem deutlich sichtbaren Zeichen anzubringen. § 12 Abs. 2 Satz 1 bis 3 gilt entsprechend. Die Berechtigung nach Satz 1 kann die oberste Landesbehörde für einzelne Anbieter ausschließen.

## **§ 2 FSK-Grundsätze:**

### ***Richtlinien für die Prüfung der Filme und anderer Trägermedien***

(1) Die FSK hat die im Grundgesetz geschützten Werte, im Besonderen die verfassungsmäßige Ordnung und das Sittengesetz (Art. 2, Abs. 1 GG) sowie die in Art. 5 GG eingeräumte Freiheit zu beachten. Gesetzliche Grundlage für die Arbeit der FSK ist das Jugendschutzgesetz in der jeweils geltenden Form.

(2) Durch die plurale Zusammensetzung der Ausschüsse mit Vertretern der Film- und Videowirtschaft, der öffentlichen Hand und der obersten Landesjugendbehörden soll ein möglichst breites Bewertungsspektrum für die zu treffenden Entscheidungen erreicht werden. Grundlage der Entscheidungen soll die auf Fachwissen und Urteilsvermögen, Erfahrungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen, Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie und Medienwirkungsforschung beruhende Überzeugung der Ausschussmitglieder sein.

(3) Maßgeblich für die Beurteilung ist die Wirkung des gesamten Films oder Trägermediums oder deren einzelner Teile. Bei einzelnen Teilen ist auch die Gesamtwirkung zu berücksichtigen. Die Prüfung eines Films oder Trägermediums darf nicht unter Gesichtspunkten des Geschmacks oder der persönlichen Anschauung erfolgen.

(4) Die Prüfausschüsse sind in ihrer Prüftätigkeit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und FSK-Grundsätze unabhängig und weisungsfrei. Die Mitglieder der Prüfausschüsse sowie die FSK und deren Geschäftsführer können für die Prüfentscheidungen und deren Auswirkungen – außer bei Vorsatz - nicht haftbar gemacht werden.

#### **§ 21 FSK-Grundsätze:**

##### ***Übernahme der Prüfungsvoten der FSK durch die Länder***

(1) Die obersten Landesjugendbehörden sind nach § 14 JuSchG zuständig für die Entscheidung über die Freigabe und Kennzeichnung von Filmen zur öffentlichen Vorführung vor Kindern und Jugendlichen (§ 11 JuSchG) sowie der Programme für öffentlich zugängliche Videokassetten und anderer zur Weitergabe geeigneter, für die Wiedergabe auf oder das Spiel an Bildschirmgeräten mit Filmen oder Spielen programmierte Datenträger (Bildträger, § 12 JuSchG) sowie für die Programme für Bildschirmspielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit (§ 13 JuSchG), die Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.

(2) Die obersten Landesjugendbehörden bedienen sich gemäß Vereinbarung der Länder über die Freigabe und Kennzeichnung von Filmen, Videokassetten und vergleichbaren Bildträgern der Prüftätigkeit der Ausschüsse der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft als gutachterlicher Stelle.

(3) Die Prüfungsvoten der FSK sind von den obersten Landesjugendbehörden als eigene Entscheidung übernommen und die Filme und anderen Trägermedien sind gemäß § 14 Abs. 6 JuSchG von ihnen gekennzeichnet, soweit nicht oberste Landesjugendbehörden für ihren Bereich ausdrücklich eine abweichende Entscheidung treffen.



## Anlage 2: Vergleich der Freigaben ausgewählter Kinofilme

Film ( <i>Produktionsjahr</i> )	D	NL*	GB	F	ESP*
Die Monster AG (2001)	6	o.A.	PG	o.A.	o.A.
Harry Potter und die Heiligtümer des Todes - Teil 1 (2010)	12	12	12A	o.A.	7
Hangover (2009)	12	12	15	o.A.	18
Brüno (2009)	16	12	18	12	18
American Pie (1999)	12	12	15	o.A.	18
Sex and the City: The Movie (2008)	12	12	15	o.A.	13
American Beauty (1999)	16	16	18	o.A.	18
Eyes Wide Shut (1999)	16	16	18	o.A.	18
Der Untergang (2004)	12	16	15	o.A./!	18
John Rambo (2004)	18	16	18	12	18
Starship Troopers (1997)	18	16	15	12	18
Sleepy Holloow (1999)	16	16	15	12	13
Tanz der Teufel (1981)	verb. 1984-92	16	verb. 1984-90	16	18
Nightmare - Mörderische Träume (1984)	18	16	18	12	18
SAW 3D (2010)	18	16	18	16/!	18

\* Bei den niederländischen (Ausnahme: ab 16 Jahren) und spanischen Freigaben handelt es sich um nicht bindende Empfehlungen.

**Legende:**

o.A.	ohne Altersbeschränkung
PG	Parental Guidance / elterliche Begleitung
verb.	verboten
!	mit Hinweis auf Gewalt- oder Sexszenen

### Quellen:

BBFC – Search: <http://www.bbfc.co.uk/search/?searchwhere=db&q> (Zugriff 9.5.2011)

FSF – Internationale Filmfreigaben:

<http://www.fsf.de/fsf2/international/decisions/decisions.php> (Zugriff 9.5.2011)

spanische Film-Datenbank: <http://www.mcu.es/bbddpeliculas/cargarFiltro.do?layout=bbddpeliculas&cache=init&language=es> (Zugriff 9.5.2011)

Wikipedia: [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de) (Zugriff 11.5. 2011)

### Anlage 3: Gegenüberstellung weiterer europäischer Länder hinsichtlich ihrer Filmfreigaben und Zensurmaßnahmen

Land	Altersfreigaben für Kino- und Videofilme	Zensurmittel		Zensurgrad***
		Filmschnitte	Verbote**	
Belgien	o.A., 16 → keine Vorlagepflicht; für DVDs gleiches System wie Niederlande	durch Anbieter möglich (sehr selten)	nein	sehr niedrig
Dänemark	o.A., 7, 11, 15 → keine Vorlagepflicht; in Begleitung eines Erwachsenen dürfen Kinder ab 7 Jahren jeden Film sehen	nein	nein	sehr niedrig
Deutschland	o.A., 6, 12, 16, 18	ja	ja	hoch
Finnland	o.A., 7, 11, 13, 15, 18 → ein Kind, das 2 Jahre jünger ist als die Freigabe erlaubt, darf den Film in Begleitung e. Erwachsenen sehen	nein → Erwachsenenzensur wurde 2001 abgeschafft	nein	niedrig
Frankreich	o.A., 12, 16, X	nein	nein	niedrig
Großbritannien	o.A., PG, 12, 15, 18, R18	ja	ja	hoch
Irland	o.A., PG, 12, 15, 16, 18 → die Freigaben bis 15 Jahren, können von Jüngeren in Begleitung eines Erwachsenen umgangen werden	prinzipiell möglich	ja	hoch
Italien	o.A., 14, 18	ja	möglich, aber selten	mittel
Niederlande	o.A., 6, 9, 12, 16 → nur 16er-Freigabe ist bindend	nein	nein	sehr niedrig
Norwegen	o.A., 7, 11, 15, 18 → eine Person, die 3 Jahre jünger ist als die Freigabe erlaubt, darf den Film in Begleitung eines Erwachsenen sehen; ausgenommen der 18er; Videos werden vom Anbieter mit einer Altersempfehlung versehen	durch Anbieter möglich (eher selten)	ja (vorrangig für Videofilme)	mittel
Österreich	o.A., 6, 10, 12, 14, 16 → Länder können abweichende Freigaben verhängen; für DVD keine,	gekürzte dt. Fassungen werden z.T.	nein	niedrig

	oft unverbindliche Übernahme der FSK-Zeichen	übernommen		
Portugal	4, 6, 12, 16, 18 → nur bindend, wenn Kinder allein ins Kino gehen	nein	nein	sehr niedrig
Schweden	o.A., 7, 11, 15 → Prüfwang nur für Kinofilme	nein	nein → Zensur wurde zum 1.1. 2011 komplett abgeschafft	sehr niedrig
Schweiz	Jeder Kanton hat seine eigenen Bestimmungen, für Videos werden z.T. die dt. FSK-Freigaben übernommen; Höchstgrenze liegt aber bei 16	nicht eindeutig geregelt; Verbote nach Gewaltparagraph sind möglich		mittel
Spanien	o.A., 7, iA, i7, 12, 16, 18, X → nicht bindende Freigaben	nein	nein	sehr niedrig

\*\* Davon ausgenommen sind Verbote für die in allen europäischen Ländern gesetzlich untersagte Kinder- und andere harte Pornografie sowie für verfassungsfeindliche Filme.

\*\*\* Nach persönlicher Einschätzung anhand der Altersfreigaben und besonders der Anwendung von Zensurmitteln.

#### Skala:

sehr niedrig	niedrig	mittel	hoch
--------------	---------	--------	------

#### Quellen:

Lehrer-Online: Jugendschutzrecht in anderen EU-Staaten, Stand 15.9.2003:

[http://www.lehrer-online.de/dyn/bin/370480-370568-1-jugendschutz\\_in\\_anderen\\_eu-staaten.pdf](http://www.lehrer-online.de/dyn/bin/370480-370568-1-jugendschutz_in_anderen_eu-staaten.pdf) (Zugriff 9.5.2011)

Wikipedia: [http://en.wikipedia.org/wiki/Motion\\_picture\\_rating\\_system](http://en.wikipedia.org/wiki/Motion_picture_rating_system) (Zugriff 9.5.2011)

tv diskurs. Verantwortung in audiovisuellen Medien. Hrsg.: Freiwillige Selbstkontrolle

Fernsehen e.V. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft:

[http://www.fsf.de/fsf2/publikationen/tv\\_diskurs/diskurs\\_aktuell.htm](http://www.fsf.de/fsf2/publikationen/tv_diskurs/diskurs_aktuell.htm)

(Zugriff 7.5.2011)

## Anlage 4:

### Humberg, Michael: „FSK-Spruchpraxis im Wandel der Zeit“

*Aus: tv diskurs - Verantwortung in audiovisuellen Medien; Hrsg.: Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen e.V. Heft 38, 2006, S. 64- 68*

**Seit Beginn ihrer Prüftätigkeit am 18. Juli 1949 haben sich bei der FSK die Bewertungskriterien für Filme ebenso verändert wie die Moralvorstellungen in der bundesdeutschen Gesellschaft. Dieser Wandel wird im vorliegenden Beitrag grob skizziert, wobei der Fokus auf Sexualität im Spielfilm und fiktiven Gewaltdarstellungen liegt.**

#### Von rigider Moral zu sexueller Selbstbestimmung

Während die FSK zu Beginn ihrer Tätigkeit vornehmlich auf die Verhinderung nationalsozialistischer Agitation bedacht war, verlagerte sich ihr Augenmerk bald auf sittliche Vergehen. 1950 kam es bei der Freigabe des Films *Die Sünderin* gegen die Stimmen der Kirchen zu einem Skandal, der – anders als oft berichtet – nicht auf die kurze Nacktszene der Hauptdarstellerin Hildegard Knef zurückzuführen war, sondern vielmehr auf den Umgang des Films mit den Themen Prostitution und Selbstmord. Anlässlich der Uraufführung des Films fühlte sich der Kölner Erzbischof Frings daher zu einer Stellungnahme berufen: „Ich erwarte, daß unsere katholischen Männer und Frauen, erst recht unsere gesunde katholische Jugend in berechtigter Empörung und in christlicher Einmütigkeit die Lichtspieltheater meidet, die unter Mißbrauch des Namens der Kunst eine Aufführung bringen, die auf eine Zersetzung der sittlichen Begriffe unseres christlichen Volkes herauskommt.“<sup>1</sup> Befürchtungen, der Filminhalt könne die Zuschauer zur Abkehr von ihren Wertvorstellungen verleiten, wirken heute eher naiv. 1951 ist die Freigabe des Films für die beiden christlichen Konfessionen jedoch der Auslöser dafür, ihre Zusammenarbeit mit der FSK aufzukündigen. Weil der Austritt der Kirchen den Fortbestand der FSK in Frage gestellt hätte<sup>2</sup>, gesteht die Filmwirtschaft den Vertretern der öffentlichen Hand für ihren Verbleib fortan ein paritätisches Verhältnis in den Prüfausschüssen zu<sup>3</sup>.

*Die Sünderin*, heute ab 12 Jahren freigegeben, ist der bekannteste, aber nicht der einzige Fall, der zeigt, wie sich die strengen Sitten- und Moralvorstellungen der 50er Jahre zugunsten einer liberaleren Haltung gewandelt haben.

Bis 1969 war in der Bundesrepublik Deutschland der § 175 StGB<sup>4</sup> in Kraft, der Homosexualität unter Strafe stellte. Folglich war zu dieser Zeit auch die filmische Darstellung

<sup>1</sup> Prinzler 2004, S. 537

<sup>2</sup> K. Brüne (1999, S. 49): „Die Kirche war für die Filmwirtschaft damals sehr wichtig. Das kann man sich heute nicht mehr vorstellen, aber die Kirche war die einzige moralische Instanz, die aus dem Zusammenbruch des NS-Reiches unbeschädigt hervorgegangen war. Sie wurde überall dort, wo es nur irgend möglich war, in Anspruch genommen.“

<sup>3</sup> Vgl. J. Nolténus, S. 16

<sup>4</sup> § 175 Unzucht zwischen Männern, Abs. 1: „Ein Mann, der mit einem anderen Mann Unzucht treibt oder sich von ihm zur Unzucht mißbrauchen läßt, wird mit Gefängnis bestraft.“

gleichgeschlechtlicher Liebe ein Problem. Im Film *Anders als Du und ich* (1957) gerät ein Junge in die Kreise eines homosexuellen Kunsthändlers. Die FSK verweigerte zunächst die Freigabe, weil man eine entsittlichende Wirkung vermutete, die der positiven Schilderung der Homosexuellen und einer realistischen Verführungsszene zugeschrieben wurde.<sup>5</sup> Erst als der Verleih Szenen schneiden bzw. nachdrehen ließ,<sup>6</sup> wurde die Erwachsenenfreigabe erteilt. Doch auch weniger brisante Themen sorgen in dieser Zeit für Irritationen: Die US-Komödie *Bettgeflüster* (1959), in der sich ein Playboy und eine Innenarchitektin einen Telefonanschluss teilen, wird – unter Hinweis auf die saloppe Art des Films, mit Beziehungen umzugehen – erst ab 18 Jahren freigegeben.<sup>7</sup> Inzwischen hat sich die Bedeutung der Ehe<sup>8</sup> verändert und damit auch der vermutete Grad der Jugendgefährdung von *Bettgeflüster*, nun freigegeben für Kinder ab 6 Jahren. Ähnliches gilt für das Filmthema Schwangerschaftsabbruch. Filme, die in den 60er Jahren Abtreibung thematisierten, wie *Ich kann nicht länger schweigen* (1962) oder *Der Verführer läßt schön grüßen* (1966), wurden für Jugendliche nicht freigegeben. Im Gegensatz zu heute: *Vera Drake* (2004) erzählt die Geschichte der titelgebenden Frau, die in den 50er Jahren in England illegal Abtreibungen vornahm, und ist in Deutschland bereits für Kinder ab 12 Jahren freigegeben.

Als ab dem Ende der 60er Jahre aufgrund des liberaleren Zeitgeistes vermehrt Filme freigegeben wurden, die bei den Kirchen auf Ablehnung stießen (beispielsweise die Oswald-Kolle-Filme oder *Schulmädchen-Report*), zogen sich deren Vertreter zum 1. Januar 1972 aus der FSK-Prüfung für die Erwachsenenfreigabe zurück.<sup>9</sup> Nicht nur die Filme änderten sich, zeigten nun expliziter vormals lediglich angedeutete Szenen, auch in der Gesellschaft selbst fand ein Wandel zu mehr Freizügigkeit und sexueller Selbstbestimmung statt. Der angesprochene § 175 StGB stellte mit der Reform des Strafrechts nur noch homosexuelle Handlungen mit männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren unter Strafe, und Pornographie wurde für Erwachsene legalisiert. Inzwischen sind selbst sexuelle Darstellungen in Spielfilmen weitestgehend unproblematisch. Die ungekürzten Freigaben von *Baise-moi* (2000), *Ken Park* (2002), *Romance* (1999) oder *Intimacy* (2001) belegen dies.

Die offensichtlichen Veränderungen in den FSK-Bewertungen werden in einer Umfrage unter Vertretern der Filmwirtschaft bestätigt.<sup>10</sup> Zwei Fragen sollen klären, ob sich

<sup>5</sup> Vgl. Entscheid des Arbeitsausschusses der FSK, Präfsitzung vom 05.08.1957

<sup>6</sup> F.-B. Habel (2003, S.22): „Die Verleihfirma kürzt den Film daraufhin um eine vierminütige Szene, in der der Kunsthändler mit einem schwulen, aber nichtsdestotrotz äußerst seriös wirkenden Anwalt über Probleme Homosexueller spricht. Weiter wurde eine Szene, in der sich der Kunsthändler mit ausländischen Freunden trifft, gekürzt, um nicht die Annahme aufkommen zu lassen, Homosexuelle seien in vielen Ländern beruflich erfolgreich und in einflussreichen Positionen. Andere Sequenzen wurden neu gedreht. So wird der Kunsthändler, der am Ende des Films zunächst nach Italien reist, jetzt auf dem Bahnhof Zoo festgenommen. Die kuppelnde Mutter, die in der ersten Fassung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wird, erhält nun Bewährung.“

<sup>7</sup> Vgl. Entscheid des Arbeitsausschusses der FSK, Präfsitzung vom 13.10.1959

<sup>8</sup> Vgl. A. Schildt (1997, S. 6): „Ein vor- bzw. außereheliches Zusammenleben war in den fünfziger Jahren angesichts rigider moralischer und gesetzlicher Vorschriften kaum möglich; ein unverheiratetes Paar erhielt keine eigene Wohnung.“

<sup>9</sup> Vgl. Film-Dienst, Nr. 21/Jg. 24 (19.10.1971)

<sup>10</sup> Es wurden 181 Verleihunternehmen per E-Mail befragt, von denen 39 geantwortet haben.

die Liberalisierung – dem Eindruck der Verleihfirmen nach – eher in jüngerer Zeit (seit den 90er Jahren) ereignet hat oder bereits länger zurückliegt (50er Jahre). [Siehe Tabelle 1]

Altersfreigaben von Filmen, die Darstellungen von Sexualität enthalten, sind im Vergleich der 50er Jahre mit der Gegenwart tendenziell ...

	<b>Absolut</b>	<b>Prozent</b>
... liberaler geworden	32	82%
... strikter geworden	3	8%
... gleich geblieben	2	5%
Keine Angabe	2	5%
<b>Gesamt</b>	<b>39</b>	<b>100%</b>

**Tabelle 1: Vergleich 50er Jahre mit Gegenwart in Bezug auf Sexualdarstellungen**

Die Altersfreigaben von Filmen, die Darstellungen von Sexualität enthalten, sind im Vergleich der 90er Jahre mit der Gegenwart tendenziell ...

	<b>Absolut</b>	<b>Prozent</b>
... liberaler geworden	13	33%
... strikter geworden	3	8%
... gleich geblieben	19	49%
Keine Angabe	4	10%
<b>Gesamt</b>	<b>39</b>	<b>100%</b>

**Tabelle 2: Vergleich 90er Jahre mit Gegenwart in Bezug auf Sexualdarstellungen**

Beim Vergleich der heutigen Freigaben mit denen in der Anfangszeit der FSK ist eine Mehrheit von 82% der befragten Verleihunternehmen erwartungsgemäß der Auffassung, dass die FSK-Urteile in puncto Sexualität liberaler geworden sind (Siehe Tabelle 1). Dieser Wert sinkt auf 33%, wenn die Gegenwart nicht mehr mit den 50er, sondern mit den 90er Jahren in Relation gesetzt wird (Siehe Tabelle 2). Jeder zweite Befragte kann bei diesem Vergleich keine Veränderungen feststellen. [Siehe Tabelle 2]

Bei den Alterseinstufungen von Filmen mit sexuellen Darstellungen gibt es einen großen Konsens zwischen Verleihfirmen und FSK. Lediglich ein Befragter ist der Auffassung, dass die Freigaben der FSK für solche Filme zu großzügig seien. Die große Mehrheit von nahezu drei Vierteln hält die Freigaben in diesem Bereich für genau passend. [Siehe Tabelle 3]

Die Freigabeentscheidungen der FSK in Bezug auf Darstellungen von Sexualität sind im Großen und Ganzen ...

	<b>Absolut</b>	<b>Prozent</b>
... zu liberal	1	3%
... genau passend	29	74%
... zu strikt	5	13%
Keine Angabe	4	10%
<b>Gesamt</b>	<b>39</b>	<b>100%</b>

**Tabelle 3: Zu FSK-Entscheidungen in Bezug auf Sexualdarstellungen**

Die Freigabeentscheidungen der FSK in Bezug auf Darstellungen von Gewalt sind im Großen und Ganzen ...

	<b>Absolut</b>	<b>Prozent</b>
... zu liberal	5	13%
... genau passend	23	59%
... zu strikt	7	18%
Keine Angabe	4	10%
<b>Gesamt</b>	<b>39</b>	<b>100%</b>

**Tabelle 4: Zu FSK-Entscheidungen in Bezug auf Gewaltdarstellungen**

## Filmische Gewaltdarstellung als neue gesellschaftliche Herausforderung

Als der Horrorfilm ab den 70er Jahren – auch unter dem Eindruck realer Ereignisse<sup>11</sup> – immer drastischere Bilder produzierte, verlegte sich der Fokus der FSK auf inszenierte Gewalt. Filme dieser Zeit wie *Mondo Brutale* (1972) oder *Nackt und Zerfleischt* (1980)<sup>12</sup> gelten noch immer als beispiellos, was die Gewaltdarstellung anbelangt, und sind in Deutschland offiziell nicht unzensuriert erhältlich. Während die später kritisierten Filme zuerst ohne großes Aufsehen in den Kinos der Bundesrepublik liefen, sorgte eine technische Neuerung Anfang/Mitte der 80er Jahre dafür, dass die sogenannten „Gewaltfilme“<sup>13</sup> ins Visier der Politiker und Staatsanwälte gerieten. Denn der Einzug des Videorekorders in die Wohnzimmer ermöglichte den Filmkonsum in der Privatsphäre und damit außerhalb der öffentlichen Einlasskontrolle wie etwa beim Kino. Die Befürchtung, Kinder könnten diesen Filmen ausgesetzt sein oder Zuschauer sich an den gezeigten Grausamkeiten delectieren<sup>14</sup>, ließ schnell Handlungsbedarf entstehen. Die Verschärfung des §131 StGB am 1. April 1985, der nun auch fiktive Gewaltdarstellungen einschloss, welche die Menschenwürde verletzen, sorgte dafür, dass anschließend konsequent geschnitten wurde. So verzichteten Ende der 80er Jahre veröffentlichte deutsche Videofassungen von Filmen wie *The Toxic Avenger* (1985)<sup>15</sup>, *Hellbound – Hellraiser 2* (1988)<sup>16</sup>, *Bloodnight* (1988)<sup>17</sup>, *Blood Diner* (1987)<sup>18</sup> auf etliche Szenen.

In der Umfrage unter den Verleihunternehmen ist auch „Gewalt“ thematisiert worden. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (59%) stuft die aktuellen Freigaben der FSK für gewalthaltige Filme als genau passend ein. [Siehe Tabelle 4]

Damit ist der Wert der Zustimmung nicht ganz so hoch wie bei „Darstellungen von Sexualität“, wo er bei 74 % liegt.

Drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass sich die Altersfreigaben der FSK in Bezug auf Gewaltdarstellungen zu mehr Liberalität gewandelt haben, wenn man aktuelle

---

<sup>11</sup> Die Beeinflussung der Regisseure durch Bilder aus Vietnam u. Ä. ist in der Dokumentation *The American Nightmare* (Regie: Adam Simon, GB/US 2000) detailliert nachgewiesen.

<sup>12</sup> Vgl. Regisseur Ruggero Deodato (1992, S. 22): „Cannibal Holocaust (Nackt und Zerfleischt) habe ich z. B. aus dem Bauch heraus gedreht. Als ich den Film machte, war ich sehr depressiv, frustriert und wütend wegen der ganzen Gewalt auf den Straßen Italiens aufgrund der Terrororganisation ‚Brigado Rosso‘. Ich sah diese ganze Gewalt im Fernsehen, in den Zeitungen, überall; und viele Journalisten schlachteten diese Gewalt meines Erachtens nach auf übelste Weise aus.“

<sup>13</sup> Der schwammige Begriff „Gewaltfilm“ bzw. „Gewaltvideo“ ist kritisch zu bewerten, da er Filme unterschiedlicher Genres und Qualität mit einem vereinheitlichenden Stempel versieht. Diese Ansicht teilt Hans Schifferle: „Politiker und Experten schwadronieren über Gewaltfilme, ohne einen Titel zu nennen, ohne je zu erklären, was sie genau unter diesem Sammelbegriff verstehen.“

<sup>14</sup> Vgl. R. Winter (1995, S. 127): „Die Problematik dieser Konzeption ist ihre Unterkomplexität. Sie betrachtet nämlich die Funktion der Rezeption primär als Befriedigung von zuvor existenten Bedürfnissen, die im Großen und Ganzen negativ konnotiert werden. Die textuelle Struktur der Horrorfilme und die Praktiken der Zuschauer, die die Unterhaltung und das Vergnügen erst produzieren, treten in den Hintergrund.“

<sup>15</sup> Siehe unter: <http://www.schnittberichte.com/schnittbericht.php?ID=35> [Stand: 28.08.2006]

<sup>16</sup> Siehe unter: <http://www.schnittberichte.com/schnittbericht.php?ID=1138> [Stand: 28.08.2006]

<sup>17</sup> Siehe unter: <http://www.schnittberichte.com/schnittbericht.php?ID=2520> [Stand: 28.08.2006]

<sup>18</sup> Siehe unter: <http://www.schnittberichte.com/schnittbericht.php?ID=2366> [Stand: 28.08.2006]

Filme mit denen vergleicht, die in den 50er Jahren freigegeben wurden. Hierbei gilt es selbstverständlich zu beachten, dass sich die Machart der Filme selbst verändert hat. Szenen von Gewalt (Einschusswunden, Blutspritzen etc.), wie sie heute in nahezu jedem Actionfilm zu sehen sind, gab es in den 50er Jahren in dieser Form nicht. Auffällig sind die Antworten von vier Befragten, die eine Tendenz zu strikterer Handhabung ausgemacht haben. [Siehe Tabelle 5]

Altersfreigaben von Filmen, die Darstellungen von Gewalt enthalten, sind im Vergleich der 50er Jahre mit der Gegenwart tendenziell ...

	<b>Absolut</b>	<b>Prozent</b>
... liberaler geworden	30	77%
... strikter geworden	4	10%
... gleich geblieben	3	8%
Keine Angabe	2	5%
<b>Gesamt</b>	<b>39</b>	<b>100%</b>

**Tabelle 5: Vergleich 50er Jahre mit Gegenwart in Bezug auf Gewaltdarstellungen**

Die Altersfreigaben von Filmen, die Darstellungen von Gewalt enthalten, sind im Vergleich der 90er Jahre mit der Gegenwart tendenziell ...

	<b>Absolut</b>	<b>Prozent</b>
... liberaler geworden	14	36%
... strikter geworden	6	15%
... gleich geblieben	17	44%
Keine Angabe	2	5%
<b>Gesamt</b>	<b>39</b>	<b>100%</b>

**Tabelle 6: Vergleich 90er Jahre mit Gegenwart in Bezug auf Gewaltdarstellungen**

Beim Vergleich der Gegenwart mit den 90er Jahren sind nur noch 36 % der Meinung, die FSK erteile jetzt eher niedrigere Freigaben als vor einigen Jahren. Den gegenteiligen Eindruck haben 15%, eine Mehrheit von 44% sieht keine nennenswerten Veränderungen. [Siehe Tabelle 6]

Im Gegensatz zu einer offenkundigen Veränderung im Bereich „Sexualität“ gestaltet sich die Beurteilung von „Gewalt“ durch die FSK uneinheitlich. Nach wie vor müssen bestimmte Filme entschärft werden, um die für den wirtschaftlichen Erfolg unabdingbare Erwachsenenfreigabe zu bekommen (vgl. *Haute Tension* [2003]<sup>19</sup> oder *The Last Horror Movie* [2003]<sup>20</sup>). Tendenziell wird heute ungeschnittenen Fassungen jedoch eher die Freigabe erteilt, als dies noch Mitte der 80er Jahre der Fall war. So sind beispielsweise *Land of the Dead* (2005)<sup>21</sup> oder das Remake von *The Hills have Eyes* (2006) trotz detaillierter Gewaltsequenzen unzensuriert erhältlich. Dies gründet sich zum einen auf den Ergebnissen der Wirkungsforschung, die nicht mehr von einem simplen Nachahmungsmodell ausgeht, und zum anderen auf der größeren Medienerfahrung der Kinder und Jugendlichen, die im Gegensatz zu früheren Generationen mit Kabel-TV, Handy und Internet aufwachsen.

<sup>19</sup> Siehe unter: <http://www.schnittberichte.com/schnittbericht.php?ID=1965> [Stand: 28.08.2006]

<sup>20</sup> Siehe unter: <http://www.schnittberichte.com/schnittbericht.php?ID=2535> [Stand: 28.08.2006]

<sup>21</sup> Die vorherigen Teile der Reihe *Dawn of the Dead* (1978) und *Day of the Dead* (1985) sind hingegen bis heute selbst in den stark geschnittenen Videofassungen beschlagnahmt.



*Der Artikel basiert auf der Diplomarbeit: Freigabekriterien für Filme – Eine Untersuchung der Bewertungsgrundlagen der FSK im Wandel, die im Rahmen des Studiums Mediendokumentation an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) in Hamburg angefertigt wurde. Betreut hat die Arbeit Prof. Dr. Hans-Dieter Kübler.*

#### **Literatur:**

**Brüne, K.:** *Nur dem Pfarrer traute man. Die FSK brauchte die Kirche, um von den Alliierten akzeptiert zu werden.* In: tv diskurs, Ausgabe 10 (Oktober 1999), S. 46 –51

**Deodato, R.:** *Das große Fressen ... Ruggero Deodato.* In: Splatting Image, 11/1992, S. 22 –24  
Habel, F.-B.: *Zerschnittene Filme. Zensur im Kino.* Leipzig 2003

**Noltenius, J.:** *Die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft und das Zensurverbot des Grundgesetzes.* Göttingen 1958

**Prinzler, H. H.:** *Chronik, 1895–2004.* In: W. Jacobsen/A. Kaes/H. H. Prinzler (Hrsg.): *Geschichte des deutschen Films.* Stuttgart 2004, S. 519–558

**Schifferle, H.:** *Aus der Filmbüchse der Pandora.* In: Süddeutsche Zeitung, 24.02.2000

**Schildt, A.:** *Kultur im Wiederaufbau. Tendenzen des westdeutschen Kulturbetriebs.* In: Bundeszentrale für politische Bildung: *Informationen zur politischen Bildung. Deutschland in den fünfziger Jahren.* Bonn 1997, S. 3–10

**Winter, R.:** *Der produktive Zuschauer. Medienaneignung als kultureller und ästhetischer Prozeß.* München 1995

## **Erklärung zur selbstständigen Anfertigung**

### **Selbstständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Seelitz, der 15. Juni 2011

---

Yvonne Langner